ISSN 2568-0641

Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx)

821

## Demokratie-Dialog

#### Über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

Interview mit Simon T. Franzmann

#### Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

Philipp Scharf / Julian Schenke

#### Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945

Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele



## **Inhalt**

"... die gesellschaftliche Relevanz unserer Forschung im Blick behalten." – Prof. Simon Franzmann über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

**Involution der Demokratie? Die Suche nach der Opposition** 

Florian Finkbeiner

Impressum 74

#### **Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand**

Über hartnäckige Begriffsroutinen und empirische Defizite im Themenfeld des Linksradikalismus

Philipp Scharf und Julian Schenke

16

#### **Radikaler Islam**

## Extreme Rechte und ihr Umfeld

" genau nach 10 Sekunden würd'
ich das skippen."
Managalluna alaman alikakin an Indonesia matu ali

Vorstellung der qualitativen Interviewstudie "Radikalislamische YouTube-Propaganda"

Annemieke Munderloh 28

Wenn der "Islamische Staat" nicht radikal genug ist – Boban S. und der Takfīrismus

Lino Klevesath 36

#### Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945

Katharina Trittel, Florian Finkbeiner, Sören Isele

#### "An allem sind die Juden schuld!"

Bericht über die Tagung "Der Jude als ewiges Feindbild? (Neue) Dimensionen des Antisemitismus heute"

Teresa Nentwig 60

#### Deutungskulturen zwischen Bildern und Texten

Christopher Schmitz 67

"... die gesellschaftliche Relevanz unserer Forschung im Blick behalten." – Prof. Simon Franzmann über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

Bild: Fotostudio Balsereit

#### Prof. Dr. Simon T. Franzmann

Simon Franzmann wurde 1977 in Köln geboren und studierte an der Universität zu Köln Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Nach seiner Promotion zu Analysen des Parteienwettbewerbs im Jahr 2009 an der Universität zu Köln arbeitete er als akademischer Mitarbeiter an den Universitäten Potsdam und Düsseldorf. Er vertrat die Lehrstühle für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Greifswald sowie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er habilitierte sich 2017 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Im Februar 2020 wurde er zum Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland" an der Universität Siegen ernannt. Zum 1. April 2021 hat er die Direktion des Instituts für Demokratieforschung Göttingen und die Leitung der Forschungs– und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) übernommen. Er ist zugleich Inhaber der Professur für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien– und Politischen Kulturforschung an der Georg–August Universität Göttingen.

Professor Franzmann arbeitet zu den Schwerpunkten Parteienwettbewerb und Parteien, Populismus und Extremismus, Ideologie und Wertewandel sowie komparativer Demokratieforschung. Zuletzt erschien von ihm unter anderem (gemeinsam mit Marcel Lewandowsky) "Populismen? Populismen! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa."



err Franzmann, Sie sind ab dem 1. April 2021 neuer Direktor des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (IfDem) und Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur

Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen, kurz: FoDEx. Was reizt Sie an dieser neuen Aufgabe?

Franzmann: Mich reizt insbesondere, dass in FoDEx wie grundsätzlich am Göttinger Institut für Demokratieforschung alle Formen des Radikalismus und Extremismus, die die Demokratien bedrohen, analysiert werden. Das gibt es ansonsten so in Deutschland nicht und ist ein Alleinstellungsmerkmal. Die Analyse der Demokratiebedrohungen erfolgt vom Prinzip her vorurteilsfrei. Das ist etwas, was ich erhalten möchte und als sehr wertvoll einschätze.

Welche gesellschaftlichen Fragen erachten Sie im Kontext des Forschungsprojektes Fo-DEx als besonders dringlich?

Franzmann: Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des gegenseitigen Vertrauens sind die Kernfragen einer jeden politischen Gemeinschaft. Sie sind die großen Zukunftsfragen auch über Niedersachsen hinaus. Jede Form von Radikalismus und Extremismus ist im Grunde eine Misstrauensbekundung gegenüber Politik und Gesellschaft. Wie bislang auch, wird es in FoDEx darum gehen, Normverletzungen im demokratischen Miteinander zu identifizieren, potenzielle gesellschaftliche Spaltungslinien aufzuspüren und bestehende Radikalisierungsmechanismen zu analysieren.

Sie haben sich als Forscher unter anderem zum Thema Populismus am Beispiel der AfD sowie mit international vergleichenden Arbeiten zu Extremismus und Parteienwettbewerb etabliert. Welche Schwerpunkte und Fragestellungen wollen Sie insbesondere in die Arbeit von FoDEx einbringen?

Franzmann: Mir ist die Verknüpfung der Befunde zu Niedersachsen mit der internationalen Forschungslage wichtig. Durch den Vergleich mit anderen Regionen können demokratiegefährdende und verfassungsfeindliche Tendenzen schneller aufgespürt werden. Gleichzeitig erleichtert diese Verknüpfung, unsere Befunde einer breiteren Wissenschaftsöffentlichkeit vorzustellen. Inhaltlich ist FoDEx jetzt schon sehr breit aufgestellt, indem einerseits rechter, linker und islamischer Radikalismus analysiert wird, andererseits die Wirkung sozialer Netzwerke analysiert sowie die Geschichte des Niedersächsischen Verfassungsschutzes aufgearbeitet wird. Besonders hervorzuheben ist darüber hinaus der Niedersächsische Demokratiemonitor. Durch die Verknüpfung der großen Bevölkerungsumfrage mit vertiefenden qualitativen Studien erhalten wir hier einen einmaligen Einblick in die politische Kultur Niedersachsens.

Diese thematische wie methodische Breite möchte ich beibehalten. Besonders interessiert mich die Entwicklung semi-loyaler Einstellung zur Verfassung, die wir häufig bei populistischen Parteien beobachten. Aus der internationalen Forschung wissen wir, dass es zum Erhalt und Schutz einer Demokratie darauf ankommt, diese semi-loyalen Personen wieder voll zu integrieren und ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen wiederherzustellen.

Der Demokratie-Dialog möchte unmittelbare Einblicke in die Forschung von FoDEx geben, ist bewusst als Werkstattbericht konzipiert, um der interessierten Öffentlichkeit Forschungsprozesse zu vermitteln. Inwiefern können Forschende in Ihren Augen selbst von einem solchen Transfer in die Öffentlichkeit profitieren?

Franzmann: Es ist meine Überzeugung, dass Spitzenforschung und Wissenstransfer sich nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig befruchten. Die Notwendigkeit zum Wissenstransfer zwingt uns, neben der wissenschaftlichen die gesellschaftliche Relevanz unserer Forschung im Blick zu behalten. Am Ende wird unsere Forschung dadurch besser.

Zum Abschluss: Sie sagten einmal, dass der Stil der jeweiligen Fußballmannschaft eines Landes auch etwas über seine Gesellschaft verrät. Das müssten Sie uns in Bezug auf Deutschland bitte erklären.

Franzmann: Fußball transportiert meiner Erfahrung nach besser als jeder andere Mannschaftssport Mentalitäten, Einstellungsmuster und somit in gewisser Weise auch politische Kultur. Wir in Deutschland verstehen Fußballtaktik gerne als starres Nummernkonzept wie 4-4-2, 4-2-3-1 oder 3-4-2-1 usw. Zweikampf- und Laufstatistiken werden dann in der Öffentlichkeit gerne begleitend oder als Kontrastfolie zu einer ausgearbeiteten Taktik gesehen. Was dabei aus dem Blick gerät, ist, dass es im Mannschaftssport darum geht, sich gegenseitig zu unterstützen unabhängig vom System. In funktionierenden Gesellschaften haben die Menschen Vertrauen zueinander und unterstützen sich. Wir in Deutschland bauen Vertrauen über starre Institutionen auf – das hat in Bezug auf Niedersachsen zuletzt auch der Niedersächsische Demokratiemonitor von FoDEx wieder klar bestätigt – und das zeigt sich halt auch beim Fußball.

Als Teenager in den 1990er Jahren begriff ich das in einem Spiel gegen eine niederklassige italienische Mannschaft. Die waren weder athletisch noch fußballtechnisch besser als wir. Aber egal, was wir machten - bei denen stand immer ein weiterer Spieler zu Absicherung bereit, und wenn nicht, dann standen wir im Abseits. Jetzt könnte man das auf die taktische Rückständigkeit Deutschlands zu diesem Zeitpunkt zurückführen. Aber wir bewegten uns ja hier maximal auf Bezirksliganiveau. Zudem war klar erkennbar, dass unsere italienischen Gegner gerade keinen großen strategisch-taktischen Masterplan verfolgten. Sie orientierten sich schlicht in jeder Spielsituation an ihren Mitspielern. Sie erwarteten gar nicht, dass ihnen der Trainer von außen die Taktik erklärte – während bei uns permanent hereingebrüllt wurde, wer alles seine Position halten solle, was viele Mitspieler vom Trainer auch erwarteten. Aber wer seine Position hält, lässt in manchen Situationen seinen Mitspieler

im Stich. Das passt auch zu internationalen politikwissenschaftlichen Forschungsbefunden zu Italien: Die Menschen haben dort ein vergleichsweise geringes Vertrauen in politische Institutionen, aber dafür in gesellschaftliche Institutionen wie die Familie, was das mangelnde Institutionenvertrauen im Alltagsleben sowie auf dem Fußballplatz auffängt.

Die Analyse der Normerosion im Alltag, die Etablierung einer politischen Kultur, die dann am Ende zu einem Vertrauensverlust in die politischen Institutionen führt, verstehen wir als eine unserer Kernaufgaben in FoDEx und dem Göttinger Institut für Demokratieforschung insgesamt.

Herr Franzmann, vielen Dank für das Gespräch.

# Involution der Demokratie? Die Suche nach der Opposition

Florian Finkbeiner

icht erst seit der Corona-Pandemie hat man das Gefühl, dass die parlamentarische Opposition in Deutschland eigenartig zahnlos wirkt. Spätestens im Zuge der Euro- und Finanzkrise 2007 hat

sich das politisch-polemische Schlagwort vom sogenannten TINA-Prinzip (*There is no alternative*) zu einer veritablen Zeitdiagnose entwickelt. Der als "alternativlos" ausgerufene Politikmodus fand im Umgang mit der Eurorettung nur seinen Höhepunkt. Die proklamierte Alternativlosigkeit parteipolitischer Angebote zementierte sich in der Merkel-Ära, die seither, trotz eines kurzen schwarz-gelben Intermezzos, durch Große Koalitionen dominiert wird. Wirklich überzeugende

weltanschauliche Unterschiede zwischen den traditionellen Bundesparteien sind schon seit Jahren kaum mehr wahrnehmbar. Ob nun Sozialoder Christdemokraten eine Regierung stellen oder ob sie gemeinsam in einer "GroKo" zusammenarbeiten, spielt für einen großen Teil der Bevölkerung keine besonders große Rolle mehr.<sup>2</sup>

Das heißt aber natürlich nicht, dass sich die Parteien untereinander politisch-programmatisch immer ähnlicher werden, wie man an den Unterschieden etwa von der FDP zur Linkspartei sieht. Aber im parlamentarischen System sind konkurrierende Politikangebote entscheidend für das demokratische Wetteifern der Parteien um die Gunst der Wähler, damit eine Regierung gestellt werden kann. Nur zur Vergewisserung: Dies ist das genuine Ziel von Parteien in der

- Vgl. exemplarisch Henkel, Angelika/Janssen, Hilke: Würgt die Corona-Krise die Demokratie in Niedersachsen ab?, in: NDR, 23.10.2020, URL: https://www. ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Wuergt-die-Corona-Krise-die-Demokratie-in-Niedersachsen-ab,corona4918.html [eingesehen am 09.02.2021].
- Vgl. Bertelsmann Stiftung: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh 2019; Dorn, Florian et al.: Demokratische Vielfalt in Deutschland. Unterscheiden sich die Volksparteien noch?, ifo Schnelldienst, Vol. 70 (2017), Nr. 20, S. 28–37.

Demokratie. In den 1960er und 1970er Jahren war dieser parteipolitische Kampf auf drei Parteien beschränkt, weshalb der FDP als Zünglein an der Waage so eine enorme Bedeutung zukam. Die parlamentarische und gesellschaftliche Entwicklung wollte es, dass sich das Parteienspektrum vergrößert hat, was die Optionen für verschieden abgewogene Lagerkämpfe eigentlich erhöhen müsste. Doch stattdessen beobachten wir seit Jahren einen verengten Möglichkeitsspielraum der Politik. Gleichzeitig lassen der Schock und die Verwunderung über das Aufbegehren gegen diesen Politikmodus nicht nach. Wohl vor allem, weil dieses Aufbegehren nun nicht wie in den 1980er Jahren von der linken Seite des politischen Spektrums in Gestalt der Grünen ausgeht, sondern eben von der rechten Seite. Gerade deshalb trifft die Namensgebung der AfD mit ihrer Anspielung auf den als "alternativlos" verrufenen Pragmatismus einen wunden Punkt. Doch allein das Auftreten der inzwischen nicht mehr ganz so neuen Rechtsaußenpartei auf der politischen Bühne ist noch kein Ausdruck demokratischer Opposition. Eine solche Opposition kann sich langfristig nur parlamentarisch erweisen. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass sich die AfD mittelfristig in eine solche Richtung entwickelt, aber angesichts ihrer bisherigen parlamentarischen Praxis und der weiterhin innerparteilich schwelenden Auseinandersetzung um den politischen Kurs scheint dies nicht besonders wahrscheinlich.3 Insofern bleibt die Frage politisch virulent, was aus der Opposition geworden ist oder ob sich lediglich die Perzeption von Oppositionsarbeit verändert

hat⁴ – in beiden Fällen wären die tieferliegenden Ursachen in unserem parlamentarischen Parteiensystem zu suchen.

#### Vom Wandel der politischen Opposition

Vom Lateinischen oppositio abgeleitet, meint Opposition die politische "Entgegensetzung" zur Regierungspolitik. Doch ob sich die Oppositionsarbeit dabei allgemein gegen die Regierung oder nur konkret gegen einzelne Praktiken richten muss - ganz unabhängig von der Frage, in welcher Form die Opposition dabei agieren soll –, ist nicht von vorneherein festgelegt; vielmehr ist dieses Verhältnis kaum abstrakt zu bestimmen. Denn gerade die parlamentarische Entwicklung in Deutschland zeigt, dass sich die politische Opposition gewandelt hat. Entscheidend für das Agieren einer Opposition ist die Beziehung von Parlament und Parteien, weil sich im deutschen Fall hierdurch das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition einstellt. Wie Otto Kirchheimer darlegt, hat sich dieses Wechselspiel erst relativ spät vollkommen ausgebildet. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war Opposition in Deutschland eingehegt als Teilbereich des Parlaments. Es war das Parlament, das gegen die Regierung opponieren konnte, wenn es sich beschränkte Einflussrechte sicherte. Dadurch war die Opposition verhältnismäßig schwach, weshalb Kirchheimer diese Form auch als "institutionelle Opposition"<sup>5</sup> bezeichnet. Mit dem Aufstieg der Parteien, vorangetrieben von der politischen Organisierung

- 3 Zur AfD-internen Auseinandersetzung zwischen sogenannter Realpolitik und Fundamentalopposition vgl. Hensel, Alexander/Finkbeiner, Florian: Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition, OBS-Studie, Frankfurt a. M. 2017, S. 12 f. Für die AfD in Niedersachsen vgl. Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Fo-DEx-Studie Rechtsradikalismus, Göttingen 2020, S. 17.
- 4 So eine These im Anschluss an eine empirische Untersuchung über die deutungskulturelle Verarbeitung der AfD in Salzgitter, siehe Finkbeiner, Florian et al.: Rechtsradikalismus in sozialdemokratischen Kerngebieten. Eine Regionalstudie zur deutungskulturellen Verarbeitung der AfD in Salzgitter, FoDEx-Studie, Göttingen 2021 (im Erscheinen).
- 5 Kirchheimer, Otto: Vom Wandel der politischen Opposition, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Jg. 43 (1957), Nr. 1, S. 59–86, hier S. 65.

der Sozialdemokratie, veränderte sich das Verhältnis von Parlament und Regierung, weil die Parteien sich nun innerhalb des Parlaments neu organisierten – auch wenn die übergeordnete parlamentarische Struktur durch die Abhängigkeit von der Krone bis 1918 bestehen bleiben sollte. Mit dem Machtgewinn der Parteien aufgrund ihrer sich veränderten sozialen Verankerung und ihrem gestiegenen Einfluss in den parlamentarischen und staatlichen Strukturen wandelte sich auch der Oppositionscharakter. Nun wurde es für einzelne Parteien auch möglich, als "Opposition aus Prinzip"<sup>6</sup> zu agieren, wie Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts etwa sozialistische Parteien, indem diese sich nicht auf parlamentarische Kompromisse einlassen wollten. Wie Kirchheimer bemerkt, ist "politische Opposition" ein "ewiges Paradox"". Je stärker das Parlament als Institution gegen die Regierung ist, desto mehr Chancen haben Parteien, als "Opposition aus Prinzip" zu bestehen, weil diese in einem Mehrparteiensystem Handlungsspielraum erhalten. Schließlich verlangen dann die parlamentarischen Spielregeln von einer kleinen "Opposition aus Prinzip" nicht notwendigerweise, in allen Belangen mitzuspielen, da sich die Hauptlast politisch-parlamentarischer Praxis auf die "Hauptparteien" (dazu gleich mehr) verlagert. In der Konsequenz verändert sich hierdurch auch der Oppositionscharakter derjenigen Hauptpartei, die nicht in der Regierung ist, gegenüber einer anderen Oppositionspartei. Dadurch wird es aber zugleich für die übrigen Oppositionsparteien noch schwieriger, die parlamentarischen Möglichkeiten gegenüber der Regierung auszunutzen. Den genuinen Charakter der Entgegensetzung büßt die parlamentarische Opposition, so Kirchheimers übergeordnete Kritik, in dem Moment ein, da sich die Parteien von ihrem ideologisch ausgerichteten Ursprungsmoment weiterentwickeln und zu "am Tagesinteresse orientierten

parlamentarischen Gruppen"<sup>8</sup> werden. Schließlich gehe die Veränderung des Parteicharakters und die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit von Parteien und Staatsapparat Hand in Hand, sodass das "Abklingen der parlamentarischen Opposition"<sup>9</sup> eine unmittelbare Folge sei.

Erst vor dem Hintergrund der Entwicklung der parlamentarischen Parteiendemokratie werden die heute geläufigen Aufgaben und Funktionen, die Opposition leistet, bzw. zu leisten hat, nachvollziehbar.10 "Keine Opposition kann ohne ,Alternativen' existieren; nur so vermag sie ihre Identität zu bewahren"<sup>11</sup>, betont Winfried Steffani. Der Idee nach muss die Opposition sowohl eine Personal-, als auch eine Sachalternative stellen können, d. h. sie muss zumindest potenziell eine alternative Regierung bieten können bzw. mindestens alternative Politikangebote vorweisen können. Die Regierungspraxis wiederum soll von der Opposition stets kontrolliert und, wenn notwendig, auch kritisiert werden. Doch die Ausübung dieser Kritik-, Kontroll- und Alternativ-Funktionen hängt von parteilichen wie parlamentarischen Bedingungen ab. 12 In der Oppositionsforschung konkurrieren zwei Perspektiven: Während die funktionalistische den Oppositionscharakter an den jeweiligen Verhaltensweisen bemisst, betont die institutionalistische vor al-

- 8 Ebd., S. 86.
- 9 Ebd.
- 10 Grundlegend bis heute, vgl. Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976.
- Steffani, Winfried: Zur Kritik am Parteienstaat und zur Rolle der Opposition, in: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 1976, S. 201–250, hier S. 236.
- Siehe hierzu etwa Franzmann, Simon T.: Die Schwäche der Opposition, die Außerparlamentarische Opposition und die Emergenz neuer Regierungsperspektiven, in: Zohlnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.): Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017, Wiesbaden 2019, S. 141–168, hier S. 145 f.

<sup>6</sup> Ebd., S. 66.

<sup>7</sup> Ebd., S. 59.

lem den Ort, an dem Opposition ausgeübt wird.13 Entscheidend bleibt die gesellschaftliche Tendenz, dass es zwischen der Wahrnehmung einer politischen Opposition (die stets an der historischen Entwicklung und der Idee bemessen wird) und der Wirksamkeit der parlamentarischen Opposition immer eine gewisse Kluft gibt. Ob dieses Spannungsverhältnis aber zu einem Problem wird oder nicht, hängt gesellschaftsgeschichtlich besonders von der Rolle der Parteien ab.

#### Das Dilemma der Institutionalisierung der Parteien als allgemeine Tendenz der Involution der Demokratie

Was Otto Kirchheimer noch "Hauptparteien" nennt, heißt bei Ossip K. Flechtheim "Großparteien". Denn Anfang der 1960er Jahre kennt das deutsche Parteiensystem noch keine "Volksparteien", die uns heute so selbstverständlich erscheinen. Flechtheim beobachtet ganz ähnliche Tendenzen in der westdeutschen Parteienentwicklung wie Kirchheimer. Aber er fragt stärker nach dem Verhältnis von politischen Parteien, Parlament und Staat – und was das wiederum für die Opposition bedeutet. Flechtheim zufolge hängt der Wandel der Parteien in programmatischer Hinsicht mit ihrer Konstitutionalisierung zusammen. Vor dem Hintergrund des kurz zuvor beschlossenen Godesberger Programms der SPD 1959 fragt er nach den Ursachen und Auswirkungen einer tendenziellen "Entideologisierung"14 der Parteien. Demnach erfordere die immer stärkere Verbindung der Parteien mit dem Staat auf allen möglichen Ebenen und dem parlamentarischen System die "Institutionalisierung der Parteien". Wenn eine Partei also Macht und Einfluss in staatlichen Gebilden und in parlamentarischen Gruppen erlangen wolle, müsse sie sich dem von

Staat und Parlament grundlegend verlangten "sozialkapitalistischen status quo"<sup>15</sup> und weiteren Konsensen anpassen. Was zunächst nur für die Absage der SPD an ihr eigenes sozialistisches Ursprungsmoment gilt, erweist sich zugleich aber als allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Parteien. Denn Flechtheim zufolge können sich die politischen Parteien untereinander im Wahlkampf noch so sehr voneinander programmatisch-verbal unterscheiden, ihr politisches und parlamentarisches Agieren hängt von nun an, da sich die Parteien "verstaatlichen"<sup>16</sup>, von anderen übergeordneten Faktoren ab. Zwar muss man Flechtheims Sehnsucht nach dynamischen Elementen in einem immer träger werdenden Parteiensystem nicht notwendigerweise folgen, aber mit der identifizierten "Institutionalisierung der Parteien" geht ein Wandel der Parteien einher, der auch unmittelbare Folgen für die Möglichkeiten von Opposition hat.

Wie dieser Wandel der Parteien einzuordnen ist, bleibt umstritten. Otto Kirchheimer etwa diagnostiziert eine Entwicklung von den Massenintegrationsparteien zu den sogenannten "Allerweltsparteien" in der Nachkriegszeit (catch-all-party).17 Die neuen Allerweltsparteien würden, so Kirchheimer, ihre "ideologische Durchdringung"18 preisgeben, um potenziell im neuen Wettbewerb um Wählerstimmen und Macht bestehen zu können. Damit verändere sich auf lange Sicht die Erwartungshaltung an Parteien, welche versprochenen Ziele später überhaupt umgesetzt würden. 19 Diese Entwicklung gipfelt nach Richard S. Katz und Peter Mair in

- 13 Siehe zu dieser Aufteilung in der aktuellen Oppositionsforschung, ebd., S. 143.
- 14 Flechtheim, Ossip K.: Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 9 (1962), H. 2, S. 97-110, hier S. 103.

<sup>15</sup> Ebd., S. 109.

<sup>16</sup> Ebd., S. 110.

Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteisystems, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 6 (1965), H. 1, S. 20-41, hier S. 27.

<sup>18</sup> Ebd.

Damit zusammen hängt ebenso der Wandel der sozialen Verankerung der Parteien, vgl. grundlegend Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen

den sogenannten "Kartellparteien", die auf den Parteitypus der Catch-all-Partei folgten.20 Die Kartellparteienthese interpretiert die Hinwendung der Parteien zum Staat als Kompensationsversuch ihrer bereits vorher brüchig gewordenen gesellschaftlichen Verankerung, um im Zuge der parteilichen Professionalisierung staatliche Ressourcen effektiver nutzen zu können. Diese idealtypische Parteienentwicklung ist bis heute umstritten.21 Aber sie verdeutlicht das Dilemma der Institutionalisierung der Parteien und deren Folgen für den Parteicharakter. Denn dieser Wandel der Parteiendemokratie verengt strukturell auch den Handlungsspielraum der Parteien in ihrer Außenwahrnehmung und verlagert parlamentarisch ihre Arbeitsschwerpunkte. Hier liegt eine entscheidende Ursache dafür, dass sich die Idee der Parteien (und damit auch der Opposition) von ihrer Praxis immer weiter entfernt. Dies muss natürlich keineswegs eine Verfallsgeschichte bedeuten, schließlich war dieser Wandel der Parteien mitentscheidend für die staatliche Stabilität und die langfristige Bindung großer Bevölkerungsteile an den Staat, was in der Nachkriegszeit keineswegs selbstverständlich war. Aber wie Philip Manow mithilfe der Kartellparteienthese betont, würden Politik wie eben auch Oppositionspolitik durch das Aufgehen der Parteien im Staat, dem damit zusammenhängenden innerparteilichen Repräsentationsverlust und der erodierenden "Anbindung an die Gesellschaft"22 in der (Außen-)Wahrnehmung strukturell bedingt nun einmal zunehmend "ununterscheidbar"23

- Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.
- 20 Vgl. Mair, Peter/Katz, Richard S.: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, Jg. 1 (1995), H. 1, S. 5–28.
- 21 Vgl. Helms, Ludger: Die "Kartellparteien"–These und ihre Kritiker, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 42 (2001), H. 4, S. 698–708.
- 22 Manow, Philip: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin 2020, S. 82.
- 23 Ebd., S. 81.

(siehe hierzu weiter unten). Diese allgemeine Tendenz hat schon Johannes Agnoli in seiner berühmt-berüchtigten "Transformation der Demokratie" beschrieben. Deshalb gleich vorweg: Man muss Agnoli nicht notwendigerweise in seiner radikalen Kritik des Parlamentarismus folgen, die oftmals irritierend entkontextualisiert rezipiert wird. Schließlich meint die "Transformation" gerade nicht die Veränderungen des strukturellen Systems - eine Fehlinterpretation, die aber gerade ihren Charme unter den zeitgenössischen "68ern" ausmachte, die sich vor allem auf eine intellektuell-verkürzte Vorstellung seiner Forderung nach "Fundamentalopposition"<sup>24</sup> konzentrierten. Agnoli kritisiert vielmehr die Veränderungen der Funktionen der traditionellen Institutionen, sodass sich die politischen Entscheidungsprozesse radikal veränderten. Daher zielt die Transformations-Anklage vielmehr auf eine Kritik des bürgerlichen Verfassungsstaates, der sich transformiert habe.25 Demokratische Herrschaft wird durch den Funktionszusammenhang verschiedener Instanzen sichergestellt. Dazu zählen Parteien und Verbände. Medien und Gerichte oder auch der Staat. Gesellschaftliche Konflikte werden dadurch eingehegt und zivilisiert, dass sie durch, in und mit diesen Institutionen ausgetragen werden. Eine notwendige Voraussetzung hierfür ist, dass die Möglichkeit besteht, politische Anliegen auch in die politische Arena tragen zu können. Hier schließt sich der Kreis zur Bedeutung der Parteien und ihrem Wandel, denn vor allem Parteien kommt in der parlamentarischen Demokratie die Aufgabe zu, diese Anliegen aufzugreifen, innerparteilich damit umzugehen und diese ggf. dann auch parlamentarisch zu repräsentieren. Agnoli setzt an diesem zentralen Punkt seine übergreifende Kritik an, indem er an diesem Funktionsablauf zwischen Gesellschaft, Parteien, Parlament und Staat eine "Involutionstendenz"26 feststellt, d. h.

<sup>24</sup> Agnoli, Johannes/Brückner, Peter: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt a. M. 1974 [1968], S. 81.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>26</sup> Ebd., S. 10.

eine Rückbildung demokratischer Entwicklungstendenzen diagnostiziert. Das bedeutet: Wenn zugleich einerseits individuelle Teilhaberrechte demokratisiert und andererseits eine Entdemokratisierung auf staatlich-parlamentarischer Ebene beobachtet werde, gerate die Demokratie selbst in eine Schieflage.

Mit dem Aufgehen der Parteien im Staat geht die Involution unweigerlich einher. Die zunehmende Verflechtung der verschiedenen Institutionen untereinander fördert den Funktionszusammenhang und trägt damit der zunehmenden Spezialisierung und Komplexität politischer Praxis Rechnung. Der Preis dafür ist eine tendenzielle Lähmung und Desensibilisierung von Parteien für neu auftretende Phänomene, weshalb sozialen Bewegungen und Protestdynamiken in der parlamentarischen Demokratie stets eine Art Sensorfunktion zugesprochen wird.27 Dem Repräsentationsanspruch von Parteien werden dadurch strukturell enge Grenzen gesetzt - unabhängig von der Güte der Kartellparteithese oder anderweitiger Diagnosen von Repräsentationskrisen, Parteientfremdungen oder dem Ende der Milieus. Das staatliche Institutionenarrangement hat zwei unweigerliche Nebenwirkungen: Zum einen hat die Institutionalisierung der Parteien eine Entpolitisierung zur Konsequenz. Mit den Kartellparteien schwindet schließlich die Vorstellung, dass Politik vor allem auch Konflikt um Interessendurchsetzung ist - was sich an niedrigen Vertrauenswerten von Parteien, aber hohen Vertrauenswerten für "überparteiliche" Institutionen wie dem Bundesverfassungsgericht zeigt.28 Christoph Möllers sieht in diesem "unpolitischen" Institutionenvertrauen nur die logische

Konsequenz des allgemeinen "Verfall[s] politischer Parteien"29, der sich darin ausdrücke, dass niemand mehr an das Versprechen glaube, dass Parteien zumindest Teilhabe an Macht ermöglichten. Zum anderen resultiert aus der Institutionalisierung der Parteien und der Entpolitisierung auch Etatismus, also eine Vorstellung von Gesellschaft, die dem Staat eine übergeordnete Rolle zuschreibt. Hiervor warnte schon Agnoli, da der Staat dann nicht mehr nur den "sozialen Frieden"<sup>30</sup> sichere, sondern als institutionalisierter "Friedensstifter"<sup>31</sup> zur Selbstverständlichkeit für die Gesellschaft werde. Damit vollendet sich die nach Max Horkheimer bereits in der bürgerlichen Gesellschaft angelegte etatistische Tendenz, wie er es in "Autoritärer Staat" skizziert.<sup>32</sup> Entscheidend sei demnach, dass die zentrale Vorstellung seit der Aufklärung, dass das Individuum seine Freiheit nur durch die Unabhängigkeit vom Staat bewahren könne, bis zur Perversion umgekehrt sei. In den Massengesellschaften könnten sich die Individuen ihre Freiheit überhaupt nur noch durch den "integralen Etatismus", also durch den Staat gesichert, vorstellen. Ob die von Horkheimer daraus gezogene Erkenntnis, dass man im Spätkapitalismus nicht einmal mehr wirkliche Freiheit denken könne, zutrifft, sei dahingestellt. Aber dass das Verhältnis von Individuum und Staat ein angespanntes ist, dürfte kaum bestritten werden. So warnt etwa der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Udo Di Fabio vor einer zunehmenden "Staatsgläubigkeit"33, die sich in der derzeitigen Ausnahmesituation angesichts der Corona-Pandemie weiter verfestige.

- 30 Ebd., S. 49.
- 31 Ebd., S. 43.
- 32 Vgl. Horkheimer, Max: Autoritärer Staat (1940), in: Gesammelte Schriften, Band 5, Hg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a. M. 1987, S. 293–319.
- 33 Hipp, Dietmar/Verbeet, Markus: "Ausgangsbeschränkungen sind eigentlich ein Mittel für Diktaturen". Interview mit Udo Di Fabio, in: Der Spiegel, Nr. 2/09.01.2021, S. 42–44, hier S. 44.

<sup>27</sup> So unterschiedlich die Protestphänomene der letzten Jahre auch waren (von Stuttgart 21 und Stop-TTIP bis zu Pegida und Querdenken), sie alle waren getrieben von einem sinkenden Vertrauen in Staat und Parteien.

<sup>28</sup> Vgl. Patzelt, Werner J.: Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36 (2005), H. 3, S. 517–538.

<sup>29</sup> Möllers, Christoph: Wir, die Bürger(lichen), in: Merkur, Jg. 71 (2017), H. 818, S. 5–16, hier S. 7.

Jedenfalls wird dem Staat aufgrund der beschriebenen mentalitätsgeschichtlichen Entpolitisierungsprozesse als Konsequenz der Involution der Demokratie schon jetzt so viel Einfluss zugebilligt, dass die Kritik von einem drohenden "starken Staat" kaum mehr angsteinflößende Wirkung zeigt wie noch in den 1980er Jahren.<sup>34</sup>

#### Wo ist die Opposition?

Der Rechtswissenschaftler Florian Meinel hat in "Vertrauensfrage" die Krise des heutigen Parlamentarismus seziert. Ihm zufolge erleben wir derzeit gerade keine einfache Repräsentationskrise – denn das Krisenhafte im Repräsentationsverhältnis ist der demokratische Normal-, nicht der Ausnahmefall –, sondern eine Krise des institutionellen Zusammenhangs in der parlamentarischen Demokratie.35 Das Institutionengefüge der repräsentativen Demokratie basiere, so seine zentrale These, neben dem parlamentarischen System auf einem engen Wechselverhältnis zwischen den Volksparteien, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesverfassungsgericht.36 Wie Meinel verfassungsgeschichtlich instruktiv herausarbeitet, garantierten erst diese drei Vermittlungsinstitutionen die Verklammerung von Parlament und Regierung.37 Der analytische Kunstgriff von Meinel besteht darin, sich die konkreten Zusammenhänge in und zwischen diesen Institutionen anzuschauen. Dabei identifiziert er die entsprechenden Kräfte, die an diesen Institutionen zehren. Während sich die Volksparteien im Niedergang befänden, erhielten sowohl das Bundeskanzleramt als auch das Bundesverfassungsgericht eine immer größere Macht.

Dadurch werde das Verhältnis zwischen diesen Institutionen gestört – Meinel bezeichnet diese Verbindungen als "Querverstrebungen"38 – und die Vermittlung zwischen Parlament und Regierung erschwert. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Krise der Repräsentation vielmehr als eine Funktionskrise der politischen Repräsentation. Wie Meinel zurecht betont, gibt es aktuell natürlich eine parlamentarische Opposition – an vielen Beispielen zeigt er etwa auf, dass parlamentarische Kontrolle noch nie so allumfassend war wie heute.39 Aber durch die Veränderungen des institutionellen Gefüges habe sich nicht nur der Möglichkeitsspielraum, sondern auch der Charakter "echter parlamentarischer Opposition"40 verändert. Wie auch Meinel beklagt, kann von einer solchen Opposition seit 2005 und dem Beginn der großen Koalitionen "keine Rede mehr sein"41. Zudem seien Oppositionsparteien im deutschen Regierungssystem "nie ganz Opposition, immer regieren sie irgendwo mit, immer sind die irgendwie eingebunden und entscheiden über Stimmenmehrheiten im Bundesrat. Nie kann sich eine Regierung darauf beschränken, ihre Sache rücksichtslos gegen die Opposition durchzuziehen."42 Im "großkoalitionären Dauerzustand, in dem die Dialektik von Mehrheitsherrschaft und Kontrolle ohnehin teilweise außer Kraft ist"43, verändern sich mit dem Charakter der Repräsentationsinstitutionen, wie eben besonders den Volksparteien, auch die Spielregeln, wer repräsentiert gehört und wer nicht.

An diesem Punkt setzt der Politikwissenschaftler Philip Manow mit "(Ent-)Demokratisierung der Demokratie" an. Der Aufstieg des Populismus konfrontiere uns mit der "widersprüch-

- 34 Vgl. bspw. Saage, Richard (Hrsg.): Rückkehr zum starken Staat, Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt a. M. 1983.
- 35 Vgl. Meinel, Florian: Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus, Bonn 2019, S. 14.
- 36 Vgl. ebd.
- 37 Vgl. ebd., S. 29.

- 38 Ebd., S. 128.
- 39 Vgl. ebd., S. 166 ff.
- 40 Ebd., S. 137.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd., S. 182.
- 43 Ebd., S. 185.

lichen Gleichzeitigkeit"44 und dem latenten Zusammenhang von zwei Entwicklungen: einer Demokratisierung und Entdemokratisierung der Demokratie zugleich. Manow beschreibt damit zum einen eine Krise der Repräsentation infolge einer "massiven Ausweitung politischer Partizipationschancen"45. Zum anderen identifiziert er eine Legitimationskrise der Demokratie, weil diese ihre "Zukunftsorientierung"46 verloren habe und sich nun aus sich selbst heraus legitimieren müsse. Schließlich sei der Demokratie ihr Gegenüber abhandengekommen, da sich selbst Diktatoren und Autokraten heutzutage als "Demokraten" proklamieren. Die Folge ist, so Manow schlüssig, ein Überbietungswettbewerb, wer der beste Demokrat sei, sodass sich der Verdacht in der politischen Öffentlichkeit wieder freisetze, jemand sei nicht "Demokrat" genug, 47 wodurch der künstliche und antiintellektualistische Dualismus von Demokraten vs. Antidemokraten wieder habe zurückkehren können. Laut Manow ist dieser Prozess der Entdemokratisierung der Demokratie keineswegs zu unterschätzen, da der "Demokratiegefährdungsdiskurs" so zu einem der "effektivsten Eigenermächtiungsdiskurse" werde – "mit selbstbestätigendem und selbstverstärkendem Gefahrenpotenzial"48. Beide Prozesse - Demokratisierung und Entdemokratisierung - bedingen und verschärfen sich wechselseitig. Sie führen laut Manow zu einer "Funktionskrise"49 der Repräsentation und zwar gerade "nicht in dem Sinne, dass etwas Vorhandenes nicht länger angemessen repräsentiert wird, sondern in dem Sinne, dass etwas immer Vorhandenes sich durch Repräsentation nicht länger effektiv ausschließen lässt."⁵o Manow sieht im Erfolg des Rechtspopulismus eine

gesellschaftliche Entwicklung, die die Demokratie mit ihren eigenen Aporien konfrontiere: Der Populismus bedeute daher eine "Wiederkehr des Nicht-Repräsentierten' oder Konsequenz einer nicht mehr funktionierenden repression by representation"⁵¹, also des Nicht-Repräsentierbaren. Aufgrund von langfristig angelegten Entwicklungen, die zu der von Meinel diagnostizierten Krise der Vermittlungsinstitutionen und daraus resultierenden Krise des Parlamentarismus führen, haben sich auch die einzelnen Institutionen selbst an diese veränderten Rahmenbedingungen angepasst – und vice versa. Die Konsequenz der veränderten "Organisationsbedingungen der Politik"52 ist ein zunehmender Funktionsverlust der politischen Organisationen. Wie Manow auch parteientheoretisch herleitet, hängt das Funktionieren der repräsentativen Demokratie eben auch davon ab, dass Parteien ihre repräsentative und regierende Funktion erfüllen, was ihnen aber immer schwerer fällt.53 Wenn aber die alte Vermittlung von Milieus zu Parteien nicht mehr gelingt, dann müssen andere Wege (wie Meinels Analyse zeigt: gerade nicht über den Weg der Fundamentalopposition) gefunden werden, politische Anliegen wieder in die institutionellen Arenen zur Auseinandersetzung zu bringen. Denn wenn die gesellschaftlichen Konflikte nicht mehr in den Institutionen stattfinden, versagt eine der wichtigsten Aufgaben des Parlamentarismus: die Zivilisierung von Konflikten qua demokratischer Herrschaft.54 Politische Opposition war und ist damit immer auch parlamentarischer Ausdruck einer Politik, die von der Austragung interessengeleiteter Konflikte lebt.55 An der vermeintlich einfachen Frage, wo die Opposition ist, zeigt sich das ganze Dilemma des heutigen Parlamentaris-

<sup>44</sup> Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, S. 13.

<sup>45</sup> Ebd. (Herv. i. O.).

<sup>46</sup> Ebd., S. 122.

<sup>47</sup> Vgl. ebd., S. 141.

<sup>48</sup> Alle drei Zitatstellen, ebd., S. 124.

<sup>49</sup> Ebd., S. 50.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Ebd., S. 51 (Herv. i. O.).

<sup>52</sup> Ebd., S. 107.

<sup>53</sup> Vgl. ebd., S. 67.

<sup>54</sup> So auch Meinel: Vertrauensfrage, S. 18.

<sup>55</sup> Vgl. Greven, Michael Th.: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen 1999.

mus, der vor der Aufgabe steht, angesichts des zunehmenden Tribalismus in einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft eine neue Vorstellung von politischer Repräsentation zu finden.



Dr. Florian Finkbeiner, geb. 1988, Projektleiter der FoDEx-Forschungsstelle am Göttinger Institut für Demokratieforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Konservatismus und Rechtsradikalismus sowie Parteien- und Politische Kulturforschung.

## Linke Militanz

## Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

Über hartnäckige Begriffsroutinen und empirische Defizite im Themenfeld des Linksradikalismus

Philipp Scharf und Julian Schenke

"Es geht um die Möglichkeit des Nichteinverstandenseins. Es geht nicht darum, dass man dorthin will, wo die Autonomen sind, sondern darum, dass die Tür dorthin offensteht. Dass es überhaupt eine Tür gibt, ein Draußen." 1

1 Claudius Seidl: Diese verteufelte Linke, in: Frankfurter Allgemei ne Sonntagszeitung, 16.07.2017. eit einigen Jahren hält sie nun an, die öffentliche und wissenschaftliche Zuwendung zu einem Themenfeld, welches je nach Deutungsschule entweder als Linksradikalismus, linke Militanz oder als Linksextremismus

betitelt wird. Noch immer faszinieren die hier gemeinten fundamentaloppositionellen Kollektivierungsformen mit ihrem unverminderten Anspruch, gesellschaftstranszendierende Enklaven zu schaffen – so sehr ihre einstige Blütezeit auch verstrichen sein mag. Für diese Aufmerksamkeit gibt es verschiedene Gründe. Dass Fördermittel in nicht unbeträchtlicher Höhe fließen, welche die wissenschaftliche Analyse und Bewertung der in Rede stehenden Phänomene fördern, mag eine der entscheidenden Triebkräfte der gehäuften Veröffentlichung

von Bestandsaufnahmen und Sammelbänden, ferner der wiederholten Ausrichtung von Tagungs- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema sein. Auch die Ausschreitungen im Zuge des G20-Gipfels in Hamburg 2017, die ähnlich bildgewaltig wie "68er"-Protestszenerien in die Nachrichtenfeeds drängten und einen parteipolitischen Distanzierungstango auslösten, zogen eine starke Fixierung auf die Zusammenhänge zwischen linksmotivierter Gewalt und autonomem Aktivismus nach sich.2 Gleichwohl: Gewalttätige Vorfälle wie zuletzt auch in Leipzig³ werden das Interesse kaum erklären können, schließlich sprechen einerseits die unverhältnismäßig größeren Dimensionen des Problems in den 1980er und 1990er Jahren dagegen, andererseits der weitaus stärkere Problemdruck anderer Formen gegenwärtiger urbaner Gewalt. Vor allem aber irritiert der repetitive Charakter in der Behandlung des Themas: Aus der anhaltenden Aufmerksamkeit resultiert kein gedanklicher Fortschritt im Sinne der Entwicklung genuiner Forschungsfragen. Stattdessen finden Interessierte eine Choreographie von sich mantraartig wiederholenden Positionen und Gegenpositionen auf der Grundlage begrifflicher Setzungen – kurz: starre Diskursroutinen – vor.

In der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung ist nun jüngst eine weitere Überblicksdarstellung erschienen, welche das umstrittene Diskussionsobjekt vermisst. Sie trägt den Titel "Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland" und stammt vom

- 2 Vgl. Scharf, Philipp: Anarchie, Gewalt und G2O, in: Demokratie-Dialog, H. 1/2017, S. 27–30 sowie Haunss, Sebastian/Scharf, Philipp et al.: #NoG2O. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes, Berlin 2017 und Schenke, Julian: Ganz Hamburg hasst die Polizei? Die autonome Szene in Hamburg und ihr lokalspezifischer Kontext, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 145–175, hier S. 145–148.
- o. A.: Vermummte greifen Polizei an, in: tagesschau. de, URL: https://www.tagesschau.de/inland/leipzig-krawalle-103.html [eingesehen am 23.02.2020].

Autorenduo Tom Mannewitz, Juniorprofessor für politikwissenschaftliche Forschungsmethoden an der TU Chemnitz, und Tom Thieme, Professor für Gesellschaftspolitische Bildung an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg/Oberlausitz. Warum auch diese Publikation ritualisierte Diskursroutinen wiederholt und weiterhin entscheidende empirische Forschungsdesiderate unangetastet lässt, ist Gegenstand dieses Beitrags.



Tom Mannewitz / Tom Thieme: Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn 2020. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der BpB.

#### "Gegen das System"

Mannewitz und Thieme beginnen bei der Feststellung eines in der Öffentlichkeit vorherrschenden "schwierigen Umgang[s] mit Linksextremismus", der durch "politische Instrumentalisierung, fehlende Äquidistanz"<sup>4</sup> von linker wie

4 "Das Äquidistanzgebot ist jene Maxime, nach der Demokratiefeindschaft zu bekämpfen ist, egal aus rechter Seite und "mangelnde Differenzierung" (S. 7) in der Diskussion gekennzeichnet sei. Die Autoren nehmen sich als Leitfrage ihres Bandes vor, zu beantworten, wann "aus einer linken demokratischen Position eine extremistische wird [...]" (Ebd., Klappentext). Im Stile eines Grundlagenwerkes sollen - nach einer ausgiebigen Entfaltung des Extremismus-Begriffs sowie dessen Kritik - zunächst die historischen Erscheinungsformen des bundesrepublikanischen linken Extremismus dargestellt werden, bevor eine sogenannte "Bedrohungsanalyse" (S. 18) im Stile sicherheitspolitischer Gutachten erfolgt. In den abschließenden Kapiteln fragen die Autoren schließlich danach, wie "gefährlich" das dargestellte Phänomen nun sei (vgl. S. 119-132) und welche Rezepte zur Verteidigung der demokratischen Ordnung gegen die Bedrohung von links zur Verfügung stünden (vgl. S. 133–148). Derart perspektivisch zugeschnitten, versteht sich das Buch auch als kritische Revision des staatlichen "Kampf[es] gegen den Linksextremismus", die dabei helfen soll, die "Qualität und dadurch die Akzeptanz des staatlichen Umgangs mit Linksextremisten zu verbessern" (S. 20), denn derzeit unterminiere die von manipulativen Diskurspraktiken beherrschte Diskussion die "Glaubwürdigkeit der streitbaren Demokratie" (S. 8).

Die Autoren sehen sich in der Tradition der Extremismusforschung; dies wiederum nötigt zu begrifflichen Klärungen. Zunächst handle es sich beim politischen Extremismus um einen Negativbegriff: "Extremismus ist die Gegnerschaft der Demokratie" (S. 21). Oder präziser:

"Der Begriff des demokratischen Verfassungsstaates eignet sich daher besser, um den Gegenpart zum Extremismus zu markieren. Verfassung ist hierbei weniger formalistisch im Sinne eines Rechtsdokumentes zu verstehen [...], sondern

welchem Lager sie stammt." Vgl. hier und im Folgenden: Mannewitz, Tom/Thieme, Tom: Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, bpb Schriftenreihe, Bd. 10588, Bonn 2020, hier S. 8.

vielmehr als eine ungeschriebene Übereinkunft über das menschliche Zusammenleben. Das Konzept des demokratischen Verfassungsstaates umfasst eine demokratische und eine konstitutionelle Komponente: Die demokratische meint die Volkssouveränität und die fundamentale menschliche Gleichheit, die konstitutionelle die Regeln zur Begrenzung und Kontrolle politischer Macht (checks and balances) sowie den Schutz persönlicher Freiheitsrechte. Beide Grundsätze hängen in der Praxis eng miteinander zusammen" (S. 21).

Die positive Begriffsseite bestehe diesbezüglich in verfassungsfeindlichen Forderungen und Haltungen.⁵ Spezifisch linksextremistisch sei dabei die Überbetonung von Gleichheit gegenüber Freiheit im Ziel der klassenlosen Gesellschaft sowie die Neigung, die Feindschaft zum demokratischen Verfassungsstaat sprachlich als "Kapitalismuskritik" zu tarnen (vgl. S. 25) – auch wenn bei der Beurteilung einzelner Gruppen oder Personen stets Fingerspitzengefühl im Einzelfall gefragt sei (vgl. S. 51-61). Dementsprechend ließen sich neben linksextremistischen Aktionsfeldern und hier eingesetzten Taktiken zur Unterminierung der gesellschaftlichen Ordnung (z. B. militanter Antifaschismus oder jüngst Klimaschutz, S. 9–17) ebenfalls typische (post-)autonome Akteure identifizieren, für deren Gewalttätigkeit exemplarisch die Gipfelproteste 2007 (Heiligendamm) und 2017 (Hamburg) stünden (vgl. S. 104).

Nach diesem Dreischritt (Begriffsklärung, Problematisierung, Akteure) unternehmen die Autoren eine Gefährdungs-Beurteilung und diskutieren staatliche sowie gesellschaftliche

"Hierzu gehören die Forderung nach Autoritarismus beziehungsweise die Befürwortung einer
Diktatur, ein identitätstheoretisch geprägtes Demokratieverständnis, das von einem einheitlichen
Volkswillen und der Interessenübereinstimmung
von Regierenden und Regierten ausgeht, ideologischer Dogmatismus, Freund-Feind-Stereotype sowie das Ziel der Schaffung wie auch immer
gearteter homogener Gesellschaften." Ebd., S. 25.

Gegenstrategien. Gegen die "Bedrohungsdimension" der Gewalt empfehlen sie den Zugriff "mit den Mitteln des Strafrechts und dem Instrumentarium der streitbaren Demokratie", im Kampf gegen die partielle Akzeptanz und Anerkennung seitens der Bevölkerung führen sie "Prävention und die geistig-politische Auseinandersetzung" ins Feld (vgl. S. 120 und 122). Uneindeutig fällt jedoch ausgerechnet die Antwort auf die Frage aus, ob "der Linkextremismus" nun eine "Gefährdung" der Demokratie bedeute oder zu vernachlässigen sei. Einerseits "verschärfe" sich die "Gefährdungslage" im Bereich innerer Sicherheit (vgl. S. 129), andererseits sei extremistisches "Personenpotenzial" mehrheitskulturell isoliert (vgl. S. 122-126), der "wehrhafte" demokratische Staat überdies sicherheitspolitisch gut gewappnet (vgl. S. 134). Von diesen Ambivalenzen lassen sich die Autoren allerdings nicht weiter beirren: Das Buch schließt mit einem Plädoyer für den Ausbau der "noch in den Kinderschuhen" befindlichen "Linksextremismusprävention" als "Gemeinschaftsaufgabe von politischer Bildung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft", "um so eine Gefahr für die Demokratie zu bannen" (vgl. S. 147f.).

Diskursroutinen zwischen Problematisierung und Apologetik

Die Autoren schreiben distanziert und einordnend, regelrecht sine ira et studio. Ihr Duktus ist der des unparteilichen Richters, der den in linkspolitischem Aktivismus verborgenen "Problemen" nachspürt. Zu loben ist hier der Versuch, einen möglichst kompakten Überblick zu stiften. Jedoch sind Perspektive, Wortwahl und Stoßrichtung des Bandes gerade in ihrer vermeintlich nicht-"instrumentalisierenden" Apolitizität auf sicherheitspolitische Gesichtspunkte verengt: Der Dualismus von Legitimität (= demokratische Position) vs. Illegitimität (= extremis-

tische Position) dominiert Erkenntnisinteresse und Darstellungslogik. Die Extremismusforscher interessiert hauptsächlich, ob die Handlungen und Geisteshaltungen mit den Elementen des demokratischen Verfassungsstaates vereinbar sind (vgl. S. 40). Entsprechend bieder und technokratisch fallen Stil und Klima des Bandes aus: Immer wieder ist die thematische Zuspitzung auf das Gewalthandeln zu erkennen, die Grenze zwischen politikwissenschaftlicher Erkenntnissuche und kriminalistischer Delinguenzmessung verschwimmt. Insbesondere vermisst man eine stichhaltige Begründung der von Extremismusforschern unentwegt repetierten und auch in Modellprojekten entsprechender Förderlinien gelegentlich wiedergegebenen<sup>7</sup> Behauptung, dass linksradikale Gruppierungen eine wachsende "Gefahr" darstellten bzw. sich "in die Mitte der Gesellschaft" "entgrenzen" würden.8 Weder die häufig herangezogenen und ebenso häufig kritisierten<sup>9</sup> Kriminalstatistiken noch die insbesondere von Eckhard Jesse lancierte Feststellung einer durch mangelnde Befolgung des "Äguidistanzgebots" hervorgerufenen wissenschaftlichen und öffentlichen "selektive[n] Wahrnehmung"10 kann ernsthaft überzeugen. Hier spricht der Soziologe Peter Imbusch tref-

- 7 Vgl. Nentwig, Teresa: Modellprojekte der politischen Bildung im Bereich Linker Extremismus von 2010 bis 2019. Ziele Methoden Herausforderungen, Göttingen 2020, S. 24, 34, 117 und 126.
- 8 Vgl. Baron, Udo: Klimaschutzbewegung und Linksextremismus. Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren. Aktuelle Analysen Nr. 79, Hanns-Seidel-Stiftung, München 2020, S. III, 7 f. und 17.
- 9 Vgl. exemplarisch Imbusch, Peter: Die radikale Linke zwischen Protest und Militanz, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 57–82, hier S. 62, 69 und 81 f.
- Vgl. Jesse, Eckhard: Der Begriff "Extremismus" Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: bpb. de, 29.01.2015, URL: https://www.bpb.de/politik/ extremismus/%20rechtsextremismus/200098/ derbegriff-%20extremismus-worin-besteht-der-erkenntnisgewinn [eingesehen am 19.01.2021].

<sup>6</sup> So lautet eine Kapitelüberschrift: "Was ist das Problem an linkem Extremismus?" Ebd., S. 63.

fend von einer "höchst überschaubare[n] Gefahr für die Demokratie" ohne Massenbasis. Mannewitz und Thieme verhandeln kein wissenschaftliches Forschungsdesiderat, sondern wiederholen, spitz formuliert, eine altbekannte Prämisse, die den Modus Operandi – die extremismusforscherische Ödnis einer Reduktion des Themenfelds auf die Frage nach der Überführbarkeit oder Nicht-Überführbarkeit bestimmter Akteure als Extremisten – rechtfertigen soll. Schließlich ist das Feld der Extremismusforschung ja sogar nach Auffassung der Autoren selbst denkbar ungeeignet für idiografische und qualitativ-interpretative Studien, denen es ernsthaft um ergebnisoffene Forschung geht (vgl. S. 46–49).

Das ist nicht misszuverstehen: Gewalttätige Übergriffe, zumal gegen Menschen, sind fraglos intolerabel; sie rechtfertigen zu wollen, zwielichtig. Auch "linke" Gewalt ist "nie progressiv"<sup>12</sup>. Zwar mögen "Dogmatismus", "Freund-Feind-Denken" oder apodiktische Wahrheitsansprüche (vgl. S.25) für ein raues und mitunter unziviles Kommunikationsklima sorgen, lassen aber die Institutionen des Verfassungsstaates unangetastet. Daran ändern auch die pastoral anmutenden Hilfskonstruktionen über das vermeintliche Erfordernis einer liberalen und pluralistischen Staatsbürgergesinnung nichts.<sup>13</sup>

Indes sollte man sich hüten, angesichts dessen in einen durchaus modischen anti-extremismusforscherischen Triumphalismus zu verfallen. Eine solche Haltung moralischer Empörung

- 11 Imbusch: Die radikale Linke, S. 82.
- 12 Vgl. Butterwegge, Christoph: Contra Extremismusmodell: "ein inhaltsleerer Kampfbegriff", in: bpb. de, 24.01.2018, URL: https://www.bpb.de/politik/ extremismus/linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell [eingesehen am 19.01.21].
- 13 Vgl. den nach wie vor lesenswerten Kommentar zu diesen Vorstellungen: Münkler, Herfried: Der kompetente Bürger, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden 1997, S. 153–172.

über die politisch-denunziativen Komponenten des sicherheitspolitischen Reduktionismus läuft häufig auf eine ebenso schematische und milieugebundene, mithin analyseferne Apologetik des Linksradikalismus hinaus. In der gängigen Kritik wird die "Extremismus-Formel" als reaktionäre "wissenschaftliche Ideologie" bezeichnet,14 die durch eine "Idealisierung von Staat, Gesellschaft und 'politischer Mitte'", zu einer Fortsetzung des Kalten Krieges und zur Verstetigung einer "etatistischen Räson" führe.15 Dementsprechend wird der "Extremismus" als "unzulänglicher Containerbegriff" bewertet, weil er diffuse Auffassungen eines "etatistischen Demokratiebegriff[s]" zur Grundlage nehme und damit eine repressive Förder- und Präventionspolitik rechtfertige.16 Der Extremismusbegriff sei ein "völlig inhaltsleerer Kampfbegriff" und ein "Diffamierungsinstrument gegenüber der politischen Linken", auf welches nur zurückgreife, wer "noch in den politisch-ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges" liege.17 Ein vermeintlich systemstützendes Denken erschaffe sich den Strohmann "vaterlandslose[r] Gesellen"<sup>18</sup>, also gemeinschaftsschädlicher Chaoten; in der

- 14 Kopke, Christoph/Rensmann, Lars: Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12/2000, S. 1451–1462, hier S. 1462.
- 15 Vgl. ebd.
- 16 Vgl. Fuhrmann, Maximilian: Linksextremismus ein unzulänglicher Containerbegriff, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 43–56, hier S. 55.
- 17 Butterwegge, Christoph: Contra Extremismusmodell: "ein inhaltsleerer Kampfbegriff". Vgl. auch Butterwegge, Christoph: Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politische Implikationen, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 33–60.
- 18 Kopke/Rensmann: Die Extremismus-Formel, S. 1462.

Konsequenz würden ",Links-' und Rechtsextremisten in einen Topf" geworfen, während man Motivlagen und Beweggründe der Aktivisten systematisch ausblende.<sup>19</sup> Im Ergebnis stünden die Verharmlosung rechtsradikaler Gefahren und die Kriminalisierung linker Politik als zwei Seiten derselben Medaille.

Dass diese eigentlich stichhaltige Kritik unter ihrer fortgesetzten Wiederholung leidet, zeigen die polemisch durchzogenen Aufsätze des 2019 erschienenen Sammelbandes "Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts": Die "Extremismustheorie" wird hier primär als tendenziöse, autonome Gruppen mit faschistischen Zusammenrottungen gleichsetzende "Hufeisentheorie" aufgefasst²o und leidenschaftlich attackiert. Die inhärente "Logik des Verdachts" diene keinem anderen Zweck als der "Nivellierung" und "Einebnung rechten Terrors in einer allgemeinen Kritik der Gewalt".21 Nach Auffassung der Herausgeber hat "der Extremismusbegriff" im Kampf der wissenschaftlichen Deutungsangebote nicht nur das Nachsehen, sondern liege nach der Lektüre des Bandes "endgültig am Boden".22 Dem Leser indes drängt sich der Eindruck auf, dass eine komplementäre extremismuskritische Ödnis existiert.

Tatsächlich ist die Extremismusforschung nie völlig frei von "Legitimationsideologie"<sup>23</sup> gegenüber bestimmten politischen Kräften, auch

- 19 Vgl. ebd.
- 20 Vgl. beispielsweise Keil, Daniel: Politik(wissenschaft) als Mythos. Die Extremismustheorie und das Hufeisen, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019, S. 45–57.
- 21 Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom: Rechts von uns ist nur das Land, in: Dies. (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019, S. 9–29, hier S. 15 und 21.
- 22 Ebd., S. 28.
- 23 Kopke/Rensmann: Die Extremismus-Formel, hier S. 1462.

in der hier besprochenen Neuerscheinung neigt sie zum Abqualifizieren und Stigmatisieren des linksradikalen Aktivismus. Dass das "Extremismusmodell" der "Förderstruktur etlicher großer Programme zur Finanzierung politischer Bildung zugrunde" liegt²⁴ und sich demgemäß "der Staat immer mehr in die politische Bildungsarbeit drängt", ist überdies fraglos ein kritikwürdiger Vorgang der Genese begrifflicher Deutungshoheit.25 Aber ist diese Kritik nicht mittlerweile allgemein bekannt? Verweist nicht gerade die sachte argumentative Evolution seiner wissenschaftlichen Vertreter auf die Überflüssigkeit weiterer begrifflicher Auseinandersetzungen? Denn hier geht man längst wohlweislich auf Abstand zur Vermischung von Verfassungstreue und politischer "Mittigkeit". Hieß es noch 1996 bei Eckhard Jesse und Uwe Backes, Extremismus sei die "Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln"26, argumentiert die jüngere Generation von Extremismusforschern deutlich empathischer und bescheidener,27 nicht zuletzt

- 24 Vgl. Rhein, Katharina: Politische Bildung als positiver Verfassungsschutz? Über ein deprimierendes Demokratieverständnis, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/ Uhlig, Tom (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019, S. 149–154.
- 25 Vgl. INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff): Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns, 28.10.2010, S. 2, URL: http://inex.blogsport.de/images/gemeinsamgegenjedenextremismus\_einzelseiten.pdf [eingesehen am 19.01.2021].
- 26 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 45.
- Heute begreift Jesse den Extremismus nur mehr als "Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat"; von einem Moderantismus oder auch "Extremismus der Mitte" zu sprechen, sei daher nichts als ein "ausufernder Gebrauch des Begriffs", vgl. Jesse: Der Begriff "Extremismus". Und auch für Armin Pfahl-Traughber basiert die "Extremismustheorie" und mit ihr die Extremismusforschung nunmehr nur noch "auf folgender Annahme: Gefahren für die Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates gehen auf der politischen Ebene

angesichts der Interpretationsbedürftigkeit der Grundwerte und der Auslegungsfähigkeit der Verfassung hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Parlamentarismus und Wirtschaftssystem (nebst der verfassungsrechtlich geschützten Möglichkeit, diese abzulehnen).28 Für Mannewitz und Thieme steht nicht mehr die gesamte Haltung zu Staat. Gesellschaft und Politik im Zentrum der Analyse, ebenfalls nicht linke Politik als solche.29 Nicht "um die Diskreditierung (radikal) linker Politikentwürfe" geht es den Autoren, sondern um "antidemokratische Gefährdungslagen", um eine potenziell verderbliche "Haltung zur liberalen konstitutionellen Demokratie" (vgl. S. 49). Sie gehen vorbeugend auf berechtigte und "unberechtigte" Kritik an ihrer Schule ein (vgl. S. 37–49). Längst wird eine konziliante

von Auffassungen und Bestrebungen aus, welche sich zwar bezogen auf ihre ideologischen Grundpositionen unterscheiden, aber hinsichtlich der Frontstellung zu den gemeinten Werten strukturelle Gemeinsamkeiten aufweisen." Pfahl-Traughber, Armin: Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 31–55, hier S. 31.

- 28 So interpretierte das Bundesverfassungsgericht im Kontext eines NPD-Flugblattes 2011 die politische Meinungsfreiheit wie folgt: "Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt. [...] Allein die Wertlosigkeit oder auch Gefährlichkeit von Meinungen als solche ist kein Grund, diese zu beschränken." BVerfG: Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 28. November 2011, 1 BvR 917/09, Rn. 1–28.
- 29 "Insgesamt gilt: Auch eine zum Teil harsche Kritik an gesellschaftlichen Missständen ist kein Anzeichen von politischem Extremismus, sondern gehört zum Alltag einer gut funktionierenden Demokratie. Denn nicht Stillstand und Stagnation, sondern erst die Reform- und Anpassungsfähigkeit an den vielfältigen und beschleunigten sozialen Wandel sichert deren Existenz." Mannewitz/Thieme: Gegen das System, S.62.

Entgegnung auf die zu erwartende Begriffskritik, auch im aktuellen Band, mitgeliefert.30

Im Grunde kennt man beiderseits die Position des Gegners. So gestehen Extremismusforscher ganz selbstverständlich die Limitationen ihrer Konzepte zu, verweisen aber auf deren Systematisierungsbonus; Kritiker des Extremismusbegriffs konzedieren ab und an dessen Vorzüge für die sicherheitsbehördliche Dokumentation, so sehr er ihnen auch widerstrebt. Der hin und wieder zelebrierte Schlagabtausch vollzieht sich auf dem Boden des stummen Einverständnisses, dass jede Fraktion das ihr zustehende Feld bewirtschaftet. Unter dem Gewitter ritualisierter Auseinandersetzungen im Medium des bloßen Begriffs verschwindet das genuine politikwissenschaftliche Interesse am Gegenstand, die Bereitschaft zu neuen und erfrischenden Perspektiven, die Suche nach irritierenden und antizyklischen Beobachtungen, kurz: die Arbeit an der Erkenntnis. Gemeinsames Merkmal der Diskursroutinen von Problematisierung und Apologetik ist, dass sie nicht vom historisch variablen Gegenstand ausgehen, sondern von starren Kategorien. Auch bei den Kritikern des Extremismusbegriffs bleibt unklar, wie neben dem apologetischen Interesse noch Neues herausgefunden werden kann. Auch hier wird nicht mit originellen Fragestellungen und Resultaten aufgewartet, sondern im schlimmsten Fall mit ermüdend siegesgewissen und selbstreferenziellen Philippiken.

Hier wie dort bleibt es ein politisch-moralisches Vorhaben – kein wissenschaftliches –, subsumtionslogisch entscheiden zu wollen, mithilfe welcher Einstellungs– und Weltanschauungs–

30 "Statt nach der politischen Provenienz sollte vielmehr nach den konkreten Anhaltspunkten für eine
Frontstellung gegen den demokratischen Verfassungsstaat gefragt werden – sowie nach den in
der Ideologie und Programmatik angelegten Ursachen: Es kann schließlich nicht um die Diskreditierung alternativer, (radikal) linker Politikentwürfe
gehen, sondern nur um die Haltung zur liberalen konstitutionellen Demokratie." Ebd., S. 49.

muster real existierende, denkende und empfindende Menschen *a priori* als besorgniserregende "Extremisten" (vgl. S. 50–54) mit verhängnisvoller Neigung zu sinistren "Ideologiefamilien" (vgl. S. 33–36) oder aber als heroische "Demokraten" der vordersten antifaschistischen Frontlinie im Zeitalter wachsender neonazistischer Aufmärsche<sup>31</sup> zu rubrizieren sind.

## Analyse statt Subsumtion unter *catch-all-*Konzepten: Der politische Impuls als sozialwissenschaftlicher Erkenntnisgegenstand

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen aber – etwa "postdemokratischen" Entwicklungstendenzen oder dem zunehmenden Bedeutungsverlust (radikal) linker Parteien und Bewegungen – wird die Frage nach der Genese und Gestalt des politischen Impulses, der sich in der spezifischen des Form organisationsaversen linksradikalen Engagements kanalisiert, interessant. Wer sich sozialwissenschaftliche Rechenschaft ablegt, muss zu dem Ergebnis kommen, dass letztlich jeder, auch der politikfernste Kleinbürger, über eine mehr oder weniger kohärente "Ideologie" verfügt, und sei es in Form von unzusammenhängenden fragmentarischen Mentalitätsbeständen. Stets wird Realität in sozial erworbenen Formen zugeschnitten, bewertet, schließlich Ausschnitte für relevant erklärt oder ausgeblendet. Warum aber erscheint manchen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgerechnet die tradierte linksradikale Emanzipationsrhetorik – bis hin zum ebenfalls wohl kaum ausgestorbenen Theorie-Lesekreis – als plausibler Ansatzpunkt zur Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Gegenwart? Schließlich verrät sich hier ein Ungenügen, eine Irritation am status quo, der man

31 Vgl. Ayyadi, Kira: #wirsindmehr: Wer gegen Neonazis demonstriert, ist nicht "linksextrem", sondern Demokrat\*in!, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/ Uhlig, Tom (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019, S. 149–154.

das Potenzial für politische Veränderungskräfte schwerlich absprechen kann. Man wird in diesem Punkt schlicht auf verdiente Historiker wie Dieter Langewiesche hören dürfen, die am Gegenstand von Bewegungen wie derjenigen von 1848 darauf hinweisen, dass eindeutige Bewertungen solcher politischen Impulse die Analyse der Ursachenbündel, Beweggründe, Kontextbedingungen und Verarbeitungsfaktoren verdecken.<sup>32</sup>

Vermutlich liegt die Faszination im vielkonstatierten rohen, aufs Grundsätzliche zielenden und darum kompromisslosen Gestus der Radikalität, welcher die üblichen Formen des demokratischen politischen Prozesses verwirft: "Dass es überhaupt eine Tür gibt, ein Draußen."33 Und ist nicht gerade jene Renitenz gegenüber den Regeln des zivilen Miteinanders, dieses Ärgernis aller verständigungsorientierten Netzwerker und wohlmeinenden politischen Bildner, das entscheidende und bisher ungelöste Rätsel des Linksradikalismus? Verweisen nicht gerade Belustigung und Hochmut gegenüber randalierenden Autonomen und verbalradikalen Pamphleteschreibern auf die noch immer unbegriffene Attraktionskraft der entsprechenden Zirkel, Wohngemeinschaften, Gruppen und Bündnisse? Warum treiben die diffuse Empfindung, dass in dieser Gesellschaft "das, was ist, nicht alles"34 sein kann, und der mit dieser Empfindung verbundene Impuls politisch-praktischer Veränderung manche Jugendliche und junge Erwachsene auch heute noch ausgerechnet in Gesellungsformen, welche schon manchen Zeitgenossen ihrer Entstehungsphase als Zerfallsprodukt einer in die Jahre gekommenen – der

- 32 Vgl. exemplarisch Langewiesche, Dieter: Wirkungen des "Scheiterns". Überlegungen zu einer Wirkungsgeschichte der europäischen Revolutionen von 1848, in: Historische Zeitschrift. Beihefte. New Series, H.29/2000, S. 5–21.
- 33 Seidl: Diese verteufelte Linke.
- 34 Vgl. Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, in: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt a. M., S. 391.

sozialistischen – Bewegung erschien?<sup>35</sup> Warum schlagen demgegenüber die in der (gebildeten) bürgerlichen Öffentlichkeit so rege gepflegten Aufrufe zu Engagement und Partizipation gegenüber einer vermeintlich unpolitischen Jugend ausgerechnet dort in Empörung und Abwehr um, wo sie unverkennbar eingefordert werden, wenn auch nicht in den dafür vorgesehenen – ihre eigenen Werthaltungen abbildenden – Bahnen?<sup>36</sup>

Vielleicht sind solche Fragen ohnehin latente Triebfedern der wiederkehrenden wissenschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit, wenngleich ihre Beantwortung selten im Fokus der Debatte steht. Oder wie sonst wäre es zu erklären, dass das Forschungs- und Diskussionsbedürfnis der letzten Jahre in so auffälligem Kontrast zum fortschreitenden Erlöschen linksradikaler Subkultur steht? Entsprechende Gruppierungen sind heute alles andere als vitale, deutungs- und mobilisierungsstarke Nuklei außerparlamentarischer politischer Intervention.37 Um den linksradikalen Aktivismus scheint es in den letzten Jahren und ganz besonders in Zeiten von Fridays for Future, einer in den Reihen der Jugend des gebildeten Bürgertums äußerst erfolgreichen Bewegung,38 eher eigenartig still geworden zu sein.

Für die Forschung ergibt sich unverändert die Beobachtung, dass es schlicht an kontextualisierenden Lokalstudien fehlt, 39 die sich der Beantwortung dieser Fragen stellen. Es mangelt weiterhin an Längsschnitt-Analysen der Protest- und Aktionsformen sowie an der Analyse der Interaktion mit politischen und behördlichen Gegenspielern, an der Kontrastierung der Untersuchungen mit den Deutungsofferten sympathisierender, kritisierender und wissenschaftlich einordnender Stimmen, schließlich an der Rückbindung all dieser Perspektiven an die dynamischen gesellschaftlichen Kontextbedingungen und die politische Mehrheitskultur.40

Hier wird der FoDEx-Fachbereich "Linksradikalismus" für den niedersächsischen Kontext ansetzen und noch im Laufe des Jahres erste Ergebnisse publizieren. Wir untersuchen Linksradikalismus als Prägefaktor politischer Kultur, als Produzent von Deutungsangeboten politischer Verhältnisse und somit als historisch veränderlichen Teil der Deutungskultur.

Warum wählen wir den Begriff "Linksradikalismus"? Wir nehmen das Phänomen, wie es uns empirisch gegenübertritt, also als soziales Gebilde, dessen kleinster gemeinsamer Nenner aller vielfach konstatierten Heterogenität zum Trotz darin liegt, an tradierte Emanzipati-

- 35 Vgl. Geronimo Marulanda,: Zum Ende einer Bewegung und eines Organisationsansatzes, in: re:volt magazine, 19.04.2018, URL: https://revoltmag.org/articles/zum-ende-einer-bewegung-und-eines-organisationsansatzes/ [eingesehen am 19.01.2021].
- 36 Vgl. Möllers, Christoph: Wir, die Bürger(lichen), in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, Jg. 71 (2017), H. 818, S. 5–16.
- 37 Vgl. Schenke: Ganz Hamburg hasst die Polizei?, S. 171–175.
- 38 Vgl. Sommer, Moritz et al.: Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019, in: Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S. 15–66, hier S. 29–31.
- 39 Auch, dass sich linksradikale Aktivistinnen und Aktivisten etwa aus dem Spektrum autonomer Gruppen üblicherweise gegen Exploration von außen verwehren (vgl. Mannwitz; Thieme: Gegen das System, S. 105), muss kein forschungspraktischer Beinbruch sein. Es gibt durchaus selbstreflexive und auch offenherzige Dokumente. Das belegt nicht nur die einstmals reiche linksradikale Zeitschriftenlandschaft; es ist auch Publikationen wie dem 2010 veröffentlichten, 400 Seiten starken Band "Perspektiven autonomer Politik" zu entnehmen. Vgl. AK Wantok (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010.
- 40 Einige erste Annäherungen finden sich im jüngst erschienenen Sammelband Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021.

onsrhetoriken unterschiedlichster Provenienz anzuschließen. Ob Parolen. Redeweisen oder Theorieversatzstücke dabei etwa an klassisch theorieaffine, d. h. marxistische und marxistisch-leninistische, oder theorieaverse, d. h. anarchistische, blanquistische, stalinistische, maoistische, oder an dazu quer stehende ökologische, globalisierungskritische, spontaneistische sowie postkolonialistische Traditionslinien anschließen, ist zunächst gleichgültig, ebenso wie das Ausmaß theoretischer Durchdringung und intellektueller Qualität oder das Gewicht praktischer Absichten respektive die Tendenz zu militanten Praktiken. Entscheidend ist, dass sie sich alle auf den Anspruch berufen, an einer Befreiung aus übermächtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu arbeiten, die sie als Ursache zahlreicher sozialer Missstände identifizieren. Angesichts der seit etwa einem Jahrhundert weitgehend aufgelösten klassengesellschaftlichen Strukturen und des damit zusammenhängenden Abebbens klassischer sozialer Bewegungen, aus deren Kontext viele der rhetorischen Bezüge stammen, ist das heutzutage erklärungsbedürftig. Nicht, warum einzelne Linksradikale gewalttätig werden, ist ein gewinnbringendes Explanandum, sondern warum politische Fundamentalopposition weiterhin Attraktionskräfte besitzt.

Natürlich setzt sich diese Begriffswahl wiederum der Kritik aus. Mannewitz und Thieme etwa wenden sich gegen ähnliche Begriffsofferten. Von Forschern, die für alternative Begrifflichkeiten, etwa "Radikalismus", werben, verlangen sie eine Klärung, wo Radikalität beginnt und wo sie endet (vgl. S.31). Doch eine solche Forderung ist nur stimmig, wenn man den hier verhandelten Untersuchungsgegenstand ins Prokrustesbett phänomenübergreifender catch-all-Konzepte presst, welche die Unterscheidung bedenklicher von harmlosen Bestrebungen zum Gegenstand haben. Natürlich sind dann hölzerne Versuche, Begriffe des "Radikalen" (Oberkategorie) und des "Linken" (Unterkategorie) zu einem halbwegs stimmigen Konzept zu montieren, überflüssig. Den Linksradikalismus im oben bestimmten Sinne begreifen wir als ein empirisch

gegebenes Phänomen, das als solches erforscht werden kann – und das sich in weiten Teilen übrigens auch selbst genau so bezeichnet. Gelingen solche Vorhaben ohne das Abrutschen in subsumtionslogische Problematisierungskategorien,<sup>41</sup> heben sie sich durchaus als "empirisch-analytischer Ansatz" von derzeit sowohl von Vertretern der Extremismusforschung als auch von ihren Opponenten praktizierten "normativen" Ansätzen ab.<sup>42</sup>

Es mag berechtigt sein, dass die Kritiker der Kritiker der Extremismustheorie, ihres Zeichens selbsternannte Verteidiger einer demokratischen Gesellschaftsordnung, zur Frage anheben: "Warum soll es nicht bedeutsam sein, wie eine Bewegung, Organisation, Partei oder Subkultur zu den Grundlagen moderner Demokratie und offener Gesellschaft steht?"43 Doch sie werden sich nach wie vor die Entgegnung gefallen lassen müssen, dass sich das Erkenntnisinteresse wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Linksradikalismus schlicht nicht mit dieser einzigen, ihrer Reichweite und Motivation nach notwendig partikularen Frage begnügen kann. Der Erkenntnisgehalt der Forschung bleibt schlicht fraglich, wenn es einerseits nur um die "vergleichende Einschätzung antidemokratischer Gefährdungslagen" (S.49) gehen soll, andererseits aber "die gewaltbereiten Linksextremisten" erwiesenermaßen "nur einen kleinen Teil des zugehörigen Personenkreises"44 ausmachen. Was die besprochene Neuerscheinung betrifft, bleibt es insgesamt beim Resümee

- 41 Hier ist die Konkurrenz zwischen Grundkonzepten des Blanko-Extremismus, des Blanko-Radikalismus und der Blanko-Demokratiefeindschaft dann tatsächlich eine unergiebige Spiegelfechterei, vgl. Pfahl-Traughber: Die blinden Flecken in der Kritik.
- 42 Vgl. Jesse: Der Begriff "Extremismus".
- 43 Pfahl-Traughber, Armin: Die blinden Flecken in der Kritik an der Extremismustheorie, in: Demokratie-Dialog, H.2/2018, S. 24–28, hier S. 28.
- 44 Imbusch: Die radikale Linke, S. 81 f.

eines jeglicher Sympathien mit linksradikalen Politikmodellen unverdächtigen Richard Stöss:

"Das Extremismuskonzept mag für die Praxis der Verfassungsschutzbehörden hinreichend präzise und handhabbar sein, für sozialwissenschaftliche Analysen ist es ohne Nutzen. Es führt nicht zu neuen Erkenntnissen, es verhindert sogar differenzierte Einsichten in die komplizierte Welt gesellschaftlich-politischer Sachverhalte. [...] Daher zählt das Extremismuskonzept auch nicht zum Standard sozialwissenschaftlicher Forschung."

Und hinsichtlich linksradikaler Denkbezüge und Gesellungsformen bleibt es beim benannten Forschungsdesiderat: Es fehlt an qualitativen, hermeneutisch sensiblen und historisch vergleichenden Analysen lokaler Protestkulturen, die ihre Fragestellungen und Bewertungsmaßstäbe der fortschreitenden Analyse entnehmen, anstatt sie von außen an ihren Gegenstand heranzutragen – und diesen dabei aus den Augen zu verlieren.

45 Stöss, Richard: Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozial-wissenschaften, in: bpb.de, 29.01.2015.



Philipp Scharf, M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Göttinger Institut für
Demokratieforschung.
Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen
die Protest- und Bewegungsforschung sowie
politische Kulturforschung.



Dr. Julian Schenke, geb. 1988, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen ist er zuständig für die Koordination, Durchführung und Auswertung der Erhebungen im Rahmen des Demokratie-Monitors. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen qualitativer politischer Kulturforschung und Bewegungsforschung.

## Radikaler Islam

### "... genau nach 10 Sekunden würd' ich das skippen."

Vorstellung der qualitativen Interviewstudie "Radikalislamische YouTube-Propaganda"

Annemieke Munderloh

elche Wirkung rufen radikalislamische Videoinhalte, die insbesondere zu Missionszwecken (Dåwa) online verbreitet werden, bei jungen Rezi-

pient\*innen hervor? Inwiefern sind die Inhalte solcher Videoclips und deren Präsentation für sie überzeugend? Diese zentralen Fragen haben wir uns bei der Erforschung radikalislamischer *YouTube*-Propaganda gestellt. Die Antworten, die wir gefunden haben, werden in der im April 2021 erscheinenden Monografie "Radikalislamische YouTube-Propaganda – Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen" publiziert.

Nach Erscheinen als gebundenes Buch oder PDF (Open Access) verfügbar auf der Seite des Verlags unter Klevesath et al.: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021, URL: https://www. 13 fokussierte Interviews², bei denen es sich in der Regel um Doppelinterviews handelte und die

- transcript-verlag.de/978-3-8376-5648-0/radikalislamische-youtube-propaganda/?c=310000099&number=978-3-8394-5648-4 [eingesehen am 28.01.2021].
- Diese Form des Interviews zeichnet sich dadurch aus, dass die "subjektiven Erfahrungen der Personen, die sich in [einer] vorweg analysierten Situation befinden", im Zentrum stehen – die Videos wurden von uns im Vorfeld sequenziert, analysiert und mögliche Reaktionen und Interpretationen der Inhalte herausgearbeitet, um die Rezeption der Interviewpartner\*innen (und auch nicht-antizipierte Auffälligkeiten) in der Gesprächssituation gezielt beleuchten zu können. (Merton, Robert K./Kendall, Patricia L.: Das fokussierte Interview, in: Hopf, Christel/Weingarten, Elmar (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1993, S 171-204, hier S. 171). Es sollen nicht nur ihre Reaktionen auf bewusst gesetzte Stimuli dokumentiert werden, sondern die Prädispositionen ausgelotet werden, die beeinflussen, wie und ob das Stimulusmaterial auf ihre individuelle Erfahrungswelt eingeht. Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen alle wörtlichen Zitate im Folgenden aus unserem Interviewmaterial.

2018 geführt wurden, bilden die Materialgrundlage. Wir sprachen mit insgesamt zwanzig Personen zwischen 18 und 35 Jahren, denen vier verschiedene radikalislamische Videos vorgespielt wurden. Unser Ziel war, dass sich zwischen den zufällig gruppierten Befragten eine Gesprächsdynamik entwickelt, sodass nicht nur auf unsere Fragen geantwortet wird. Zehn der Gesprächspartner\*innen sind muslimischen Glaubens, vier Christ\*innen und sechs konfessionslos, neun der zwanzig sind Frauen. Trotz unseres Versuchs, eine in Bezug auf sonstige sozio-demografische Aspekte möglichst ausgeglichene Gruppe von Interviewpartner\*innen für die Gespräche zu gewinnen, sind Akademiker\*innen unter den Befragten über- und Frauen unter den befragten Muslim\*innen unterrepräsentiert.3

In den Interviews interessierten uns insbesondere die individuellen Hintergründe unserer Befragten, sprich: wie ihre soziale und religiöse Zugehörigkeit bzw. ihr Verständnis von Religion, aber auch in ihrer Lebensrealität relevante aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten auf ihre Meinungen Einfluss nehmen. Sind Videos mit radikalislamischen Inhalten für Nicht-Muslim\*innen ausschließlich befremdlich oder fühlen sie sich zumindest partiell auch von diesen angesprochen? Welche Rolle spielt das eigene Islamverständnis für die Rezeption solcher Videos durch Muslim\*innen? Welche individuellen Dispositionen können identifiziert werden, die die in diesen Clips präsentierten Meinungen anschlussfähig(er) machen? Beziehen muslimische und nicht-muslimische Befragte die islamischen Inhalte auf eigene religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen? Lässt sich feststellen, dass

das Bild, das die Befragten bereits vom Islam und von Muslim\*innen hatten, durch den Konsum der Videos beeinflusst wird?<sup>4</sup>

All diese Fragen werden auf Grundlage der Analyse der Rezeption unserer Gesprächspartner\*innen von insgesamt vier Videos eruiert – drei dieser Videos sind im "Talking-Head-Format", das vierte ist ein Musikvideo, das mit einem Naschid (islamischer A-cappella-Gesang) musikalisch hinterlegt ist.

#### "Das zieht ganz gut wahrscheinlich bei Leuten, […] die nicht kritisch darüber nachdenken." – Die gezeigten Videos

Der in Hannover lebende deutschstämmige Konvertit Marcel Krass ist Protagonist des ersten Videos<sup>5</sup>, in dem er mit verhältnismäßig großer Sachlichkeit und Ruhe zunächst den Begriff "Scharia" erläutert, um anschließend auszuführen, warum wahre Gerechtigkeit nur von Gott komme und nur durch die Befolgung der Scharia erreicht werden könne. Seine Argumentation, die letztlich auf eine grundsätzliche Delegitimierung staatlicher Autoritäten abzielt, gipfelt in der politischen Vision, dass alle Muslim\*innen weltweit einen Staat nach islamischem Recht anstrebten, in dem sie gemeinsam und unter sich leben könnten.

- Die Monografie knüpft inhaltlich an die 2019 veröffentlichte Kurzstudie von Klevesath et al. "Scharia als Weg zur Gerechtigkeit?" (2019) an, in der bereits erste Ergebnisse aus den Interviews mit muslimischen Gesprächspartner\*innen zum erstgezeigten Video Marcel Krass' präsentiert wurden (die Studie ist online als Open Access verfügbar, URL: https://www.fodex-online.de/publikationen/studie-scharia-als-weg-zur-gerechtigkeit/ [eingesehen am 28.01.2021]).
- 4 Sobald der inhaltliche Teil der Interviews abgeschlossen war, wurden die Gesprächspartner\*innen stets über die gezeigten Akteure aufgeklärt, deren in den Videos präsentierten Inhalte eingeordnet und sich daraus ergebende Fragen der Interviewten beantwortet, um zu verhindern, dass sich unsere Erhebung negativ auf das Islambild der Befragten auswirkt.
- 5 Vgl. Krass, Marcel: Marcel Krass Was ist Scharia?, in: Marcel Krass, 30.10.2014, URL: https://youtu.be/VcVMIqxhbSE [eingesehen am 05.02.2021].



Abb. 1: Von links nach rechts: Ahmad Abul Baraa, Yasin al-Hanafi und Marcel Krass. (Bild: Arne L. Gellrich).

Bei dem zweiten Video<sup>6</sup> handelt es sich um einen Clip des Göttingers Yasin Balas alias "Yasin al-Hanafi", der keine religiösen, sondern vielmehr politische Inhalte diskutiert. Energisch und mit ausladender Gestik und Mimik prangert er vermeintliche Missstände an. Er wertet insbesondere die deutschstämmige, nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft massiv ab und übt zudem harsche Medienkritik – Journalist\*innen seien für ihn die "größte[n] Verbrecher".<sup>7</sup>

Als drittes Video<sup>8</sup> folgt ein Auszug einer Freitagspredigt von Ahmad Armih alias Ahmad "Abul Baraa", ein palästinensischstämmiger Prediger des Mainstream-Salafismus.<sup>9</sup> Darin mahnt er emotional und lautstark die rigide, buchstabengetreue Befolgung von Koran und Sunna an. Die deutschstämmige, nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft zeichne sich zuvorderst durch ihre Sündhaftigkeit aus und in Deutschland lebende Muslim\*innen sollten somit alles daransetzen, sich von ihr zu distanzieren.

Das letzte Video¹º fällt – wie angedeutet – in unserer Auswahl aus der Reihe. Es ist das Na-

- Vgl. al-Hanafi, Yasin: Ist Tayyib Erdogan ein Diktator? | YASIN AL-HANAFI, in: Yasin Al-Hanafi – KURZVIDEOS, 15.03.2017, URL: https://youtu.be/dTLCK7cl8As [eingesehen am 05.02.2021].
- 7 Vgl. ebd.
- 8 Vgl. Abul Baraa, Ahmad: Ahmad Abul Baraa Eine bewegende Rede – Hätte der Prophet dich geliebt?, in: Habibiflo Dawah Produktion, 27.06.2012, URL: https:// youtu.be/QOEMAjeK\_qU [eingesehen am 05.02.2021].
- 9 Vgl. Wiedl, Nina: Geschichte des Salafismus in Deutschland, in: Said, Behnam T./Fouad, Hazim: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Freiburg 2014, S. 411–441, hier S. 411–416. Wiedl definiert Angehörige des Mainstream–Salafismus als unter Nicht–Muslim\*innen missionierende, größtenteils puristische Muslim\*innen, die teilweise zu Methoden außerparlamentarischer Opposition greifen und teilweise auch salafistische Parteien in muslimischen Ländern offen unterstützen. Abul Baraa jedoch ist strikter Gegner des Engagements in politischen Kampagnen.
- 10 Vgl. The Mindist: HD Ghuraba | Nasheed | Emotional, 19.08.2014, URL: https://youtu.be/ Q11008msQdc [eingesehen am 05.02.2021].

schid "Ġurabà" (arab. "die Fremden"), das von einem YouTuber mit ästhetischen Bildern hinterlegt wurde und somit einem typischen Musikvideo ähnelt. Der arabische Liedtext ist zwar in Untertiteln gut lesbar übersetzt, dennoch haben die meisten unserer Befragten eher eine sinnlich-emotionale denn inhaltliche Bewertung des Liedes vorgenommen; es wird als "beruhigend" oder "melancholisch" beschrieben. Dabei ist es "eine der bekanntesten Hymnen unter den radikalislamisch orientierten Islamisten"<sup>11</sup>, betont Militanz, Unterwerfung unter Allah, Distanz zu Nicht-Gleichgesinnten und Jenseitsgerichtetheit und zielt sowohl musikalisch als auch textlich auf Mobilisierung ab.

Diese Videos bilden die Grundlage unserer Studie, von deren zentralen Ergebnissen der vorliegende Text einige skizzieren möchte. Vorab ist es uns wichtig zu betonen, dass der Begriff des "radikalen Islam" nicht implizieren soll, dass wir Personen innerhalb dieser Gruppe eine spezifische Haltung zur Demokratie oder zu Gewalt unterstellen. Im Gegenteil: Wir fassen darunter eine Reihe diverser Individuen und Bewegungen, die teils in erbitterter Feindschaft zueinander stehen. Was sie für uns innerhalb dieser Kategorie eint, ist ihre Ablehnung des religiösen und/oder politischen Status quo und eine Mission, die über die reine gottesdienstliche Praxis und die Bewahrung religiöser Tradition hinausgeht.

Vorangegangene Studien haben bereits die Reaktionen von (jungen) Menschen auf dschihadistische oder auch rechtsextreme Videoinhalte untersucht.<sup>12</sup> Unsere Arbeit fokussiert sich hingegen bewusst auf Reaktionen auf gewalt*freie* und somit prinzipiell weniger offen polarisierende, aber nichtsdestotrotz kontroverse radikalislamische Videoinhalte. Zudem haben wir einen qua-

litativ-empirischen Forschungsansatz gewählt, da bis dato kaum qualitative Untersuchungen zu diesem Thema durchgeführt wurden. Zwar ist die Verallgemeinerbarkeit derartiger Erhebungen gegenüber Fragebogenstudien mit hohen Fallzahlen geringer, verspricht aber gleichwohl umfangreichere Erkenntnisse zur Rezeption der Inhalte durch die Proband\*innen, weil ihnen weit größerer Freiraum gegeben werden kann, ihre Wahrnehmungen zu beschreiben, präsentierte Ansichten zu erklären und zudem lebenslaufspezifische Hintergründe erfragt werden können.

Orientiert an diesen Leitfragen und diesem methodischen Zuschnitt bietet unsere Studie zunächst einen Überblick über die gegenwärtige Forschungslandschaft und leistet einen genuinen Beitrag zur Begriffsdebatte, indem Kritik an den häufig verwendeten Schlagworten "Salafismus" bzw. "Salafist\*innen" geübt wird. Stattdessen nehmen wir eine alternative Kategorisierung nach Religionsverständnissen vor, nachdem die mangelnde Trennschärfe einer Salafismus-Kategorie empirisch demonstriert werden konnte. Zudem konnte neben dem Einfluss des Religionsverständnisses der Einfluss von sozialer Zugehörigkeit, die schädlichen Effekte von (antimuslimischem) Rassismus auf die Mehrheit unserer Befragten und die Bedeutung wechselseitigen Bemühens um Zusammenhalt und die Vermittlung eines Zugehörigkeitsgefühls innerhalb unserer Gesellschaft anhand der Gesprächsinhalte gezeigt werden. Zu guter Letzt wurde Wert darauf gelegt, die Inhalte zugänglich aufzubereiten, um nicht nur die Wissenschaftswelt, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit als Adressatin anzusprechen.

In den folgenden Abschnitten wird nun zunächst ein kurzer Einblick in die Videos selbst und ihre zugrunde liegenden Wirkmechanismen gegeben, bevor auf ausgewählte Kernbeobachtungen näher eingegangen wird. Wie verändern die bereits angedeuteten wirkmächtigen Einflüsse von sozialer Zugehörigkeit, Religionsverständnis, aber auch bei einigen Befragten beobachtbaren autoritären Tendenzen das Antwortverhalten unserer Gesprächspartner\*innen?

<sup>11</sup> Said, Behnam T.: Hymnen des Jihads. Naschids im Kontext jihadistischer Mobilisierung, Würzburg 2016, S. 184

<sup>12</sup> Vgl. etwa Rieger, Diana/Frischlich, Lena/Bente, Gary: Propaganda 2.0. Psychological Effects of Right–Wing and Islamic Extremist Internet Videos, Köln 2013.

#### "Hebe deinen Kopf, DU hast die Religion der Rechtleitung!"<sup>13</sup> – Einsatz isolationistischer Frames

Allen in der Studie gezeigten Videos ist gemein, dass die Akteure in ihnen von verschiedenen isolationistischen Frames<sup>14</sup> Gebrauch machen, also solchen, die auf die Segregation der angesprochenen Gruppe von der Mehrheitsgesellschaft abzielen. Bei fast allen Videos ist die primär angesprochene Gruppe jene der in Deutschland lebenden Muslim\*innen, also die Gruppe, der die Akteure selbst angehören (die sogenannte "Ingroup"). Sie wird entlang religiöser, bisweilen aber auch ethnischer Merkmale definiert.¹⁵ Die Forschung zu Radikalisierungsprozessen hat verschiedene psychologische Schlüsselkomponenten identifiziert, die ein radikales Glaubenssystem ausmachen und die mit derartigen Frames adressiert und gefördert werden können. Dazu gehört die Wahrnehmung von Illegitimität staatlicher Autoritäten, eine gesteigerte Wahrnehmung der Überlegenheit der Ingroup sowie Distanz zu und Losgelöstheit von Mitmenschen und Mehrheitsgesellschaft (der "Outgroup", also der Gruppe, der man nicht angehört, zu der für die Akteure etwa die nichtmuslimische, deutschstämmige Mehrheitsgesellschaft zählt). Hinzu kommen Radikalisierungsrisikofaktoren, wie ein wahrgenommener persönlicher oder auch kollektiver Mangel, realistische oder symbolische

- 13 Abul Baraa, Ahmad: Ahmad Abul Baraa Eine bewegende Rede Hätte der Prophet dich geliebt?.
- 14 "Frames" sind emotional und normativ besetzte Deutungsmuster, innerhalb derer Menschen denken, sprechen und interagieren. "Framing" beschreibt die "Rahmung", das heißt, die Einbettung einer Information oder Aussage in einen bewusst gestalteten Kontext, die eine bestimmte Interpretation des Kommunizierten nahelegt und so die Meinungsbildung der Rezipient\*innen beeinflusst.
- 15 In drei der vier Videos ist vordergründig die religiöse Zugehörigkeit zur Gruppe der Muslim\*innen (weltweit oder in Deutschland) zentral für die Zugehörigkeit zur Ingroup, in dem vierten wird die ethnische Komponente der Zugehörigkeit zur Gruppe der Türk\*innen oder türkischstämmigen Menschen dezidiert herausgestellt.

Gruppenbedrohung, wahrgenommene Ungerechtigkeit und erhöhte Ingroup-Identifikation. 
Die gelisteten Wahrnehmungen können durch das Ansprechen dieser Frames bewusst gefördert werden und verstärken den Glauben der Rezipient\*innen an eine starke Kluft zwischen Ingroup und Outgroup.

Es soll hervorgehoben werden, dass von uns keine klassische Radikalisierungsforschung betrieben wurde und auch die Inhalte der von uns gezeigten Videos nicht in die Kategorie dschihadistischer, gewaltverherrlichender und/oder auf Delinquenz abzielender Propaganda fallen. Auch bedeutet das Vorliegen gewisser Vulnerabilitätsfaktoren nicht, dass eine Person zwangsweise einen linear verlaufenden Radikalisierungsprozess begonnen hat und nun als problematisch oder gar gefährlich einzustufen ist. Dennoch bieten die isolationistischen Frames eine gute Analysebasis, um zentrale Themen der Videos zu identifizieren.

Ein Beispiel für den Einsatz des Frames der Distanz zu und Losgelöstheit von den eigenen Mitmenschen ist Krass' Vision eines Staates, in dem alle Muslim\*innen nach islamischem Recht leben könnten. Ein Leben in Deutschland sei für Muslim\*innen zwar prinzipiell möglich, aber nicht wünschenswert. Hinzu kommt eine deutliche Delegitimierung staatlicher Autoritäten, denen er die Fähigkeit abspricht, gerechte Entscheidungen für ihre Bürger\*innen treffen zu können, da Gerechtigkeit nur von Gott kommen könne.

Bei Yasin al-Hanafi lässt sich der Einsatz gleich mehrerer Frames identifizieren. Zunächst der Frame einer (a) wahrgenommenen Ungerechtigkeit, die sich in Form von westlicher Überheb-

16 Vgl. Doosje, Bertjan et al.: "My Ingroup is Superior!": Susceptibility for Radical Rightwing Attitudes and Behaviors in Dutch Youth, in: Negotiation and Conflict Management Research, Jg. 5 (2012), H. 3, S. 253–268 sowie ders./Loseman, Annemarie/van den Bos, Kees: Determinants of radicalization of Islamic youth in the Netherlands. Personal uncertainty, perceived injustice, and perceived group threat, in: Journal of Social Issues, Jg. 69 (2013), H. 3, S. 586–604. lichkeit und facettenreicher Doppelmoral seitens der Outgroup äußere. Während er diese extensiv betont, erfolgt immer wieder eine (b) gezielte Überhöhung seiner Ingroup (der türkischstämmigen Muslim\*innen), die etwa deutlich toleranter allen Religionen gegenüber sei als "die Deutschen". Hinzu kommt die Darstellung einer (c) potenziellen bzw. realen Bedrohung durch die sich einseitig abgrenzende Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, welche die Türkei und Türk\*innen bzw. türkischstämmige Menschen, aber vor allem Muslim\*innen, spätestens seit dem 11. September 2001 pauschal verurteile. Dieser Hass werde von Medien und Journalist\*innen bewusst befeuert, weswegen diese direkt mitverantwortlich dafür seien, dass immer wieder tödliche Gewalt gegen Muslim\*innen angewendet werde.

Auch Abul Baraa greift an vielen Stellen auf den Frame (a) der Überhöhung der Ingroup zurück, zum Beispiel bei seinen Versicherungen, dass Gott jene, die – wie er – den Ge- und Verboten von Koran und Sunna folgten, belohnen werde. All jenen hingegen, die von diesen Lehren abwichen, drohten schwere Konsequenzen, womit (b) intergruppenbezogene Ängste hervorgerufen werden sollen. Seine Ausführungen zielen klar darauf ab, bei seinen Zuhörer\*innen Angst vor einer Nichtzugehörigkeit zu der von ihm strikt abgesteckten Ingroup der frommen Muslim\*innen zu erzeugen. Zudem fokussiert er stark auf einen (c) vermeintlich unumstößlichen Konflikt zwischen den Gruppen der in Deutschland lebenden Muslim\*innen und der nicht-muslimischen, an allen Ecken und Enden sündigenden Mehrheitsgesellschaft, die er (d) als eindeutige Outgroup massiv abwertet.

#### "[...] dann will man den Täter am besten foltern, oder noch schlimmere Sachen antun." – Einfluss autoritärer Tendenzen

Im Zuge der Auswertung konnten drei Eigenschaften identifiziert werden, die die Rezeption der gezeigten Videos durch die Befragten maßgeblich beeinflusst haben. Erstens konnten bei drei Befragten autoritäre Tendenzen festgestellt werden, die eine vermehrte Zustimmung zu

einzelnen, in den Videos präsentierten Thesen nach sich zu ziehen schien.<sup>17</sup> Die Tendenzen äu-Berten sich gruppenunspezifisch durch gewisse Verschwörungsmentalitäten und/oder autoritäre Aggressionen bzw. Unterwürfigkeit. Beispiele sind etwa die Befürwortung von Körperstrafen, angedeutete Präferenzen für autoritäre Herrschaftsformen und die Ablehnung gewaltfreier Kindererziehung. Da das Auftreten autoritärer Tendenzen jedoch erst im Zuge der Auswertung identifiziert wurde, die Interviews also nicht auf ihre Erfassung abzielten, gibt das Material keine Antwort darauf, wie stark autoritäre Tendenzen, Haltungen oder Persönlichkeiten bei den Rezipient\*innen vorhanden sein müssen, um bestimmten Thesen besonders aufgeschlossen zu begegnen.

#### "Da meinte die Frau: 'Wie können Sie denn so freundlich sein und dem Islam angehören?'" – Einfluss der sozialen Zugehörigkeit

Zweitens wurde auf den Einfluss sozialer Zugehörigkeit bzw. daraus resultierender Ausgrenzungserfahrungen fokussiert. Häufig finden sich unter den Aussagen der dreizehn nicht-deutschstämmigen Befragten umfangreiche selbst erlebte Beispiele intergruppaler Konflikte, wie sie auch insbesondere in den Videos Yasin al-Hanafis und Abul Baraas thematisiert werden. Dazu gehören Schilderungen klar (alltags)rassistischer Beleidigungen (wie etwa das "Fuck you, Migrants", das einem Befragten nachgerufen wurde) oder antimuslimischer Rassismus, wie er sich im einleitenden Zitat abzeichnet. Diese selbsterlebten, auch in der deutschen Gesellschaft virulenten

17 Bisher wird das Konzept der autoritären Tendenzen vordergründig in der Forschung zu Rechtsradikalismus angewendet. Es basiert auf dem ursprünglich von Erich Fromm spezifizierten und von Theodor Adorno et al. weiterentwickelten (jedoch bis heute kontrovers diskutierten) Konzept des autoritären Charakters (vgl. Fromm, Erich et al.: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Hamburg 1969, S. 77–135; und Adorno, Theodor et al.: Studien zum autoritären Charakter, 10. Aufl., Frankfurt a. M. 2017).

Rassismen und das daraus resultierende Gefühl der Ausgegrenztheit gehören zu eben jenen oben beschriebenen Vulnerabilitätsfaktoren, die von Akteuren wie denen in unseren Videos gezielt angesprochen werden können, um die Identifikation mit ihren Inhalten zu befördern. Zudem ist augenscheinlich, dass insbesondere die muslimischen Befragten sich im Gegensatz zu den deutschstämmigen und nicht-muslimischen Interviewten offenbar nicht in der Lage sehen, frei ihre Assoziationen oder Überlegungen zu den geäußerten Argumenten wiederzugeben. Statt ihre Meinungen oder Gedanken zu äußern, fokussieren sich viele ihrer Aussagen auf ihre Sorge um die Außenwirkung dieser Akteure sowie die Folgen, die deren Standpunkte und die Artikulation dieser für ihre eigene Ingroup der Muslim\*innen in Deutschland nach sich ziehen könnte. Das ist besorgniserregend, deutet es doch auf ein tief verwurzeltes Gefühl einer von der Mehrheitsgesellschaft implizit oder explizit zum Ausdruck gebrachten Nicht-Zugehörigkeit hin, die sie unter einen permanenten Reflexionszwang und Rechtfertigungsdruck stellt – obwohl sich die Mehrheit dieser Gruppe als klar Deutschland zugehörig fühlt.

## "Nicht alles, was Gebot ist, [sollte] auch Gesetz sein." – Verschiedene Religionsverständnisse

Drittens konnten wir vier verschiedene Kategorien von Religionsverständnissen innerhalb unseres Samples identifizieren, die über eine simple Unterscheidung nach Muslim\*innen und Nicht-Muslim\*innen (oder salafistisch/nicht-salafistisch) hinausgehen. So konnte insbesondere unterschieden werden, wie offen die Befragten an die Diskussion der verschiedenen in den Videos geäußerten Thesen herangingen und in welchem Ausmaß sie sich zumindest in die diesen zugrundeliegenden Religionsvorstellungen hineinversetzen konnten – zu einer vollen Zustimmung zu allen Videoinhalten kam es in keiner Gruppe. Sieben unserer Gesprächspartner\*innen haben wir als orthodoxe Muslim\*innen klassifiziert, das heißt, dass sie die Normen des

Koran und der authentischen Hadithe<sup>18</sup> als von Gott erlassene, verbindliche Gebote für den Menschen akzeptieren. Durch ihre Kenntnisse von Koran und Sunna und islamischer Theologie fällt es ihnen leichter als anderen Befragten, vor allem die Thesen von Krass' und Abul Baraa in den Kontext des islamischen Diskurses einzuordnen und punktuell auch zu relativieren. Die anderen drei Muslim\*innen unseres Samples hingegen weisen nicht-orthodoxe Islamverständnisse auf. Sie sehen zwar ihr Muslimisch-Sein als Ergebnis einer individuellen Aneignung ihrer Religion, verfügen aber über vergleichsweise geringe Kenntnisse islamischer Glaubensinhalte und sind nicht gewillt, ihr Leben, ihre Mitmenschen oder gar die Gesellschaft primär nach religiösen Regeln zu ordnen und sich einer starren, inflexiblen Interpretation der Religion und ihrer Gebote zu unterwerfen. Folglich lehnen sie auch die in den Videos präsentierten Inhalte häufiger ab. Die zwei religiösen Christinnen<sup>19</sup> in unserem Sample, die eine eigene, dritte Gruppe bilden, zeigten sich aufgrund ihrer Religiosität bestimmten Videoinhalten offener gegenüber. Sie konnten einige der islamischen Inhalte auf ihren eigenen Glauben beziehen und zeigten deshalb teilweise größeres Verständnis für die präsentierten Thesen als die acht nicht-religiösen Befragten. Letztere, die die vierte Gruppe konstituieren, äußerten häufiger allgemeine Religionskritik, die dann auf die in den Videos gezeigten Ansichten übertragen wurde. Zudem wurde grundsätzlicher über gesellschaftliche sowie individuelle Vor- und Nachteile beziehungsweise Kosten-Nutzen-Abwägungen von Religion(en) diskutiert.

Wie die Befragten nun im Detail die Videoinhalte, Rhetorik, Auftreten und Videogestaltung der vier

- 18 Hadithe sind Berichte (wörtlich "Erzählungen") von der "Sunna" (also der Praxis oder den Handlungsweisen) des Propheten Mohammed. Zusammen gelten Koran und Sunna als die beiden Hauptquellen der Gebote des islamischen Rechts (der Scharia).
- 19 Zwei nominell christliche Befragte wurden als areligiös eingestuft, da ihre formelle Konfessionszugehörigkeit für sie praktisch keine Rolle zu spielen scheint.

Clips rezipiert haben, welche Konsequenzen der Einsatz der einzelnen Frames konkret hatte, welche Thesen verfingen oder gar überzeugten und welche oftmals schroffe Ablehnung erfuhren, kann ab Ende April im Printformat oder digital nachgelesen werden.

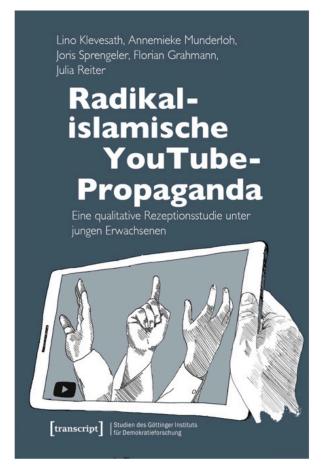


Abb. 2: Erscheint voraussichtlich zum 27.04.2021 im transcript Verlag, ca. 260 Seiten, ISBN: 978-3-8376-5648-0. (Covergestaltung: Arne L. Gellrich).



Annemieke Munderloh, B. A., geb. 1994, studiert Soziologie im Master an der Universität Göttingen und ist seit März 2017 studentische Hilfskraft an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

# Wenn der "Islamische Staat" nicht radikal genug ist – Boban S. und der Takfirismus

Lino Klevesath

ehr lange hat Boban S.
geschwiegen. Seit mehr als
drei Jahren verfolgte er den
Strafprozess gegen sich und
seine Mitangeklagten stumm.
Ebenso wenig wie Ahmad A.
(genannt Abu Walaa), dem
die Mitgliedschaft in einer

terroristischen Vereinigung angelastet wird, und Hasan Ç., der wie S. wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt ist, ist er bereit gewesen, sich zu den Vorwürfen zu äußern, die seit 2017 zweimal wöchentlich vor dem Oberlandesgericht Celle verhandelt werden. Doch seine bereits vier Jahre andauernde Haftzeit und die Aussicht, noch etliche Jahre im Gefängnis zu sitzen, müssen ihn wohl zum Umdenken gebracht

haben. Denn im Spätherbst 2020¹ schildert Boban S. dem Senat und den anderen Prozessbeteiligten schließlich seine Sicht der Dinge.

Dieser Artikel beruht im Wesentlichen auf der Beobachtung des Strafprozesses gegen Ahmad A., Boban S., Hasan Ç. und Mahmoud O. am 17.11.2020 und 18.11.2020, als Boban S. wesentliche Teile seiner Einlassung vortrug. S. hatte zuvor bereits an zwei anderen Prozesstagen seinen Vortrag begonnen – ein Teil seiner Aussagen sind dem Verfasser dieses Artikels daher nicht bekannt. Im weiteren Verlauf werden Verweise auf Aussagen im Strafprozess direkt im Text (in Klammern) angeführt.

#### Die Vorwürfe

Boban S., der vor einigen Jahren zum Islam konvertiert war, betrieb bis Anfang 2016 im Dortmunder Stadtteil Lindenhorst – einem wirtschaftlich abgehängten Viertel im Norden der Ruhrgebietsmetropole – eine "Madrasa". Der arabische Begriff bedeutet wörtlich "Schule", bezeichnet aber im engeren Sinne eine islamische Bildungseinrichtung. Anil O., Kronzeuge der Bundesanwaltschaft, sagte 2017/18 aus, 2015 vor seiner Ausreise nach Syrien bei S. Unterricht besucht zu haben.2 Die Lehrinhalte hätten dem Curriculum des Islamischen Staates (IS) entsprochen – die Schwerpunkte habe S. auf die Themen "Dschihad" und "Takfīr" gelegt (Aussagen von Anil O. am 17.01.2018) - also die islamische Praxis der Exkommunikation, bei der Menschen, die sich selbst als muslimisch verstehen, aufgrund ihrer vermeintlich fehlerhaften Vorstellungen und Glaubenspraxis die Zugehörigkeit zum Islam abgesprochen wird. Boban S. habe sich bei seiner Takfīr-Lehre auf zeitgenössische Gelehrte bezogen, die selbst dem IS zu radikal gewesen seien.3 Wer den gewaltsamen Dschihad abgelehnt habe, hätte am Unterricht gar nicht erst teilnehmen dürfen. Nur wenn Gäste oder neue Schüler aufgetaucht seien, habe sich S. zurückgehalten und seine Loyalität gegenüber dem IS verborgen (Aussagen von Anil O. am 14.11.2017). Im Ruhrgebiet hat sich den Angaben von O. zufolge damals eine feste Gruppe gebildet, die sich dem IS verpflichtet fühlte und vom Reisebüroleiter und Islamgelehrten Hasan Ç. geleitet wurde, dessen Unterrichtsstunden O. ebenfalls besuchte. O. schrieb auch Boban S. eine wichtige Rolle in der Gruppe zu und erklärte vor Gericht, diese habe ihn als "Delegierten" zu Abu Walaa in die Hildesheimer Moschee des Deutschsprachigen Islamkreises entsandt. Die Gebetsstätte sei das faktische Zentrum des IS in Deutschland

gewesen. Dort habe man ihn auf seine Ausreise ins IS-Gebiet vorbereitet (Aussagen von Anil O. am 08.11.2017). Als "Emir" und damit als oberster Repräsentant des IS habe Abu Walaa den beiden Lehrern des Ruhrgebiets Weisungen erteilen können (Aussagen von Anil O. am 05.12.2017).

Auch eine V-Person des LKA Nordrhein-Westfalen, der unter dem Decknamen "Murat Cem" und dem Kürzel "VP-O1" bekannt wurde, belastete Boban S. schwer.<sup>4</sup> Durch ihn – der selbst den Unterricht von S. regelmäßig besucht und bald vertraulichen Zugang zu seinem Lehrer erhalten habe – wurde aktenkundig, dass S. in kleiner Runde erklärt habe, direkt Anweisungen vom IS zu erhalten und bei der Ausreise ins Territorium der Terrororganisation behilflich zu sein. Auch Anis Amri, der 2016 den Breitscheitplatzanschlag verübt hatte, habe den Madrasa-Unterricht laut Angaben der VP-O1, die freilich vor Gericht selbst nicht aussagen durfte, öfter besucht.

### Die Doppelstrategie

War Boban S. also ein Dschihadist, der im kleinen Kreis aus seiner Unterstützung für den IS keinen Hehl machte, Amris Radikalisierung beförderte und andere bei ihren Plänen, ins IS-Gebiet auszuwandern, unterstützte? Bei seinem Vortrag, den der Angeklagte mit ruhiger Stimme und leichtem Akzent abliest, scheint sich S. für eine Doppelstrategie zu entscheiden: Einerseits versucht er, die zentralen Zeugenaussagen, auf die die Bundesanwaltschaft sich stützt, als völlig haltlos darzustellen. Andererseits macht er aus der Radikalität seiner Ansichten keinen Hehl. Er versucht darzulegen, dass es gerade die Extremität seiner Überzeugungen gewesen sei, die ihn daran gehindert habe, in Unterstützer-Netzwerken mitzuarbeiten, da dort kaum jemand seine

- 2 Siehe hierzu Klevesath, Lino: IS vor Gericht: Der Prozess gegen das Netzwerk um 'Abu Walaa' am Oberlandesgericht (OLG) Celle, in: Demokratie-Dialog, H.2/2018, S. 64–71.
- 3 Ebd.

Siehe hierzu Sprengeler, Joris/Klevesath, Lino: Mission in der Grauzone: Der Einsatz von V-Personen am Beispiel "VP-01" in der salafistischen Szene, in: Demokratie-Dialog, H.3/2018, S. 45–53. Sicht geteilt habe und er nicht bereit gewesen sei, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die mit seinen Grundüberzeugungen nicht restlos übereinstimmten.<sup>5</sup>

Die beiden Hauptbelastungszeugen der Bundesanwaltschaft, Anil O. und VP-01, könnten laut Boban S. gar nicht viel über seinen Unterricht wissen und somit auch nicht belegen, dass dieser zum Kampf für den IS motiviert habe. Anil O., der behauptete, der Dschihad sei ein Schwerpunkt des Unterrichts von S. gewesen, habe laut S. angeblich nicht einen seiner Vorträge oder Predigten besucht. Im Gegensatz dazu sei die VP zwar häufig in der Madrasa gewesen, habe jedoch laut einem Mitschüler ständig im Unterricht geschlafen. Zudem habe S. laut eigener Aussage nie gelehrt, dass der Dschihad neben den fünf Säulen des Islam (Glaubensbekenntnis, Gebet, Almosengabe, Ramadanfasten und Hadsch bzw. Mekka-Pilgerfahrt) die sechste Säule bilde. Boban S. versucht ferner zu belegen, dass sein Unterricht nicht zu Gewalthandlungen motiviert habe, sondern die Religionslehre im Mittelpunkt seiner Lehrtätigkeit gestanden habe. Dies untermauert er vor Gericht mit umfangreichen, teils elaborierten, teils kruden theologischen Ausführungen. Auch zu Ausreisen in das IS-Gebiet habe er niemals aufgefordert. Zudem streitet er ab, versucht zu haben, jemanden auf dem Landweg in die Türkei zu schmuggeln, um ihm die Ausreise zum IS zu ermöglichen.

## Der Traum von Anis Amri als Dönerverkäufer

S. streitet nicht ab, dass Anis Amri zeitweise zum Kreis um seine Madrasa gehörte, doch habe er anders als die VP nie über Ausreise- oder Anschlagspläne gesprochen. Es sei die VP gewesen, die Amri zur Madrasa gebracht habe, in der er im

Winter 2015 sogar mehrfach übernachtete und zeitweise einen eigenen Schlüssel erhielt, was allerdings laut S. nichts Ungewöhnliches gewesen sei, denn auch viele Aktive hätten frei über die Räume seiner Madrasa verfügen können. Er sei offensichtlich bedürftig gewesen und S. habe nicht gewollt, dass er in einer Flüchtlingsunterkunft nächtigen müsse. Als Boban S. erfahren habe, dass Amri im Februar 2016 nach Berlin gegangen war, sei er zunächst davon ausgegangen, dass die VP ihn begleitet hätte und Amri helfen würde, einen gefälschten Pass zu bekommen. Als Amri ihm aber nach der Ankunft in Berlin geschrieben habe, dass ihm die Polizei bei einer Kontrolle das Handy abgenommen habe, habe er sich entschieden, seinen Bekanntenkreis zu warnen, da er davon ausging, dass die Sicherheitsbehörden nun alle Handys aus Amris Adressbuch orten würden. Dies sei ein Fehler gewesen, räumt S. vor Gericht ein, denn er habe sich in die Sache, mit der er nichts zu tun gehabt habe, eigentlich gar nicht einmischen sollen.

Auch wenn er Amri nicht gut gekannt und auch kein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis zu ihm gehabt habe, habe er einen guten ersten Eindruck von ihm gehabt. Dass Amri schließlich einen Anschlag begangen habe, sei in S. Augen eher einem Zufall geschuldet. Er sei zwar schon etwas "aufbrausend" gewesen, sodass er nach einem Streit den Kontakt mit ihm in den Monaten vor dem Anschlag abgebrochen habe, aber eigentlich habe Amri kein Interesse an Gewalttaten gehabt, sondern habe nach einer Frau zum Heiraten gesucht. S. erklärt, sich nun Vorwürfe zu machen, den späteren Attentäter nicht mit einer für ihn passenden Frau verheiratet zu haben, doch habe dieser ihn auch nie darum gebeten. Vor einiger Zeit habe er sogar geträumt, Amri arbeite in einem Dortmunder Döner-Laden. Dass dies nur ein Traum gewesen und alles ganz anders gekommen sei, stimme ihn traurig.

<sup>5</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich in Gänze – sofern nichts anderes angegeben ist – auf die Aussagen, die Boban S. am 17.11. und 18.11.2020 vor dem OLG Celle tätigte.



Abb. 1: Oberlandesgericht Celle, (Foto: Lino Klevesath).

#### Takfir ohne Grenzen?

Das Verhältnis zu seinen Mitangeklagten Abu Walaa und Hasan Ç. beschreibt S. als sehr distanziert, auch wenn er den Austausch mit beiden nicht leugnet. Seine Madrasa habe er aber völlig autonom betrieben und das Geld für die Miete fast vollständig selbst aufgebracht - er sei somit auch finanziell von keinem Netzwerk abhängig und in keine Hierarchie eingebunden gewesen - keiner von beiden hätte ihm irgendwelche Weisungen erteilen können. Da er aufgrund seiner rigiden Glaubensvorstellungen selbst enge Gefährten nicht als echte Muslime anerkannte und deshalb enge Kontakte scheute, habe er sich gar nicht in wie auch immer gearteten Gruppenstrukturen einfügen können. So ist es für S. von enormer Wichtigkeit, zwischen wahren Gläubigen und denjenigen zu unterscheiden, die den Islam falsch auslegten und über letztere den Takfir auszusprechen und damit deren Zugehörigkeit zum Islam zu leugnen. Schon bald habe er feststellen müssen, dass unter den Schülern in

seiner Madrasa viele waren, die sein Verständnis der Aqīda, der islamischen Glaubenslehre, nicht teilten. Deshalb habe er sich entschieden, konkrete Ausschlusskriterien zu formulieren und seine Schüler vor die Wahl zu stellen, diese entweder zu akzeptieren oder der Madrasa künftig fernzubleiben. Da ihm bald klar wurde, dass kaum jemand seinen Kriterien genügte, habe er die Schule schließlich auflösen wollen. Die kompromisslose Befolgung des Prinzips des Tauḥīd, des wahren Monotheismus, sei ihm so wichtig gewesen, dass er beschlossen habe, den Islam notfalls nur noch in Gemeinschaft mit ein oder zwei rechtgläubigen Männern zu praktizieren – oder sogar auch ganz allein. Offensichtlich dehnte er die Praxis des Takfir fast grenzenlos aus. Auch in Bezug auf Hasan Ç. und Abu Walaa seien ihm bald Zweifel gekommen, ob sie nach seiner Definition überhaupt Muslime seien.

Für Boban S. war das "Sich-richten-Lassen" (arab. Taḥākum) vor einem säkularen Gericht, um seine islamischen Rechte geltend zu machen,6 unvereinbar mit dem Islam. Wer sich derart einer nicht-islamischen Autorität unterwerfe, könne nicht als islamgläubig gelten. Als S. erfuhr, dass Ç. den Tahākum gegenüber einem säkularen Gericht nicht ablehne, habe er dafür Sorge getragen, nicht mehr dieselbe Moschee wie Ç. zum Freitagsgebet aufzusuchen – er habe nicht gewollt, dass Ç. merke, dass dieser für ihn ein Kāfir, ein Ungläubiger, sei. S. gibt an, auch in Bezug auf das Glaubensverständnis Abu Walaas bald Zweifel entwickelt zu haben. Er habe ihn schließlich nicht etwa deshalb getroffen, um die Bemühungen für die IS-Rekrutierung zu koordinieren, wie es ihm die Bundesanwaltschaft vorwirft, sondern vor allem, um dessen Agīda zu prüfen. Als er erkannt habe, dass er auch ihn zum Ungläubigen erklären müsse, habe er dies Abu Walaa gegenüber auch angedeutet, ohne jedoch sein Urteil explizit auszusprechen. Dennoch blieb der Austausch mit der Hildesheimer Moschee so eng, dass S. der Gemeinde seine Madrasa-Lehrbücher als Schenkung anbot.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass S. hofft, durch seine Ausführungen die Urteilsfindung eines säkularen Gerichts zu seinen Gunsten beeinflussen zu können, indem er auch erklärt, dass der Vorwurf der Bildung eines terroristischen Netzwerkes mit den Mitangeklagten schon deshalb haltlos sei, weil er diese aufgrund ihrer Akzeptanz säkularer Gerichte als ungläubig verurteile. Der Dortmunder Prediger bemüht sich entsprechend auch zu erklären, warum er nun doch Einlassungen gegenüber einem nicht-islamischen Gericht mache: Seine Aussage, dass man deutsche Gerichte nicht anerkennen dürfe, sei nie eine Aufforderung zum Rechtsbruch gewesen. Wer gegen Gesetze verstoße, müsse mit den Konsequenzen leben. Er habe lediglich

6 Es blieb unklar, was konkret Boban S. mit dem Geltendmachen islamischer Rechte meinte und unter welchen Umständen er die Kooperation mit säkularen Gerichten vor seiner Inhaftierung für akzeptabel hielt und wann nicht. Möglicherweise blieb er bewusst vage, um das Gericht nicht durch seine (frühere) Ablehnung der nicht-islamischen Justiz zu provozieren.

vertreten, dass man als Muslim die Gesetze, die den Geboten der islamischen Quellen widersprächen, als letztlich schädlich für die Menschen und die Gesellschaft ansehen müsse, ohne aber das säkulare Recht zu bekämpfen. Die hanafitische Rechtsschule, der er angehöre, lehre, dass das islamische Recht – die Scharia – in einem nicht-islamischen Land gar nicht angewendet werden dürfe. Tatsächlich wirkt seine Behauptung, das säkulare Recht in einem nicht-islamischen Land zu akzeptieren und nur eine innere Ablehnung desselben gemeint zu haben, wie der Versuch einer unglaubwürdigen Rechtfertigung. Es ist schließlich nicht vorstellbar, dass Abu Walaa oder Hasan Ç. je vertreten haben, das nicht-islamische Rechtssystem in Gänze als grundsätzlich legitim zu akzeptieren. Möglicherweise plädierten sie ebenfalls - so wie Boban S. heute - dafür, dieses nötigenfalls aus pragmatischen Gründen hinzunehmen und zu nutzen.

#### Boban S. und der Islamische Staat

Dem Islamischen Staat habe er stets mit Skepsis gegenübergestanden, gibt Boban S. an. Er habe zunächst die Aqīda, die Glaubenslehre der Organisation, für fehlerhaft erachtet. Er habe sogar nachgeforscht, ob deren Unglaube so offensichtlich sei, dass nicht nur Funktionsträger, sondern alle Menschen, die auf dessen Gebiet lebten und deren Abweichung vom Islam nicht kritisierten, als Ungläubige anzusehen seien. Dennoch gibt S. zu, zwischenzeitlich nicht nur negative Gefühle für den IS gehegt zu haben. Dessen Kampfhandlungen habe er auf der Webseite liveuamap.com verfolgt – daher habe sich auch das eine oder andere Foto vom Kampfgeschehen auf seinen digitalen Geräten befunden. Auch könne es durchaus sein, dass er die Luftschläge gegen den IS als "psychologische Kriegsführung" bezeichnet habe, die dazu diene, die Menschen von der Unterstützung der Organisation abzuhalten. Doch schließlich habe er erkannt, dass man den IS aus islamischer Sicht ohne Einschränkungen verurteilen müsse: Denn am 29.05.2016 habe der IS eine Fatwā (ein islamisches Rechtsgutachten) erlassen, der zufolge der sogenannte "Ketten-Takfīr" gegen die islamische Glaubenslehre verstoße.
Das Prinzip des Ketten-Takfīr sieht vor, dass nicht
nur die Person, die eine falsche Lehre des Islam
vertritt, für ungläubig erklärt werden muss, sondern auch alle, die sich weigern, diese Person für
ungläubig zu erklären.<sup>7</sup> Doch für S. ist klar, dass
ein wahrer Muslim das Prinzip des Ketten-Takfīr
akzeptieren und anwenden müsse. Nach einigem
Nachdenken habe er sich dann auf die Position
besonnen, dass der "Kufr" (Unglaube) des IS so
offensichtlich sei, dass alle Menschen, die auf
dessen Gebiet lebten und sich nicht erkennbar
von dessen Lehren distanzierten, ebenfalls als
"Kuffār" (Ungläubige) einzustufen seien.

Der IS, so Boban S. weiter, gehe außerdem davon aus, dass alle "Türken und Araber" Muslime seien und verkenne damit, wie wichtig der Takfir sei. Menschen, die nur vorgäben, muslimisch zu sein, aber falschen Lehren über den Islam anhingen, müssten seiner Meinung nach klar von den wahrhaft Gläubigen unterschieden werden. Für S. ist das Islam-Verständnis der Terrororganisation gewissermaßen zu liberal und inklusiv. Als Anhänger der hanafitischen Rechtsschule grenzt er sich sehr scharf von zeitgenössischen Salafisten bzw. Wahhabiten ab. Diese akzeptierten nicht das Prinzip, wonach jeder, der nicht alle Herrscher für ungläubig erkläre, die entgegen der Scharia herrschten, gleichfalls als ungläubig einzustufen sei. In einem anderen Punkt hält er die Wahhabiten aber für zu engstirnig: Sie würden vertreten, dass man allen Ungläubigen mit Feindschaft begegnen müsse. S. jedoch hält den Unglauben insbesondere nicht-muslimischer Menschen für

tendenziell entschuldbar, da sie weniger von Religion verstünden als Muslime – wenn jedoch letztere falsche Islam-Interpretationen vertreten würden, sei das unentschuldbar. Terroranschläge, wie sie Anis Amri verübt habe, lehne er ab, denn als Muslim sei er gegen Unrecht – sowohl gegenüber Muslimen als auch Nicht-Muslimen. Diese moderate Haltung überrascht und ist möglicherweise eine Schutzbehauptung, um das Gericht milde zu stimmen. Es ist aber auch denkbar, dass S. hier aufrichtig ist und die Verbreitung von vermeintlichen Irrlehren im Namen des Islam sehr viel stärker verurteilt als von Menschen, die weder genauere Kenntnisse vom Islam haben noch Zugehörigkeit zu der Religion für sich beanspruchen.

Seine Abgrenzung vom Salafismus und der Ideologie des IS ist allerdings brüchig: So gibt er an, zeitweise der Takfīr-Lehre von Ahmad ibn 'Umar al-Ḥāzimī gefolgt zu sein, dessen rigider Ideologie ein Teil der IS-Anhänger und -Kader angehangen hatten, bis der IS sie als zu extrem verbot, da sie zu einem endlosen Ketten-Takfīr führen könne.8 Boban S. jedoch erklärt, Hāzimīs Lehre deshalb verworfen zu haben, weil er dessen Ablehnung jedweder Abweichung vom Prinzip der islamischen Herrschaft immer noch nicht konsequent genug gefunden habe: Ḥāzimī denke beim Götzendienst zuerst an heidnische Bräuche wie die Verehrung der Gräber verstorbener Heiliger, begreife aber nicht, dass jede Verletzung islamischer Gebote durch die Herrschenden genauso heidnisch sei. Hier zeigt sich S. als jemand, der in seinen politischen Ansichten radikaler ist als der geschasste radikale Flügel des IS.

Vor Gericht wird deutlich, dass Boban S. die Frage, wie islamische Glaubens- und Ordnungsvorstellungen praktisch umzusetzen sind, keine Ruhe lässt. An seinem Beispiel zeigt sich das

7 Boban S. vertritt hier eine besonders exklusivistische Lehre und ist damit radikaler als viele Salafisten, die den Ketten-Takfir ablehnen wie etwa der deutsche Salafist Hassan Dabbagh. Vgl. hierzu Wiedl, Nina/Becker, Carmen: Populäre Prediger im deutschen Salafismus. Hassan Dabbagh, Pierre Vogel, Sven Lau und Ibrahim Abou Nagie, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Global, local Islam, Bielefeld 2014, S. 187–215, hier S. 190–192.

8 Vgl. Zelin, Aaron: Ultra Extremism Among Tunisian Jihadis Within The Islamic State, in: jihadica. com, 18.02.2020, URL: https://www.jihadica.com/ultra-extremism-among-tunisian-jihadis-within-the-islamic-state/[eingesehen am 05.02.2021].

Dilemma der takfīristischen Szene: Einige sahen im IS den ersehnten wahren islamischen Staat, der endlich konsequent gegen den Unglauben kämpfte. Anderen erschien auch der IS nicht radikal genug, und da aus ihrer Sicht keine wahrhaft islamische Organisation in Sicht war, entscheiden sich einige für dschihadistische Einzeltaten wie Kujtim F., der im November 2020 bei einem Anschlag vier Menschen in Wien tötete. Andere entschieden sich für politische Passivität, weshalb manche Forscher wie Klaus Hummel gar von einem letztlich deradikalisierenden Effekt des Takfīrismus ausgingen.9 S. jedenfalls suggeriert vor Gericht, die theoretische Reflexion der politischen Betätigung vorzuziehen: Nach Jahren der Isolationshaft sei er zu dem Schluss gekommen, dass das in radikalislamischen Kreisen diskutierte Konzept des "Tauḥīd al-Ḥākimīya" nicht umsetzbar sei. Der Begriff lässt sich in etwa mit "[Anerkennung des] Monotheismus [in Bezug auf die, d. Verf.] Souveränität" übersetzen und besagt, dass die politische Dimension der Anerkennung des Monotheismus bedeuten müsse, Gott allein das souveräne Recht über die Gesetzgebung einzuräumen.10 Um dem Prinzip des Tauhīd al-Ḥākimīya Geltung zu verschaffen, sei de facto eine islamische Theokratie vonnöten, die aber nicht existiere. Entweder gehöre dieses Prinzip also gar nicht zum Islam oder alle sunnitischen Muslime der Gegenwart seien in Wirklichkeit Ungläubige. Angesichts dieses Dilemmas sehe er daher die Wiederbelebung der mittelalterlichen

- 9 Zit. nach Steinberg, Guido: Die "Takfiristen". Eine salafistisch-jihadistische Teilströmung gewinnt an Bedeutung, in: SWP-Aktuell, H. 9/2021, URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/ contents/products/aktuell/2021A09\_Takfiristen.pdf [eingesehen am 13.02.2021].
- 10 Das Konzept geht auf Muḥammad Qutb (1919–2014) zurück, der eine Synthese zwischen dem Denken des in Saudi-Arabien vorherrschenden Wahhabismus und den Ideen seines Bruders Sayyid (1906–1966, einer der prägenden Köpfe des modernen politischen Islam) vornahm. Vgl. Lacroix, Stéphane: Awakening Islam. The politics of religious dissent in contemporary Saudi Arabia, Cambridge, MA 2011, S. 53 f.

Rechtsschule der Ṣāhirīya<sup>11</sup>, die nur den offensichtlichen Wortlaut der islamischen Quellen gelten lassen will und ideologisch dem zeitgenössischen Salafismus nicht unähnlich ist, als einzigen Ausweg. Mit seiner radikalen Islam-Interpretation hat sich Boban S. in eine intellektuelle Sackgasse hineinmanövriert. Sein Wunsch, den Islam von allen Irrgläubigen zu befreien, führt dazu, dass er sich nur noch des eigenen Glaubens sicher sein kann – die dauerhafte Bindung an eine Gemeinschaft ist ihm unmöglich.

#### **Fazit**

Mit seinen Einlassungen konnte Boban S. die Vorwürfe gegen ihn nicht ausräumen. Zwar dürfte der Kontakt mit den Mitangeklagten unter massiven theologischen Differenzen gelitten und der Dschihad nicht im Mittelpunkt seines Unterrichts gestanden haben. Doch gibt Boban S. selbst zu, dass der IS, seine Kämpfe und Ideologie in seinem Umfeld häufig Thema waren und die Organisation, wenn schon nicht mit Wohlwollen, dann zeitweise doch als das geringere Übel im Vergleich mit allen anderen politischen Akteuren angesehen wurde. Auch räumt S. ein, dass er Kenntnis von Ausreiseplänen hatte, und seine Beteuerungen, diese abgelehnt und nie befördert zu haben, überzeugen nicht.

Deutlich wird an den Ausführungen von Boban S. allerdings auch, dass der Dschihad-affine Teil der radikalislamischen Szene ideologisch extrem fragmentiert ist. Seine Behauptung, dass er nicht nur über die Mitangeklagten, sondern auch über nahe Weggefährten den Takfir aussprach, diesen bisweilen wieder zurücknahm, nur um seine Freunde und Bekannten kurze Zeit später wieder für ungläubig zu erklären, dürfte der Wahrheit zumindest nahekommen. Die auch in

11 Turki, Abdel-Magid: al-Zāhiriyya", in: Encyclopaedia of Islam, 2. Aufl., Leiden 2012, URL: http://dx.doi.org/10.1163/1573-3912\_is-lam\_SIM\_8086 [eingesehen am 04.02.2021].

Deutschland verbreitete Ideologie des Takfīrismus führt dazu, dass feste Gruppenbildungen im radikalislamischen Bereich zunehmend schwierig werden. Daraus könnte resultieren, dass die politische Mobilisierungsfähigkeit der Szene geschwächt wird, während sich andere auch künftig für gewalttätige Einzelaktionen entscheiden dürften.<sup>12</sup> Der Fall von Boban S. zeigt auch, dass die verbreitete pauschale Verwendung des "Salafismus"-Begriffs für sämtliche neuere individualistische Strömungen des radikalen Islam falsch ist. S. ist kein Salafist, sondern ein erklärter Gegner des Salafismus, auch wenn er sich zeitweise u. a. an salafistischen Gelehrten wie Hāzimī orientierte. Deutlich wird, dass auch Anhänger der hanafitischen Rechtsschule einen radikalen Takfīrismus vertreten können, obwohl die Ḥanafīya ursprünglich für die Lehre bekannt ist, dass bei der Bezichtigung des Unglaubens größte Vorsicht und Zurückhaltung geboten ist.13 Der Radikalismus innerhalb der Hanafiya sollte daher ausgiebiger erforscht werden – schließlich ist die Rechtsschule, die traditionell in der Türkei und Teilen des Balkan und Syriens vorherrschend ist, aufgrund der Migrationsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte auch in Deutschland die zahlenmäßig größte Strömung des Islam. Dass Boban S. sein langes Schweigen schließlich gebrochen hat, hat ihn nicht vor einer langen Haftstrafe bewahrt – am 24. Februar 2021 wurde er u.a. wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilt.14 Doch mit seiner Aussage hat er zumindest dazu beigetragen, das Phänomen des Takfīrismus zu erhellen.15

dert (O. V.: IS-Prozess: "Abu Walaa" drohen elfeinhalb Jahre Haft, in: NDR.de, 27.01.2021, URL: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\_weser-leinegebiet/IS-Prozess-Abu-Walaa-drohen-elfeinhalb-Jahre-Haft, abuwalaa292.html [eingesehen am 16.02.2021].) Sein Anwalt, Michael M. Sertösz, hatte am 16.02.2021 auf Freispruch, Aufhebung des Haftbefehls und eine Entschädigung für die mehr als vierjährige Haftzeit plädiert.

- 12 Steinberg: Die "Takfiristen".
- 13 Lav, Daniel: Radical Islam and the revival of medieval theology, Cambridge 2012, S. 24–29.
- 14 Vgl. Ramm, Wiebke: Wie ein V-Mann und ein Ex-Islamist Abu Walaa hinter Gitter brachten, in: Spiegel Online, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wie-ein-v-mann-und-ein-ex-islamist-abuwalaa-hinter-gitter-brachten-a-76e47333-7e7b-4141-bf1c-f8ec1506b131 [eingesehen am 26.02.2021].
- 15 Die Bundesanwaltschaft hatte bei ihrem Plädoyer im Januar neuneinhalb Jahre Haft für Boban S. gefor-



Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

# Extreme Rechte und ihr Umfeld

# Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945

Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele

er heute Göttingen besucht,
kommt in eine
als linksliberal
geltende Universitätsstadt mit
langer Tradition.
Indes: Gerade ihre

politische Kultur lässt sich – blickt man weiter als 40 Jahre zurück – keinesfalls durchweg als "links" bezeichnen. Zwar ist die Protestgeschichte ihres "1968" fest ins städtische Gedächtnis integriert; zwar gehören die Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren um das alternative Jugendzentrum "JuZi" zum Selbstverständnis der Göttinger Linken. Doch der Weg dahin, die Leinestadt heute mit einigem Fug und Recht als linksliberal zu beschreiben, begann später, als oftmals vermutet, und ging keineswegs strikt geradeaus. Er führte vielmehr – und zwar lange Jahrzehnte – durch

ein Dickicht rechtsliberaler Prägung, in dem nach 1945 Protestereignisse von rechts deutlich präsenter im Stadtbild waren als entsprechende Artikulationen von links. Im Folgenden wollen wir ausgewählte Protestdynamiken und ihre Auswirkungen auf die Stadtkultur untersuchen,¹ um den zögerlichen Wandel der politischen Öffentlichkeit in der Göttinger Nachkriegszeit beschreiben zu können.

In Anlehnung an die Arbeiten von Philipp Gassert verstehen wir Protest als eine öffentliche Aushandlung von politischen Konflikten. Daher gehören evozierte Proteste ebenso zur Protestgeschichte wie Ereignisse, die gerade keine öffentliche Erregung auslösten, vgl. Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018. Für die als Vorarbeit geleistete Recherche zu diesem Artikel danken wir Niklas Knepper und Marie Nolte.

## Bürgerlich-konservativ bis rechtsliberal: Göttinger Lokalpolitik nach 1945

Obwohl sich um das Kriegsende in Göttingen lokale Legenden ranken,² kam die Universitätsstadt vergleichsweise glimpflich davon. Gerade weil sie nahezu unzerstört blieb, strandeten nach Kriegsende zahlreiche Versprengte in der niedersächsischen Kleinstadt und stellten die Militärregierung in der Bewältigung der alltäglichen Probleme vor eine Mammutaufgabe.3 Insbesondere Flüchtlinge ließen die Einwohnerzahlen von etwa 51.000 im Jahr 1939 auf über 80.000 im Jahr 1949 steigen⁴ – Wohnungsnot, Armut und Kriminalität waren die Folgen. Die vorherrschende, "konservativ-protestantische, aber antipreußische Tradition" wurde also mit "einer ständig anwachsenden katholischen Flüchtlingsgemeinde konfrontiert"5; hinzu kamen Studierende und Hochschullehrende, welche an die Alma Mater strebten, die als eine der ersten bereits im Herbst 1945 ihren Lehrbetrieb wieder aufnahm.

- Eher zögerlich hingegen koordinierte die britische Militärverwaltung die Zulassung von politischen Organisationen, die unter ihrer Kontrolle das politische Leben wieder aufbauen sollten. Kurz vor Weihnachten 1945 wurde zunächst die SPD als "erste und aktivste Partei" wieder zugelassen.<sup>6</sup> Im Anschluss wurde ein Rat installiert, der sich vor allem aus Vertretern des Mittelstandes zusammensetzte und dem auch Personen angehörten, die bereits vor 1933 in der Selbstverwaltung der Stadt tätig gewesen waren.7 Das personelle Anknüpfen auf Ebene des politischen Personals an die Weimarer Zeit markierte eine Kontinuität in der politischen Ausrichtung. Bereits in den 1920er Jahren war die Leinestadt stark bürgerlich geprägt,8 die Professoren sympathisierten insbesondere mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der Deutschen Volkspartei (DVP) oder mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und besetzten z. T. auch aktive Posten in der städtischen Politik.9 Die Göttinger Studentenschaft hingegen war überwiegend deutlich rechtsradikaler ausgerichtet und galt als steter Unruheherd. 10 Bereits 1924
- Diese fokussieren darauf, wer die Stadt vor einer Zerstörung vermeintlich "gerettet" habe, welche Rolle die Universität bzw. einzelne Professoren dabei spielten und ob die Stadt nicht nur aufgrund der hier befindlichen Forschungseinrichtungen (insbesondere der Luftfahrtforschung) verschont wurde. Geschildert etwa in Trittel, Katharina/Marg, Stine/Pülm, Bonnie: Weißkittel und Braunhemd: Der Göttinger Mediziner Rudolf Stich im Kaleidoskop, Göttingen 2014, bes. S. 27 ff.; Trittel, Katharina: Hermann Rein und die Flugmedizin. Erkenntnisstreben und Entgrenzung, Paderborn 2018, S. 291–301.
- 3 Vgl. Thadden, Wiebke von: Die Stadt Göttingen unter britischer Militärverwaltung 1945–1947, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3, Göttingen 1999, S. 275–290, hier S. 281.
- 4 Büttner, Maren/Horn, Sabine: Vorwort, in: dies. (Hrsg.): Alltagsleben nach 1945. Die Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Göttingen, Göttingen 2010, S. 7–11, hier S. 7.
- 5 Boll, Friedhelm: Auf der Suche nach der Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945, Bonn 1995, S. 108.

- 6 Fesefeldt, Wiebke: Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948, Göttingen 1962, S. 121.
- 7 Vgl. ebd., S. 110.
- 8 Hasselhorn, Fritz/Weinreis, Hermann: Göttingens Weg in den Nationalsozialismus dargestellt anhand der städtischen Wahlergebnisse 1924–1933, in: Brinkmann, Jens-Uwe/Schmeling, Hans-Georg (Hrsg.): Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, Göttingen 1983, S. 46–57, hier S. 48.
- 9 Marshall, Barbara: "Der Einfluss der Universität auf die politische Entwicklung der Stadt Göttingen 1918–1933", in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, H. 49/1977, S. 265–301, hier S. 270.
- 10 Vgl. bspw. Dahms, Hans-Joachim: Die Universität Göttingen 1918 bis 1989: Vom "Goldenen Zeitalter" der Zwanziger Jahre bis zur "Verwaltung des Mangels" in der Gegenwart, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3, Göttingen 1999, S. 395–457, insbesondere S. 408 f.

kann Göttingen als "Hochburg des Nationalsozialismus" bezeichnet werden," schließlich hatte sich schon 1922 (Neugründung nach Verbot dann 1925) eine NSDAP-Ortsgruppe konstituiert. Die NSDAP fand auch in bürgerlichen Kreisen früh offene Unterstützung: Bei den Wahlen 1928 ging bereits jede dritte Stimme an eine rechtsradikale Partei; die NSDAP verlor im Reich und gewann in Göttingen,<sup>12</sup> 1930 war sie hier stärkste Kraft.

Als 1946 die ersten Nachkriegswahlen für den Göttinger Rat stattfanden, war die Wahlbeteiligung mit 67,3 % sehr gering: Nachdem die SPD bei dieser Wahl – gefolgt von der FDP – noch reüssieren konnte,<sup>13</sup> verschoben sich bereits 1948 die Mehrheiten zugunsten der FDP. Auch die neugegründete Deutsche Rechtspartei (DKP–DRP)<sup>14</sup> hatte bei den Kommunalwahlen 9,7 % der Stimmen und damit 3 Sitze unter Fraktionsführer Leonhard Schlüter erlangt. Hermann Föge (FDP) übernahm das Amt des Oberbürgermeisters bis 1956; allerdings hatte die Wahlbeteiligung nun sogar lediglich bei 55 % gelegen.<sup>15</sup> Aufgrund der Stärke der SPD und der gleichzeitigen liberalen Tradition der Stadt war das Rathaus in Folge für

- 11 Marshall: Der Einfluss der Universität, S. 266.
- 12 Hasselhorn, Fritz: "Göttingen 1917/18–1933", in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3, Göttingen 1999, S. 63–126, hier S. 99.
- 13 Vgl. Fesefeldt: Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen, S. 131. Die Wahlbeteiligung lag unter dem Durchschnittswert der nds. Gemeindewahlen. Laut Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Göttingen (Hrsg.): Die Wahlen in der Stadt Göttingen 1946–1973. Ergebnisse, Kandidaten, gewählte Vertreter, Göttingen 1974, S. 33, lag die Wahlbeteiligung sogar nur bei 65 %.
- 14 Die spätere Deutsche Reichspartei (DRP) ging Anfang 1950 aus einer Zusammenlegung der niedersächsischen Deutschen Rechtspartei, einem Landesverband der Deutschen Konservativen Partei Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP), mit der nur in Hessen aktiven Nationaldemokratischen Partei (NDP) hervor.
- 15 Fesefeldt: Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen, S. 137.

lange Zeit entweder in sozialdemokratischen Händen oder in denen der FDP,16 die 18 Jahre lang den Posten des Oberbürgermeisters stellte.17 Diese langjährige Dominanz der FDP, die in Göttingen insbesondere das bürgerliche Lager repräsentierte, und die damit korrespondierende Schwäche der CDU sind erklärungsbedürftig. Das politische Kräfteverhältnis in Göttingen verweist auf lokale Auffälligkeiten, die sich zum Teil aus der politischen Kultur erklären lassen. Zu ihr gehört die "auch im Landesvergleich relativ starke Ausprägung des Rechtsextremismus in den 1950er Jahren", eine "starke Zersplitterung an den Rändern des etablierten Parteienspektrums" sowie der bereits erwähnte Durchbruch der SPD zur stärksten Kraft erst Anfang der 1960er Jahre.18 "Nationale Elemente sammelten sich, soweit sie nicht zum rechten Flügel der Liberalen neigten, gerade in Göttingen vor allem bei der DP [Deutschen Partei, Anm. d. Verf.] oder in den extremen Ausprägungen der DRP."19

Die Konstellationen innerhalb des Rates zeigen, dass die rechtsliberale Tradition Göttingens starke Beharrungskräfte aufwies, die sich exemplarisch in Akteuren wie Föge manifestierten. Föge, 1878 in Schleswig geboren, war zunächst Richter am Amtsgericht in Gieboldehausen und praktizierte seit 1919 als Rechtsanwalt in Göttingen. Er war hier Bürgervorsteher sowie Mitglied des Hannoverschen Provinziallandtages; zudem war er Fraktionsvorsitzender der 1918 gegründeten DDP.<sup>20</sup> Zwar wird ihm eine gewisse Nähe zur NS-DAP attestiert, gleichfalls aber auch betont, dass

- 16 Vgl. ebd., S. 122.
- 17 Römling, Michael: Göttingen Geschichte einer Stadt, Soest 2012, S. 282.
- 18 Trittel, Guenter J.: Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3, Göttingen 1999, 291–356, hier S. 297.
- 19 Fesefeldt: Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen, S. 123.
- 20 Beyer, Helmut/Müller, Klaus: Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraus-

Jahr	SPD	CDU	FDP	GDP/ BHE	DP	DRP/ NPD	KPD/ DKP	Sonstige	Wahlbe- teiligung
1946	37,9	22,7	28,2	-	-	-	4,5	6,7	65
1948	30,9	17,8	38,3	-	-	9,7	3,3	-	55
1952	31,4	10,7	28,4	11,8	-	9,3	1,1	7,3	73
1956	40,5	18,4	25,8	6,9	3,6	2,7	-	2,1	73
1961	38,4	23,1	27,9	5,4	1,5	1,3	-	2,4	72
1964	45,6	24,6	26,5	_	-	NPD	-	3,3	67
1968	43,7	29,3	21	-	-	NPD 5,1	-	0,9	67
1973	43,3	37,3	12,6	-	_	-	1,9	4,9	67

Statistisches Amt und Wahlamt der Stadt Göttingen (Hrsg.): Die Wahlen in der Stadt Göttingen 1946–1973. Ergebnisse, Kandidaten, gewählte Vertreter, Göttingen 1974, S. 33. Im Vergleich zur Forschungsliteratur liegen für unterschiedliche Wahlergebnisse Abweichungen vor. Wir beziehen uns soweit nicht anders gekennzeichnet bei der Wiedergabe der Wahlergebnisse auf diese Quelle.

er als Anwalt auch jüdische Mandanten betreut habe.<sup>21</sup> Nach 1945 offenbarte Föge deutlich seine Abneigung gegen die SPD ebenso wie gegen die britische Militärregierung, die er als "britische Sozis" charakterisierte.<sup>22</sup> Föge steht somit für die "Kontinuität und besondere Einfärbung des Liberalismus" in Göttingen; zugleich werden in seiner Person "in typischer Weise Nähe, wie aber auch situativ mögliche Distanzierungsfähigkeit des konservativen Bürgertums zu rechtsextremen Strömungen anschaulich."<sup>23</sup>

Fokussieren wir nun auf die Rechtsparteien, steht am Anfang die nüchterne Feststellung: Zwischen

- setzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955, Düsseldorf 1988, S. 137 ff.
- 21 Kaufhold, Karl et al.: Wiederaufstieg und Stabilität die Sparkassen in Stadt und Land 1945/48–2001, in: Kaufhold, Karl Heinrich (Hrsg.): 1801 bis 2001. 200 Jahre Sparkasse Göttingen, Göttingen 2001, S. 272–349, hier S. 286.
- 22 Beyer/Müller: Der Niedersächsische Landtag, S. 138.
- 23 Trittel: Göttingens Entwicklung nach 1948, S. 298.

1948 und 1973 saßen ihre Vertreter kontinuierlich im Göttinger Rat.<sup>24</sup> Zu diesen zählt die zwischen 1948 bis 1961 vertretene DRP, die erst 1961 mit 1,3 % die Rückkehr in den Rat verpasste, dem sie bis dahin mit teils guten bis sehr guten Ergebnissen angehört hatte (1948: 9,7 %; 1952: 9,3 % und 1956: 2,7 %). Die DRP stützte überwiegend den von der FDP repräsentierten Rechtsliberalismus und erlangte über ihren Vorsitzenden Adolf von Thadden personelle Prominenz. Von Thadden war für die DRP, später NPD, eine der Führungspersönlichkeiten innerhalb der "nationalen Rechten" und das Zugpferd der Partei in Göttingen, wo er zwischenzeitlich Ratsherr (1948-1958) und sogar stellvertretender Bürgermeister (1952/53) war. Bereits bei den ersten Bundestagswahlen 1949 hatte er explizit um Anhänger des NS-Regimes gewor-

24 Vgl. Böhme, Ernst: Zwischen Restauration und Rebellion. Die Georgia Augusta und die politische Kultur Göttingens in den fünfziger Jahren, in: Göttinger Jahrbuch, H. 53/2005, S. 125–156, hier S. 134. Zu Böhme, der auf die 1950er Jahre fokussiert, lässt sich ergänzen, dass die NPD 1968 mit 2 Sitzen in den Stadtrat einzieht. ben, indem er sie als "national[e] Sozialist[en]" bezeichnete, die in den Reihen der Partei willkommen seien.25 Mit Erfolg: So erhielt beispielsweise der ehemalige NSDAP-Oberbürgermeister Göttingens, Albert Gnade, 1952 ein Ratsmandat für die DRP. Die FDP war zwar um Abgrenzung von der DRP bemüht, teilte aber gleichzeitig die in der Bevölkerung weit verbreitete defensive, exkulpatorische Haltung hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung.26 Die Stärke der DRP und des ab 1952 auch im Rat vertretenen Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) sind in Göttingen wohl zu einem guten Teil auf die "tradierte Dominanz des Rechtsliberalismus "27 zurückzuführen. Die Sozialistische Reichspartei (SRP), die bei der Landtagswahl 1951 in Niedersachsen einen Sensationserfolg erzielte, war in Göttingen indes relativ schwach verankert, was etwa die Stimmabgabe bei dieser Wahl illustriert: SRP und DRP erhielten in Göttingen fast gleich viele Stimmen, obwohl die SRP mit landesweit 11 % in den Landtag einzog und die DRP bei ca. 2 % verharrte.28 Die starke Verankerung der DRP schwächte also das lokale Mobilisierungspotenzial der SRP deutlich. Hinzu kam, dass die SRP innerhalb der Ratspolitik bedeutungslos bleiben musste, da sie erst 1949 (also ein Jahr nach den letzten Ratswahlen) gegründet und bereits 1952 wieder verboten wurde.

## Die Göttinger "Wikinger-Jugend" als erste rechtsradikale Jugendorganisation Niedersachsens

Allerdings lassen sich auch abseits von Ratsmehrheiten Aktionsfelder des organisierten Rechtsradikalismus identifizieren, die jedoch kaum im städtischen Gedächtnis präsent geblieben sind. So berichtet ein Augenzeuge 1947: "Von höher gelegenen Wohnungen der Stadt, hört man deutlich das dumpfe trum, trum der Landknechtstrommeln. Gesänge wie: Haltet aus im Sturmgebraus schallen noch abends um 23.30 über die Dächer der Stadt"29. Bald darauf kursierten zudem Flugschriften, Plakate prangten an Häuserwänden, gar in Schulen,30 auf denen unter Parolen wie "Nationale Jugend rechts heran!" dafür geworben wurde, der Gruppe "Landsknechtstrommeln, Signalhörner, Fanfaren, Fahrtenmesser, Koppelzeug, Brotbeutel, Tornister, Sanitätszeug usw. schwarz, weiß, rotes Fahnentuch, Speere und nationale Literatur"31 zu übereignen. Der Aufruf war Teil einer umfangreichen Propagandaoffensive der damals in Gründung begriffenen – vermutlich ersten rechtsradikalen Jugendorganisation Niedersachsens<sup>32</sup> – "Wikin-

- 25 Schmollinger, Horst W.: Die Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1986, S. 982–1024, hier S. 1005. Von Thadden selbst zog 1949 als Abgeordneter in den Bundestag ein.
- 26 Dahms: Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, hier S. 435.
- 27 Trittel: Göttingens Entwicklung seit 1948, S. 299.
- 28 Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Die Landtagswahlen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949–52 nach Bundestagswahlkreisen 1953 (Statistische Berichte 1953), S. 7.
- 29 Bericht über Vorfälle mit der Wikingerjugend, 20.7.1947, Göttinger Stadtarchiv, C64 Jugendamt Abteilung Jugendpflege, Nr. 110 Diskussion um ein Verbot der Wikingerjugend, Bl. 7, zit. n.: Brill, Lisa: "Jungen und Mädel! Man [...] bietet euch einen Neuanfang" Jugend in der Nachkriegszeit, in: Horn, Sabine/ Büttner, Maren (Hrsg.): Alltagsleben nach 1945 Die Nachkriegszeit am Beispiel der Stadt Göttingen, Göttingen 2010, S. 99–130, hier S. 111 [Abbildung des Dokumentes des StA Gö im Anhang, ebd., S. 130].
- 30 Vgl. Boll, Friedhelm: Jugendarbeit und Rechtsradikalismus während der Besatzungszeit, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 123–142, hier S. 137.
- 31 Zit. n. Brill: "Jungen und Mädel! Man [...] bietet euch einen Neuanfang", S. 111.
- 32 Vgl. Boll: Jugendarbeit und Rechtsradikalismus, S. 136.

ger-Jugend" (WJ)33, deren Urheber aus den lokalen Strukturen der DRP stammten. So stand auf ihren (An-)Werbematerialien in großen Buchstaben zu lesen: "Auskunft erteilt Adolf v. Thadden, Göttingen"34. Überraschender als die Urheberschaft sind indes die Umstände der Organisationsgründung: Obwohl die britischen Besatzungsbehörden bereits 1946 die Bildung parteinaher Jugendverbände generell gestatteten,35 sollte nationalsozialistisches Gedankengut im Zuge der Reeducation konsequent gebannt werden. Doch von Thadden gelang es an unterschiedlichen Kontrollinstanzen vorbei – beim zuständigen Göttinger Jugendpfleger aus Reihen der SPD war er auf entschiedene Ablehnung gestoßen – auf unkonventionelle Weise dennoch eine mündliche Erlaubnis der hiesigen Militärregierung zu erhalten.36 Durch den vermeintlichen Coup gestärkt, warben die DRPler nun mit gedruckten Aufrufen wie "Junge! Willst Du mit uns auf Fahrt gehen [...] willst Du Kameradschaft empfangen und [...] bist Du deutsch, dann reihen wir Dich gern in unsere Gemeinschaft ein – Wage den Schritt!"37 für ihre nationalistische Sache. Selbst der Spiegel berichtete über ihre Aktivitäten, benannte die Urheberschaft der DRP sowie ihre finanzielle Förderung des Jugendbundes. Dem "Ortsvorsitzenden" zufolge konnten die "Wikinger" auch durchaus Rekrutierungserfolge verbuchen: "In Göttingen haben wir schon ebensoviel Mitglieder wie die übrigen Jugend-Organisationen zusammen"38.

Die abgedruckte Selbstdarstellung als überparteiliche Gruppierung, welche "Verhandlungen mit FDP, NLP und CDU" führe, erscheint indes als typisch-strategisches Feigenblatt. Das "Organisationszentrum des Bundes" verortete der Spiegel korrekt in der "Universitätsstadt mit schwarz-weiß-rotem Zonenruf". Zu Wort kommt auch der WJ-Anführer Karl Siemens, "Sproß der Elektro-Siemens-Familie", welcher, "mit kurzem Scheitel und Mussolini-Kinn", Vergleichen mit der Hitler-Jugend eine Absage erteilt, sich vielmehr als "auf jeden Fall national", doch angeblich "streng demokratisch" definiert.<sup>39</sup>

Das Erstaunliche: Trotz der zunehmenden auch überregionalen Aufmerksamkeit formierte sich in Göttingen keinerlei öffentlicher Protest gegen die WJ. Wohl aber gab es Widerstand prominenter politischer Akteure: Neben dem Jugendpfleger ist insbesondere auch der damalige Gewerkschaftsjugendführer - und spätere Oberbürgermeister – Artur Levi zu nennen. Auf deren beharrliches Insistieren hin wurde letztlich die durch von Thadden und seine Mitstreiter angestrebte Aufnahme der WJ in den Göttinger Jugendring verhindert. Darüber hinaus wurde die Militärregierung aufgefordert, die Zulassung zu widerrufen.⁴° Die Rücknahme wurde noch im Juli 1947⁴1, allerdings auf höherer Ebene – in Hannover –, verfügt. Als Reaktion druckte die DRP ein Flugblatt, auf dem sie "Kameradschaft, Ehrlichkeit, Offenheit und Hilfsbereitschaft" als ihre tragenden Werte postulierte.42

- 33 Dabei handelt es sich nicht um die fast gleichnamige, aber erst später gegründete "Wiking Jugend", der lange Zeit größten rechtsradikalen Jugendorganisation, die 1994 verboten wurde.
- 34 Die Abbildung des Aufrufs der "Wikinger-Jugend" findet sich in: O. V.: Adolf hat die Hand im Spiel, in: Der Spiegel, O5.07.1947, S. 4.
- 35 Vgl. Boll: Jugendarbeit und Rechtsradikalismus, S. 137.
- 36 Vgl. ebd., S. 137.
- 37 O. V.: Adolf hat die Hand im Spiel, S. 4.
- 38 Zit. n. ebd.

- 39 Ebd. Der ehemalige Luftwaffenoffizier Siemens erregte vor seinem Wirken als WJ-"Zonenleiter" bereits in der Göttinger Jungenschaft Anstoß, da er dort durch militaristisches Gebaren und die Durchführung von Geländeübungen mit Kriegsspiel-Charakter negativ aufgefallen war. Vgl. Boll: Jugendarbeit und Rechtsradikalismus, S. 136 sowie 138.
- 40 Vgl. Boll: Jugendarbeit und Rechtsextremismus, S. 139.
- 41 O. V.: Personalien, Adolf von Thadden, in: Der Spiegel, 19.07.1947, S. 13.
- 42 Boll: Auf der Suche nach der Demokratie, S. 122.

# Deutsche Rechtspartei

Kreisverband Göttingen/Stadt

Göttingen, den 17. Juli 1947. Postfach.,

# Göttinger Eltern! Warum wurde die "Wikinger-Jugend" verboten?

Vor vier Wochen wurde die "Wikinger-Jugend" als Nationale Jugendbewegung zur Arbeit zugelassen. Eine Kette von Sorgen, Arbeit und Planung fand damit ihren Abschluß. In aller Öffentlichkeit konnte nunmehr die geplante Arbeit auf vielerlei Gebiet beginnen. Was wollte diese Jugendgruppe erreichen? Diese Frage wird in der Öffentlichkeit gestellt, und es lohnt sich schon, noch einmal darauf einzugehen — jetzt, nachdem die "Wikinger-Jugend" am 14. Juli durch die Militärregierung wieder verboten wurde.

### Was sollte das Ziel der "Wikinger-Jugend" sein?

Der Junge sollte, gerade in dem Chaos unserer Tage, immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ein Neubau unseres Volkes und Staates nur bei tätiger Mitarbeit jedes einzelnen durchführbar ist. Eine von Klarheit und Wahrhaftigkeit getragene deutsche Haltung sollte die Grundlage sein. Dauernd vor die praktische Initiative gestellt, sollte der Junge Hilfsbereitschaft, Kameradschaft, Ehrlichkeit und Offenheit üben. Beim Abfassen von Entschlüssen sollte er lernen, die Meinung anderer zu achten und die Breite der bestehenden Anschauungen anzuerkennen. Zur Verteidigung seiner Anschauungen sollte er lernen, sich der Kritik zu bedienen und die Kritik anderer zu billigen. Diese in den verschiedensten Variationen auftretenden ersten politischen Handlungen des einzelnen Jungen zu erkennen, von der Oberflächlichkeit stets zur Innerlichkeit zu lenken und auf unsere deutsche Geschichte im Rahmen der Weltentwicklung hinzuweisen, dies sollte die Aufgabe und das Ziel der Leitung der "Wikinger-Jugend sein. Diese Sätze sind den Satzungen der "Wikinger-Jugend" entnommen. Sie mögen in den Ohren unserer Gegner banal klingen, aber wir sind der Ansicht, daß es gerade an diesen Dingen in dem zerrissenen Deutschland unserer Tage fehlt.

Die Verwirklichung dieser Ziele wird uns verwehrt.

Die Resonanz auf unseren Ruf war ungeheuer. Von Eltern aller Bevölkerungsschichten bekamen wir begeisterte Zuschriften, die uns immer wieder bestätigten, daß wir mit unserer Arbeit auf dem richtigen Wege waren. Und die stürmische Zustimmung, die wir bei der Jugend in ganz Deutschland fanden, machte uns stolz und glücklich zugleich. Je mehr die Propaganda gegen uns anlief, desto häufiger kamen Briefe mit dem Satz: Da Ihr von der Gegenseite derartig diffamiert, und mit Schmutz beworfen werdet, müßt Ihr gut und in Ordnung sein. Erstaunlich war in dieser Beziehung die Zahl der Zuschriften aus der Ostzone. Besondere Zustimmung fand unser Ruf, endlich den Schwerkriegsbeschädigten und den Vertriebenen aus dem Osten zu demonstrieren, daß der Geist der christlichen Nächstenliebe und der tätigen Hilfsbereitschaft in der deutschen Jugend noch nicht tot ist. Wir wollten helfen, diese Armsten der Armen mit zusätzlichen Lebensmitteln und Brennstoffen für den kommenden Winter zu versorgen. Die Jungen waren mit Freude bereit, sich für diesen praktischen Sozialismus zur Verfügung zu stellen.

In der letzten Nummer des "Spiegels" wird Göttingen als die Stadt mit dem "schwarz-weiß-roten Zonenruf" bezeichnet. Wir müssen dies dahingehend korrigieren, daß wir bisher nur das Vorherrschen der roten Farbe bemerkt haben. Auch im Hinblick auf die von uns vorbereiteten Hilfsaktionen. Als der betreffende Sachbe arbeiter der Stadt gebeten wurde, uns das erforderliche Adressenmaterial zur Verfügung zu stellen, tat er dies nicht, sowie er hörte, daß die "Wikinger" helfen wollten. Anstatt der Zustimmung zu diesem Beispiel des praktischen Sozialismus und der Hilfsbereitschaft bekamen wir die kalte Ablehnung. Nicht weil unsere Hilfe schlecht wäre, sondern nur um nicht zuzulassen, daß wir für diese Arbeit womöglich Dank und Anerkennung erhalten würden.

Abb. 1: Auszug aus dem Flugblatt der DRP vom 17. Juli 1947, aus: Stadtarchiv Göttingen, Bestand "Flugblätter 1945–1949". Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung, das Flugblatt abdrucken zu dürfen.

Der Historiker Friedhelm Boll kommt zu dem Schluss: "Insgesamt zeigt das Vorgehen der Göttinger neofaschistischen DRP die Züge, die auch für ihre Nachfolgeparteien typisch werden sollten: Antidemokratische Zielsetzungen und geheimgehaltene Wehrsportübungen wurden hinter nationalistischen Parolen, und entsprechenden ästhetischen Inszenierungen (schwarz-weiß-rote Wimpel, fanalartiges Auftreten, militaristische Lieder, "nationale" Literatur) zurückgehalten. Sodann wurde der Versuch gemacht, die (Selbst-) Ausgrenzung aus dem Konsens der demokra-

tischen Parteien als Verletzung der Spielregeln überhaupt zu denunzieren."<sup>43</sup>

#### Aufbegehren in den 1950er Jahren

Der Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit hat also zweierlei gezeigt: die rechtsliberale Prägung Göttingens und das Ausbleiben von öffentlichem Widerspruch gegen die rechtsradikale Wikinger Jugend. Dass sich erst allmählich in Reaktion auf Proteste von rechts ein linkes politisiertes Spektrum formiert<sup>44</sup> – mithin: überhaupt eine Politisierung der Stadtgesellschaft erkennbar wird –, diese Dynamik soll im Folgenden an drei stadtkulturell bedeutsamen Ereignissen der 1950er Jahre beispielhaft aufgezeigt werden: Den Protesten gegen den Regisseur Veit Harlan, einem SS-Ehemaligen-Treffen und der "Schlüter-Affäre".

Das Jahr 1952 stellt eine Zäsur in der Göttinger Protestgeschichte dar und zeigt wie unter einem Brennglas die Modi der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Denn damals entbrannten Proteste gegen die Aufführung des Films "Hanna Amon" von Veit Harlan. Der Regisseur hatte während des Nationalsozialismus den antisemitischen Hetzfilm "Jud Süß" gedreht, bereits 1951 kam es anlässlich seines Films "Unsterbliche Geliebte" auch in Göttingen zu Protesten. Die Entscheidung über weitere Aufführungen überlies der Oberbürgermeister, der wie die Mehrheit des Rates den Film als "unpolitisch" etikettierte, der Polizei. 45 Das Göttinger Tageblatt, welches bereits früh den Nationalsozialisten das Wort geredet hatte und auch nach 1945 zunächst für seine rechtskonservative Haltung bekannt war,46 unterstellte den gegen

- 44 Vgl. Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264, hier S. 224.
- 45 Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 154.
- 46 Kühn, Helga-Maria: Die nationalsozialistische Bewegung in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922–1933), in: Brinkmann, Jens-Uwe/Schmeling, Hans-Georg (Hrsg.): Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, Göttingen 1983, S. 13–47, hier S. 38. Zur Zeit nach 1945 vgl. etwa Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 151 und auch Pausch, Robert: "Wir wollen keine Harlans mehr". Proteste gegen die Rückkehr des Jud Süß-Regisseurs im Winter 1952, in: Nentwig, Teresa/Walter, Franz (Hrsg.): Das gekränkte Gänseliesel. 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen, Göttingen 2015, S. 116–125, hier S. 121.

die Aufführung Protestierenden zudem, sie seien von der kommunistischen FDJ unterwandert. 47 Als im Januar 1952 dann "Hanna Amon" im Kino Central aufgeführt werden sollte, regte sich erneut Widerstand aus der Studierendenschaft. Die Situation war aufgeheizt, denn auch die Harlan-Verteidiger, insbesondere korporierte Studierende und Teile des Göttinger Bürgertums, formierten sich rasch, "die Harlan-Gegner wurden als ,Judenlümmel' und ,Judensäue' beschimpft, lautstark drohte man den "Judensöldlingen" Prügel an und als die Studenten ihre Parole 'Friede mit Israel' skandierten, antwortete die mittlerweile wutschnaubende Menge mit dem "Heckerlied', dessen Chorus ,Blut muss fließen knüppelhageldick / und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik' für einige gespenstische Minuten durch die Gassen der Göttinger Innenstadt schallte."48 Die Polizei musste einschreiten und sogar den Notstand ausrufen, nachdem die Pro-Harlan-Fraktion handgreiflich wurde und einige Demonstrierende zum Teil schwere Verletzungen davontrugen. 49 In Anbetracht vorheriger öffentlicher Artikulationen von Antisemitismus fällte der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde das düstere Urteil: "Die Renazifizierung in Göttingen ist soweit vorgeschritten, daß es denselben dunklen Hintermännern möglich ist, wieder Rollkommandos zu stellen, wie im Jahre 1932."50 Und in der überregionalen Zeitung *Die* Zeit war zu lesen: "Harmlose Bürger, die alltags am Postschalter sitzen oder Heringe verkaufen, übertrumpfen sich gegenseitig in Haßausbrüchen. Keine einzige Stimme der Vernunft und

- 47 Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 144.
- 48 Pausch: "Wir wollen keine Harlans mehr", S. 119.
- 49 Stadtarchiv Göttingen: Stationen der Stadtgeschichte. 1952 Proteste gegen Veit Harlan, URL: http://www.stadtarchiv.goettingen.de/texte/stadtgeschichte\_stationen\_1952.htm [eingesehen am 17.01.2021]. Pausch: "Wir wollen keine Harlans mehr", S. 120.
- 50 Zit. n. Mathey, Matthias/Tollmien, Cordula: Juden in Göttingen, in: Thadden, Rudolf von/Trittel, Günter J. (Hrsg.): Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt. Band 3, Göttingen 1999, S. 675–761, hier S. 750.

Mäßigung, der Nazi-Ungeist triumphiert"51. Das Göttinger Tageblatt hingegen stellte sich wenig überraschend auf die Seite der Harlan-Verteidiger, gerierte sich gar zur Stimme des gesamten Bürgertums: "Wir erfreuen uns in Göttingen als Universitätsstadt einer besonders starken Schicht Intellektueller, denen man es unbesorgt überlassen könnte, sich ihr Werturteil über den Film selber zu bilden. [...] Aber ein lächerliches Häufchen Mißvergnügter bringt es fertig, einer ganzen Stadt ihren Willen als allgemeinverbindlich aufzuzwingen. [...] Ich glaube wohl im Sinne der Allgemeinheit der Göttinger Bürgerschaft zu sprechen, wenn ich mir eine solche Gängelung der freien Meinungsbildung durch Straßenterror ganz entschieden verbitte."52

Zutreffend ist: Von einem geschlossenen Protest kann keine Rede sein, auch die Studierendenschaft war tief gespalten. Zwar stellte sie die Kernträgerschaft der Anti-Harlan-Fraktion, allerdings bestritt der AStA öffentlich, zu den Protesten aufgerufen zu haben, was im Prinzip einer Distanzierung gleichkommt. Unterstützung erfuhren die Harlan-Gegner indes von Seiten des Universitätspräsidiums sowie der Professorenschaft, aus der sich u. a. Werner Heisenberg, Helmuth Plessner und Carl Friedrich von Weizsäcker gegen die Aufführung aussprachen. "Gleichwohl: So entschlossen die Göttinger Ordinarien den Protestierenden den Rücken stärkten, so zögerlich und zaudernd gebärdete sich die Mehrheit der Kommunalvertreter."53 Der Historiker Ernst Böhme resümiert: "Damit wollte man nichts zu tun haben und wich daher jeder ernsthaften Auseinandersetzung mit der Person Harlans aus."54 Sowohl "die moralisch-politische Bedeutung seiner nationalsozialistischen Vergangenheit" als auch die "antisemitischen Ausfälle seiner Anhänger" seien vom Rat und dem Göttinger Tageblatt "völlig ausgeblendet" worden.55

Die Proteste lassen sich als Ausdruck einer einsetzenden Wandlung der Studierendenschaft in der vormals kleinen, "sozial abgeschlossenen, stark national-konservativ und, was die Studenten betraf, früh nationalsozialistisch geprägten Hochschule"56 deuten. Allerdings agierten sie charakteristischerweise noch in enger Abstimmung mit Hochschulautoritäten, und: Auch der Pro-Harlan-Protest wurde insbesondere von korporierten Studierenden getragen, die wohl die überwiegende Grundstimmung der Bürgerschaft transportierten.57 Eine bewährte Allianz, wie bereits ein großer Fackelzug der Göttinger Korporationen am 08. Juli 1953 anlässlich der 1000-Jahr-Feierlichkeiten der Stadt gezeigt hatte. Den mehr als 600 Fackelzugteilnehmern, die für ihr Recht, Farben zu tragen, auf die Straße gingen, stellten sich kaum Demonstrierende entgegen.58 Und, wie Böhme bemerkt, hatten die korporatistischen Fackelträger, die aufgrund ihrer Präsenz und Organisationsstärke in Göttingen stets eine nicht zu unterschätzende politische Kraft waren, eindeutig die Sympathie der Stadt-

- 51 Schwier, Werner: "Das wollen nun Akademiker sein!", in: Die Zeit, 07.02.1952.
- 52 Zit. n. Pausch: "Wir wollen keine Harlans mehr", S. 121.
- 53 Ebd., S. 121.
- 54 Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 147.

- 55 Ebd.
- 56 Stadtarchiv Göttingen: Stationen der Stadtgeschichte. 1952 – Proteste gegen Veit Harlan.
- 57 Girod, Sonja: Protest und Revolte Drei Jahrhunderte studentisches Aufbegehren in der Universitätsstadt Göttingen (1737 bis 2000), Göttingen 2012, S. 202.
- 58 Im Februar 1953 hatten Universitätsleitung und studentische Gruppierungen eine Vereinbarung getroffen, wonach Verbindungen das Tragen von Farben außerhalb der Universität lediglich im Rahmen offizieller Anlässe der Korporationen gestattet wurde. Farbentragende Verbindungen galten der damaligen Universitätsführung als zu vermeidende Reminiszenz an nationalistische Gesinnung und einer Beförderung des Nationalsozialismus durch Angehörige der Georgia Augusta vor dem Jahre 1945, vgl. Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 126 f.

gesellschaft (wenn auch nicht der Universitätsleitung) hinter sich.<sup>59</sup>

Dass es in Göttingen Anfang der 1950er überwiegend geduldet wurde, wenn rechtsradikale Gruppierungen die Stadt als Bühne wählten, zeigt ein internationales Treffen von circa 600 ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die sich im Oktober 1954 zum ersten "Suchdiensttreffen der ehemaligen 6. Gebirgsdivision Nord" einfanden,60 das von ehemaligen Angehörigen des Verbands sowie der HIAG-Göttingen (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS e. V.) auf Initiative des ehemaligen Kommandanten Franz Schreiber organisiert wurde. Zunächst sollte die Veranstaltung im hessischen Bad Hersfeld stattfinden, dort wurde sie allerdings mit Verweis auf eine "Gefahr der Verherrlichung von nationalsozialistischen Organisationen" verboten, doch "[o]ffenbar erwartete man in Niedersachsen weniger Widerstand als im sozialdemokratischen Hessen."61 Ähnlich wie bereits die Wikinger Jugend äußerte zwar auch Schreiber ein Lippenbekenntnis "zur freiheitlich, westlichen Welt, zur demokratischen Ordnung'. Andererseits mutet es aus heutiger Sicht gespenstisch an, wenn gleichzeitig 'die schwarz-verhüllten Pylonen lodernd aufflammen und mit ihrem unwirklichen Licht mystisch und unheimlich die knapp zehn Jahre danach grade mühsam vergessenen "Sieg-Runen" beleuchten', bekrönt von den alten SS-Parolen "Unsere Freiheit heißt Treue' und 'Ewig lebt der Toten Tatenruhm'."62 Das Treffen verlief "abgesehen von einigen kleinen Störungsversuchen und

Maueraufschriften wie 'SS-Mörder raus' ohne Zwischenfälle"63 – doch organisierte der "Bund ehemaliger Widerstandskämpfer" parallel eine "Freundschaftsbegegnung" mit ehemaligen französischen Widerstandskämpfern und auch SPD, DGB und Jüdische Gemeinde äußerten Kritik. Während der auf der Gegenveranstaltung sprechende Heilbronner KPD-Stadtrat Walter Vielhauer, ehemaliger Widerstandskämpfer in KZ-Haft und Mitglied des Buchenwald-Komitees, das Treffen als "eine Schande für Deutschland"64 bezeichnete, verwies Oberbürgermeister Föge lapidar darauf, dass für ein Verbot die Verfassungsfeindlichkeit der Veranstalter hätte festgestellt werden müssen, was nicht Sache der Kommunen sei. 65 Der Rat hielt also die Füße still, das Göttinger Tageblatt rückte die Gegenveranstaltung – wie schon im Falle der Harlan-Proteste - erneut in die Nähe kommunistischer Agitation.66

Ein handfester Skandal hingegen, welcher weite Kreise über Göttingen hinaus zog, war – als letztes Beispiel – die sogenannte "Schlüter-Affäre" im Jahr 1955. An ihr lässt sich zeigen, inwiefern sich die Rolle der Universität und der Studierendenschaft im Laufe der Jahre bei städtischen Protestereignissen veränderte. Eonhard Schlüter, dessen Mutter Jüdin war, engagierte sich seit 1948 in der DRP, fungierte als deren niedersächsischer Landesvorsitzender und gehörte dem Göttinger Rat an. Von 1945 bis 1947 war er hier Leiter der Kriminalpolizei gewesen, hatte parallel

- 59 Vgl. Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 126 f.
- 60 Vgl. o. V.: Erstes Suchdiensttreffen der HIAG in Göttingen, in: Göttinger Tageblatt, 30./31.10.1954; O. V.: Das Gesetz gilt noch, in: Der Spiegel, 23.02.1955, S. 13; O. V.: Das SS-Treffen ohne Zwischenfälle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.11.1954, S. 3.
- 61 Eichmüller, Andreas: Die SS in der Bundesrepublik. Debatten und Diskurse über ehemalige SS-Angehörige 1949–1985, Berlin/Boston 2018, S. 135.
- 62 Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 141.

- 63 Eichmüller: Die SS in der Bundesrepublik, S. 138 f.
- 64 O. V.: Das SS-Treffen ohne Zwischenfälle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.11.1954, S. 3.
- 65 Vgl. Eichmüller: Die SS in der Bundesrepublik, S. 137.
- 66 Vgl. o. V.: Erstes Suchdiensttreffen der HIAG in Göttingen, in: Göttinger Tageblatt, 30./31.10.1954.
- 67 Schon die zeitgenössische überregionale Presse stellt diesen Zusammenhang zwischen den vorhergehenden Ereignissen und dem veränderten Agieren in der Schlüter-Affäre her, vgl. o.V.: Die Kontroverse um Schlüter spitzt sich zu, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.05.1955, S. 3.

dazu als Publizist gewirkt und 1951 die Göttinger Verlagsanstalt für Wissenschaft und Politik aufgebaut, "die in den Folgejahren hauptsächlich Werke rechter bis rechtsextremer Provenienz veröffentlichte."68 Seine politische Couleur offenbart beispielsweise eine Rede in Wolfsburg, in der er unverhohlen den Wunsch äußerte, "ein neues 1933" möge anbrechen. 69 Die Militärregierung verfügte in Folge ein politisches Betätigungsverbot, 70 um welches sich Schlüter allerdings nicht scherte und sich 1951 als gemeinsamer Spitzenkandidat der DRP und der Nationalen Rechten in den Landtag wählen ließ. 1953 wurde er dann (angeblich auf Bitten Föges<sup>71</sup>) Mitglied der FDP und stieg zum Wortführer ihres rechten Flügels, ebenso wie 1954 zum stellvertretenden Vorsitzenden, im April 1955 schließlich zum Vorsitzenden der Landtagsfraktion auf. Schlüter sollte nun nach den Landtagswahlen 1955 als Kultusminister dem neuen "Bürgerblock"-Kabinett aus DP, CDU, GB/BHE und FDP beitreten. Doch auf seine Ernennung folgten an etlichen niedersächsischen Hochschulen, aber insbesondere in Göttingen, massive Proteste von Studierenden und Professoren. Am Tag vor Schlüters Ernennung traten Rektor, Senat sowie die Dekane sämtlicher Fakultäten zurück. Ihnen folgte der AStA – der bei Harlan noch durch Zurückhaltung aufgefallen war –, welcher außerdem zu einem Veranstaltungsboykott aufrief und erfolgreich mobilisierte.<sup>72</sup> Der vehemente Einspruch zeitigte Erfolg: Schlüter wurde zunächst beurlaubt und

trat fünf Tage später endgültig als Kultusminister zurück.<sup>73</sup>

Vor allem fällt aber das im Vergleich zu früheren Protesten veränderte Verhalten des Göttinger Rates auf: Hatte sich das Gremium zuvor bezüglich Harlan und des SS-Treffens noch als unpolitisch geriert, um vermeiden zu können, eine eigene Haltung zu rechten Umtrieben einnehmen zu müssen, Verantwortung stets delegiert oder von sich gewiesen, unterstützte nun eine Mehrheit (durch die Universität unter Zugzwang gesetzt und plötzlich im Fokus der internationalen Presse stehend) ausdrücklich die Abwehrhaltung der Universität, um nicht als "Nest unbelehrbarer Rechtsextremisten"74 zu gelten. Einzig Föge (obwohl er dem Schlüter entgegenstehenden "gemäßigteren" Flügel der FDP angehörte) und seine Partei pochten stoisch auf eine vermeintliche "Neutralität". Und auch das Göttinger Tageblatt blieb sich treu bei seiner Haltung, "rechtsextreme Strömungen zu verharmlosen oder zu verschweigen". 75 Die Schlüter-Affäre kann als Fanal einer beschleunigten Veränderung der politischen Kultur Göttingens interpretiert werden. Zwar wandelte sich der Umgang mit der NS-Vergangenheit<sup>76</sup> und rechtsextremen Bestrebungen nicht über Nacht, doch die Initiatorenrolle der Universität, die Mobilisierung großer Teile der Studierendenschaft und das veränderte Agieren

- 68 Nentwig, Teresa: "Kultusminister der 14 Tage". Der Skandal um Leonhard Schlüter 1955, in: Nentwig, Teresa/Walter, Franz (Hrsg): Das gekränkte Gänseliesel. 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen, Göttingen 2015, S. 126–139, S. 128.
- 69 Zit. n. ebd., S. 127.
- 70 Schmollinger: Die Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei, S. 1004.
- 71 O. V.: Ein Feuer soll lodern, in: Der Spiegel, 15.06.1955, S. 12–24.
- 72 Ebd.; ebenso Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 148.
- 73 Sein Rücktritt war sicher einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren geschuldet: Sowohl der öffentliche Druck als auch die Haltung der Hellwege-Regierung trugen dazu bei. Andererseits blieben die protestierenden Hochschullehrer bis in die 1960er Jahre persönlichen Angriffen und Diffamierungen ausgesetzt (Marten, Hans-Georg: Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987, S. 8) und die studentischen Rädelsführer des Protestes mussten ein juristisches Nachspiel in Kauf nehmen (Nentwig: "Kultusminister der 14 Tage", S. 132 f.).
- 74 Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 150.
- 75 Ebd., S. 151.
- 76 Ebd., S. 151 f.

der Kommunalpolitik können als Indikatoren eines solchen Prozesses gelesen werden, der auch Resultat der beschriebenen Protestereignisse ist und sich in den 1960er Jahren weiter fortsetzte.

#### Ausblick auf die umwälzenden 1960er Jahre

Der Blick auf die Protestgeschichte seit 1945 zeigt, dass das heutige Image der Stadt als linksliberal keineswegs selbstverständlich ist. Vielmehr lag die Toleranzschwelle für rechtsradikale Gruppierungen und Praktiken im bürgerlich-konservativ bis rechtsliberal geprägten Göttingen<sup>77</sup> äußerst hoch. Natürlich gilt es in der Analyse zu berücksichtigen, dass nicht nur allgemein übergeordnete bundes- wie landespolitische Tendenzen auf die Auseinandersetzung mit und Persistenz von politischen Phänomenen einwirken, sondern freilich auch ganz eigenspezifische regionale Traditionen und kulturelle Bedingungen diese prägen.<sup>78</sup> In der jeweiligen Öffentlichkeit ringen politische Akteure in einem wechselseitigen, längerfristigen Prozess um Einfluss. Der Handlungsspielraum für politische Gruppen wird je nach stadtkultureller Prägung und dem Agieren der Lokalpolitik präformiert. Entscheidend für die Protestdynamik ist das gegenseitige Reaktionsverhältnis, denn jedes politisch-öffentliche Agieren von Gruppen hat Auswirkungen sowohl auf das eigene politische Spektrum als auch auf die reagierende Gegenseite.79 Dieser Mechanismus bedingt die zeithistorisch je individuellen Entwicklungsdynamiken von Protesten, bei denen nie von vornherein ausgemacht ist, welche Tendenz sich langfristig durchsetzt und welche Formen von Protestkulturen daraus später entstehen. Wie der Historiker Philipp Gassert gezeigt hat, ist politischer Protest vor allem ein "Resonanzraum gesellschaftlichen Wandels". Das bedeutet, politische Auseinandersetzungen sind Symbol und Symptom konkreter lebensweltlicher Veränderungen, deren jeweiliger Ausgang wiederum auf die politische Kultur vor Ort zurückwirkt. Dies gilt für die rechte Göttinger Protestgeschichte in der Nachkriegszeit gleichermaßen: Vor dem Hintergrund der stadtkulturellen Prägung entwickelte sich in den 1950er Jahren eine spezifische Protestdynamik, die unmittelbare Auswirkungen auf die umwälzenden 1960er Jahren hatte.

Das gilt einerseits für das Parteienspektrum, das in Niedersachsen durch eine "verzögerte Normalisierung"82 gekennzeichnet war: Später als im Rest Westdeutschlands entwickelte sich die Christdemokratie zu einer breitenwirksamen Volkspartei, die erst gegen Ende der 1950er Jahre ihre unangefochtene Stellung im bürgerlichen Lager festigen konnte. Erst durch ihre Integrationskraft büßten andere Parteien rechts der Mitte, von der DP und DRP bis zum BHE, ihre Bedeutung ein bzw. fanden wie die FDP ihren neuen Platz im Parteienspektrum als Zünglein an der Waage. Man ist geneigt, dem Urteil des Historikers Günter Trittel zu folgen, wonach die "verzögerte Normalisierung" des Parteienspektrums in Göttingen nochmals verzögerter ausfiel, wie sich symbolhaft in der Ratswahl von 1964 zeigt, als die SPD sich erstmalig gegen die FDP durchsetzt, womit nach Trittel die Nachkriegszeit erst wirklich endete.83 Mit dieser "verzögerten

- 77 Böhme geht sogar noch einen Schritt weiter und nennt es eine "national-konservative politische Kultur" (Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 156).
- 78 Vgl. Held, Josef: Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie, Hamburg 2008, S. 168 f.
- 79 Vgl. Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 273 f.

- 80 Vgl. Daphi, Priska et al. (Hrsg.): Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests, Baden-Baden 2017.
- 81 Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 273.
- 82 Trittel, Günter J.: Die "verzögerte Normalisierung": Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Ucker, Bernd Ulrich et al. (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 635–650, hier S. 636.
- 83 Vgl. Trittel: Göttingens Entwicklung seit 1948, S.321. Man einigte sich in der sozialliberalen Koaliti-

Normalisierung" ging gleichzeitig eine nachholend eingesetzte Liberalisierung einher. Zentral waren hierfür neben dem politisch-kulturellen Wandel infolge der Protestereignisse auch soziodemographische Veränderungen. Vor allem die Universität zog nicht zuletzt bedingt durch die geographische Lage Göttingens – zonenangrenzend und relativ mittig in Westdeutschland gelegen – eine ganz neue Klientel Studierender an (von knapp 1.300 im Wintersemester 1938/39 auf 5.000 1945/46 und dann erstmals 1965 auf über 10.00084), die aufgrund der Verjüngung die Politisierung der Öffentlichkeit qua ihres gesteigerten Aktivitätsdrangs (auch und gerade in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit) zusätzlich beförderte.85

Mit der zunehmenden Liberalisierung und dem gleichzeitigen Machtverlust (rechts-)konservativer Akteure bei paralleler Politisierung des Alltags steigt Anfang der 1960er Jahre die Notwendigkeit neuer rechter Organisationsversuche. Wie Richard Stöss bemerkt, hatte der politische Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit nur eine begrenzte Notwendigkeit gesehen, sich selbstständig und systemoppositionell zu organisieren. Die primäre Strategie lag vielmehr in der Beeinflussung der bestehenden nationalen und konservativen Parteien wie der FDP und der CDU, die ihrerseits auf die Unterstützung dieser Kreise kaum verzichten konnten.86 Sie wahrten zentrale deutschnationale Interessen; zusätzlich wirkte der in den 1950er Jahren im Zuge des McCarthyismus dominante Antikommunismus

- on darauf, dass der bisherige Oberbürgermeister der FDP seinen Posten nach zwei Jahren an einen SPD-Vertreter abtreten würde, sodass 1966 erstmals die SPD den Oberbürgermeister Göttingens stellte.
- 84 Böhme: Zwischen Restauration und Rebellion, S. 129.
- 85 Eine sogenannte radikale Linke gab es erst ab den 1960er Jahren in Göttingen, weil der linke Radikalismus hier besonders vom städtischen, jungen und akademischen Milieu lebte, vgl. Micus/Pflicke/Scharf: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, S. 232.
- 86 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010, S. 29 f.

Spektren-übergreifend von bürgerlich-konservativ bis (rechts-)liberal integrierend.87 Erst mit dem Wandel von CDU wie FDP und dem gleichzeitig spürbar größeren Einflussgewinn der politischen Gegner, sehen sich Gruppierungen rechts der Mitte dazu veranlasst, selbst aktiver zu werden und ihrem in den 1950er Jahren einsetzenden Bedeutungsverlust entgegenzuwirken.88 Wie Stöss aufzeigt, war die offene Parteinahme einer "politischen Opposition gegen das System" in großen Teilen des politisch-organisierten Rechtsextremismus in der Nachkriegszeit nur eine randständige strategische Option, aber mit dem gefühlten Machtverlust bürgerlich-konservativer Lebenswelten als Konsequenz aus den einsetzenden Liberalisierungstendenzen steigt im rechten Spektrum mit der Frustration zunehmend der Drang zum Aktionismus.89 Dieser führt in den 1950er Jahren zur Konstituierung rechter Subkulturen, indem sich Traditionsverbände, Verlage und Zeitschriften oder Jugendorganisationen ausbilden.90 So ist die Geschichte der rechten Parteien in der Nachkriegszeit, wie Dudek und Jaschke resümieren, "die Geschichte der Entdifferenzierung und Entflechtung von offenem Neonazismus auf der einen Seite des Spektrums und bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite."91 Erst vor diesem Hintergrund

- 87 Vgl. Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2016 [2014], S. 188 ff.
- 88 Vgl. Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 42 ff.; Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen, Hannover 1995.
- 89 Vgl. Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, S. 30.
- 90 Vgl. Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2014, S. 36.
- 91 Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Band 1, Opladen 1984, S. 76.

wird die Anfang der 1960er Jahre einsetzende Tendenz einer "Nationalen Sammlung" nachvollziehbar, die man vor allem als Ergebnis verschiedener "Lernprozesse"92 verstehen muss. Während das Verbot der SRP 1952 das Scheitern einer offen-neonazistischen Programmatik verdeutlicht, konnte sich das rechte Lager gleichzeitig auch kaum mehr auf den sogenannten "Bürgerblock" (die niedersächsische Landesregierung unter Hellwege aus DP, CDU, FDP und GB/BHE) verlassen, da die Christdemokratie zunehmend in die politische Mitte tendierte und sich zumindest verbal vom rechten Rand langsam distanzierte. Es war vor allem Adolf von Thadden, der mithilfe seines DRP-Netzwerkes versuchte, die bestehenden Kleinparteien und Gruppen am rechten Rand organisatorisch zusammenzuführen, weshalb die spätere Gründung der NPD 1964 im niedersächsischen Hannover auch lokal kein Zufall ist. <sup>93</sup> Es ist ebenfalls vor allem von Thadden anzurechnen, dass die NPD auch in Göttingen politisch erfolgreich sein und 1968 mit 5,1 % und 2 Sitzen in den Rat einziehen konnte. Obwohl die NPD den Einzug in den Bundestag 1969 mit 4,3 % knapp verpasste und danach bedeutungslos wird, wirkt sich ihr Scheitern unmittelbar auf das rechte Lager aus, das sich organisatorisch-strategisch neu aufstellen und politisch radikalisieren wird. Doch wie sich die lokale rechte Szene in Göttingen weiterentwickelte, wie sie konkret agierte und welche Auswirkungen diese Entwicklungen hatten, wurde bislang kaum systematisch erforscht, was es nachzuholen gilt.

93 Vgl. Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 46 f.

92 Ebd., S. 78.



Dr. Katharina Trittel, geb. 1984, ist wissenschaft-liche Mitarbeiterin im FoDEx-Fachbereich Rechtsradikalismus am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts (insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus, Elitenkontinuität und Erinnerungskultur), Rechtsradikalismus und Proteste.



Dr. Florian Finkbeiner, geb. 1988, Projektleiter der FoDEx-Forschungsstelle am Göttinger Institut für Demokratieforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Konservatismus und Rechtsradikalismus sowie Parteien- und Politische Kulturforschung.

Sören Isele
ist studentische Hilfskraft
an der Forschungs- und
Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer
und religiöser Extremismen in Niedersachsen.

# "An allem sind die Juden schuld!"

Bericht über die Tagung "Der Jude als ewiges Feindbild? (Neue) Dimensionen des Antisemitismus heute"

Teresa Nentwig

ten die Anschläge in Halle und Hanau die deutsche Öffentlichkeit. Sowohl der Angreifer von Halle, Stephan Balliet, als auch der Hanauer Attentäter, Tobias Rathjen – der seine Mutter und sich selbst nach seinem Amoklauf erschoss -, haben bzw. hatten eine von Antisemitismus und Rassismus durchzogene Weltsicht. Kurz nach dem Anschlag in Hanau traf die Corona-Pandemie auch die Bundesrepublik Deutschland mit voller Wucht und steigerte noch einmal die öffentliche Sichtbarkeit von Antisemitismus, u. a. in Form von Verharmlosung des Nationalsozialismus oder sogar der Leugnung des Holocausts. So trugen Demonstrierende gegen die Corona-Politik der Bundesregierung gelbe Sterne mit den Aufschriften "Ich bin ein Impfgegner" oder "Ungeimpft". Zudem waren bei diversen Kundgebungen Schilder zu sehen, auf

n den Jahren 2019 und 2020 erschütter-

denen Parolen wie "Ausgangsbeschränkungen sind sozialer Holocaust" oder "Maske macht frei" standen.¹ Der frühere TV-Koch Attila Hildmann wiederum, inzwischen einer der Wortführer der Corona-Verschwörungstheoretiker, sprach von den Rothschilds, die die Weltbank regierten.² Die jüdische Bankiersfamilie Rothschild steht hier (und allgemein) stellvertretend für "die Juden"

- Vgl. Engel, Sebastian/Herzog, Martina: "Judenstern" und Häftlingsanzug, in: Aachener Nachrichten, 02.06.2020, S. 4; Geiler, Julius: Das Netzwerk der Impfgegner, in: Der Tagesspiegel, 24.11.2020, S. 7; Kopietz, Andreas: Pandemie befeuert Antisemiten, in: Berliner Zeitung, 07.05.2020, S. 1; Reister, Helmut: "Geschmack- und geschichtslos", in: Jüdische Allgemeine, 18.06.2020, S. 15.
- Vgl. Kühn, Alexander: Der Irrläufer, in: Der Spiegel, 25.07.2020, S. 47.



Foto: Teresa Nentwig

Abb. 1: Tagungsort Kloster Banz

als Feindbild. Das Wort "Juden" vermied Hild-mann – wohl um nicht strafrechtlich belangt werden zu können.³ Der Antisemitismus in seiner Aussage wird dadurch aber nicht geringer. Auch angesichts dieser Geschehnisse sprach der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, Ende Dezember 2020 von einem "deutlich enthemmteren Antisemitismus in Worten [...], wie ich ihn mir vor einigen Jahren nicht vorgestellt habe"<sup>4</sup>.

- Die Anspielungen scheinen nicht geholfen zu haben, denn inzwischen (Stand: 25.02.2021) soll ihn die Berliner Staatsanwaltschaft laut Medienberichten mit einem Haftbefehl suchen. Unter anderem könnte es um den Verdacht der Volksverhetzung, Beleidigung und Bedrohung gehen (vgl. Fröhlich, Alexander/Geiler, Julius: Haftbefehl gegen Hildmann? Rechtsextremer Koch angeblich auf der Flucht, in: Der Tagesspiegel, 24.02.2021, S. 7). Möglicherweise spielen in diesem Zusammenhang auch Hildmanns antisemitische Äußerungen eine Rolle.
- Zit. nach o. V.: "Bösartige Mythen und Unterstellungen". Josef Schuster im Gespräch mit Christiane Florin, in: Deutschlandfunk.de,

# Antisemitismus im Rechtsextremismus, in Berlin und bei Christen sowie Muslimen

Als Oliver Hidalgo vom Arbeitskreis "Politik und Religion" der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und Philipp W. Hildmann von der Hanns-Seidel-Stiftung zu Beginn des Jahres 2020 eine Tagung über Antisemitismus für September 2020 planten, konnten sie noch nicht wissen, wie virulent das Thema werden sollte. Kurz bevor die zweite Corona-Infektionswelle zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lockdown führte, konnte die Tagung im kleinen Kreis und unter Einhaltung von sehr hohen Hygienestandards am 18. und 19. September 2020 im Kloster Banz im fränkischen Bad Staffelstein stattfinden. "An allem sind die Juden schuld!" mit dieser auf Friedrich Hollaender zurückgehenden Liedzeile aus dem Jahr 1931 führte Philipp

27.12.2020, URL: https://www.deutschlandfunk.de/vorurteile-gegen-juden-boesartige-my-then-und-unterstellungen.868.de.html?dram:article\_id=489870 [eingesehen am 30.12.2020].

W. Hildmann in seinen Eröffnungsbeitrag der Tagung ein. Die Wege vom Sagbaren zum Machbaren seien wieder kurz geworden, so Hildmann, der seine nicht vorhandene Verwandtschaftsbeziehung zu Attila Hildmann eigens hervorhob.

Nachdem auch Hidalgo die Konferenz in den aktuellen Kontext eingeordnet hatte, folgte der erste Vortrag: Gideon Botsch, Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) an der Universität Potsdam, sprach zum Thema "Rechtsextremismus und ,neuer Antisemitismus'". Antisemitismus sei ein zentrales Kennzeichen von Rechtsextremismus, so Botsch. In der um die Jahrtausendwende einsetzenden Diskussion um einen "neuen Antisemitismus" komme der Rechtsextremismus jedoch praktisch nicht vor; im Zentrum der Debatte stünden der Nahostkonflikt und die darin getätigten judenfeindlichen Äußerungen von Muslimen. Botsch benannte in seinem Vortrag folglich ein Defizit an empirischer Forschung zu rechtsextremem Antisemitismus. Wandlungsprozesse im Antisemitismus von Rechtsextremen würden nicht ausreichend untersucht. Im weiteren Verlauf seines Vortrags stellte Botsch mehrere Beispiele für rechtsextremen Antisemitismus aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor, darunter Gedenkstättenschändungen in Berlin durch den Rechtsterroristen Ekkehard Weil im Jahr 1989. Er ging aber auch auf aktuelle Entwicklungen ein, wie etwa den Antisemitismus der QAnon-Bewegung und des Anführers der Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner. In dem Gespräch, das auf seinen Vortrag folgte, betonte Botsch, dass er Antisemitismus auch für den intellektuellen Rechtsextremismus (die sogenannte Neue Rechte) als konstitutiv ansehe.

Im Anschluss referierten Selana Tzschiesche vom Projektteam Berlin-Monitor an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Gert Pickel, Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig, zum Thema "Antisemitismus in Berlin? Verbreitung, Betroffenenrelevanz, Gründe und Aktivierungspotential". Sie stellten die Ergebnisse einer Studie vor, die im Jahr 2020 Anti-

semitismus aus der Perspektive von Betroffenen aus Berlin untersucht hat. Ausgangspunkt war eine im Jahr zuvor realisierte Erhebung, die sich mit antisemitischen Einstellungen in der Berliner Stadtgesellschaft befasst hatte. Tzschiesche und Pickel gingen u. a. darauf ein, wie die Gesprächspartnerinnen und -partner selbst Antisemitismus erleben und wie sie über Maßnahmen der Antisemitismusprävention nachdenken.<sup>5</sup>

Der Leipziger Soziologe Alexander Yendell sprach anschließend über "Antisemitismus bei Christen und Muslimen", wobei er eingangs betonte, dass die Datenlage schlecht sei, wenn es darum gehe, sich einzelne Religionsgemeinschaften bzw. Konfessionslose anzuschauen. Der KONID Survey 20196 habe aber die Möglichkeit eröffnet, antisemitische Einstellungen zu messen. Ein Ergebnis sei gewesen, dass Antisemitismus unter Muslimen verbreiteter ist als unter Christen und Konfessionslosen, zwischen denen es keine nennenswerten Unterschiede gegeben habe. Damit konnte der KONID Survey einen Befund anderer Untersuchungen<sup>7</sup> zu gruppenbezogenen Vorurteilen bestätigen. Zur Erklärung von antisemitischen Ressentiments führte Yendell an, dass ein

- 5 Die beiden Studien sind unter den Namen "Berlin-Monitor 2019" und "Berlin-Monitor 2020" online einsehbar unter https://berlin-monitor.de/ publikationen/ [eingesehen am 12.01.2021].
- 6 Die Abkürzung KONID steht für "Konfigurationen individueller und kollektiver religiöser Identitäten und ihre zivilgesellschaftlichen Potentiale". Der KONID Survey 2019 hat die Bedeutung von Religion für soziale Identitäten untersucht, und zwar in einer in Deutschland und der Schweiz durchgeführten Repräsentativbefragung.
- 7 Darunter die "Mitte-Studien" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vgl. zusammenfassend Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland aktuelle Entwicklungen, Berlin 2018, hier vor allem S. 74 f. und S. 78 f., URL: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?\_\_blob=publicationFile&v=7 [eingesehen am 12.02.2021].

Zusammenhang zwischen Erziehungserfahrungen und antisemitischen Vorurteilen bestehe. So korrelierten Kontrollen durch die Eltern und harte Strafen mit Antisemitismus.<sup>8</sup>

### Journalistische und politische Perspektiven auf Antisemitismus

Per Video war der Journalist Richard C. Schneider zugeschaltet, dessen Vortragsthema "Corona und all die anderen Probleme dieses Landes - Der Jude als das Böse an sich" lautete. Den Ausgangspunkt seiner Ausführungen bildete die Unterscheidung zwischen Rassismus und Antisemitismus. Während beim Rassismus der Blick von oben nach unten gehe – "der andere" sei der minderwertige –, sei der Blick beim Antisemitismus nach oben gerichtet: "Der Jude", so Schneider, werde als das Böse schlechthin gesehen; Juden würden als vermögender, als mächtiger etc. gelten. Diese These von der Allmacht der Juden sei eine uralte Tradition, die im Leben eines Juden stets präsent sei. An mehreren, auch aus seinem eigenen Leben stammenden, Beispielen zeigte Schneider auf, wie sich dieser Antisemitismus konkret äußert. In Zeiten von Corona hätten einige Menschen wieder einen Schuldigen gefunden: Israel, so werde behauptet, habe das Virus in die Welt gesetzt, um die Weltherrschaft zu übernehmen. Donald Trump habe diese These noch befeuert, indem er Personen aus seinem Umfeld, die sie vertreten hätten, nicht zurechtgewiesen habe.

Wie Antisemitismus bekämpft werden kann, zeigte Ludwig Spaenle in seinem Tagungsbeitrag auf. Spaenle, ehemaliger Bayerischer Staatsmi-

8 Zu den Ergebnissen des KONID Survey 2019 bezüglich Antisemitismus vgl. auch Pickel, Gert et al.: Religiöse Identitäten und Vorurteil in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, Jg. 4 (2020), H. 4, S. 149–196, hier insbesondere S. 166–172 und S. 179–182. nister und seit Mai 2018 Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, berichtete von seiner Empfehlung an staatliche Institutionen, Verbände und Vereine, der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)<sup>9</sup> zuzustimmen. Etwa hundert von ihnen hätten die Definition inzwischen diskutiert und angenommen. Spaenle betonte zudem, dass Wissen ein Mittel gegen Judenhass sei. Spezielle Hilfestellungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie passgenauere Angebote für Schulen seien notwendig, da sich die Lehrkräfte oft überfordert fühlten. Auch in der Wissenschaft sah der bayerische Antisemitismus-Beauftragte Handlungsbedarf: Es werde zwar viel zu Antisemitismus geforscht, aber die Frage, wie die Erkenntnisse didaktisch vermittelt werden könnten, komme zu

#### Neuere Entwicklungen des Antisemitismus

Auf Spaenles Vortrag folgte ein Beitrag der Göttinger Politikwissenschaftlerin Dana Ionescu, die ihn pandemiebedingt auf Video aufgezeichnet hatte. Ihr Thema waren "Neuere Tendenzen im Antisemitismus: Wie die jüdische Religion und kulturell-religiöse Alltagspraktiken von Jüdinnen und Juden wieder ins Zentrum rücken". Dies zeigte Ionescu zunächst exemplarisch an der Vorhautbeschneidung von männlichen Säuglingen und Jungen auf, die ein zentrales Symbol für

Sie lautet: "Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen." (International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus [eingesehen am 10.01.2021])

die Zugehörigkeit zum Judentum sei und in den letzten Jahren für Kritik gesorgt habe. Ionescu präsentierte in diesem Zusammenhang Ergebnisse ihrer 2018 veröffentlichten Doktorarbeit, in der sie die Argumentationen der Beschneidungsgegnerinnen und -gegner in Deutschland analysiert und die jeweiligen Judenbilder rekonstruiert.10 Unter anderem konnte sie zeigen, dass bestimmte Artikel in auflagenstarken Tageszeitungen die diskursiven Bedingungen für antisemitische Äußerungen in Online-Kommentaren schufen. Ionescu erwähnte beispielsweise das Stereotyp des kriminell angelegten Juden: Es sei die Rede von Juden gewesen, die durch die Vorhautbeschneidung Verbrechen an Kindern begingen. Neben der Vorhautbeschneidung stellte Ionescu in ihrem Vortrag das Schächten als Alltagspraktik im Leben von Jüdinnen und Juden vor. Beim Schächten, für das mittlerweile in mehreren Ländern (darunter Island, Norwegen und große Teile Belgiens) ein Verbot gilt, sei in Deutschland eine weniger aufgeladene Kontroverse als bei der Beschneidung festzustellen. Dennoch lasse sich auch in der Berichterstattung über das Schächten und den Kommentaren dazu die Reaktivierung eines klassischen Stereotyps ausmachen: Die Juden seien rückständig, tierquälerisch, verbrecherisch und würden sich nicht in die Gesellschaft integrieren. Als Fazit hob Ionescu hervor, dass die sogenannte gesellschaftliche "Mitte" ein zentraler Akteur in den beiden Kontroversen über Beschneidung und Schächten sei.

Die Dinner Speech hielt Samuel Salzborn zum Thema "Globaler Antisemitismus. Entwicklungen seit 9/11". Salzborn, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen und seit August 2020 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, bezeichnete die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 als einen Wendepunkt in der Entwicklung des Antisemitismus, da vor allem islamistische Kräfte seitdem versucht hätten, die Weltordnung unter anti-

10 Vgl. Ionescu, Dana: Judenbilder in der deutschen Beschneidungskontroverse, Baden-Baden 2018.

semitischen Prämissen zu verändern. Eines der Kennzeichen dieser antisemitischen Revolution sei die Entgrenzung, d. h. dass sich eigentlich verfeindete Gruppen in einem Punkt treffen – dem antiisraelischen Antisemitismus. Als ein Beispiel hierfür nannte Salzborn Demonstrationen, die im Sommer 2014 stattfanden: Unter Federführung von palästinensischen Organisationen seien in zahlreichen deutschen Städten Antisemiten jeder Couleur gemeinsam auf die Straße gegangen - islamistische Antisemiten, Neonazis und linke Antiimperialisten. "Sind die Antiimperialist(inn) en auch nur ein marginaler Flügel in der deutschen Linken – die Mehrheit steht nach wie vor in Opposition zum Antisemitismus – so zeigt das Beispiel eine Entgrenzung, bei der das antisemitische Weltbild so zentral geworden ist, dass alle anderen weltanschaulichen Differenzen zurücktreten", so Salzborn an anderer Stelle.11

# Antisemitismus aus der Sicht des Zentralrats der Juden

Der zweite Tagungstag begann mit einem Morgengespräch, zu dem der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, nach Banz gekommen war. Bevor er Fragen von den Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern beantwortete, ging Schuster auf die gegenwärtige Situation von Jüdinnen und Juden in Deutschland ein. Das Attentat von Halle sei ein erheblicher Einschnitt im Vertrauen der jüdischen Bürgerinnen und Bürger in die Bundesrepublik gewesen. Schuster bezeichnete es in diesem Zusammenhang als "unverzeihlich", dass die Synagoge in Halle nicht von der Polizei geschützt worden war. Die Koffer der Jüdinnen und Juden in Deutschland blieben zwar weiterhin ungepackt, aber der eine oder andere schaue jetzt

11 Salzborn, Samuel: Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Geschichte, in: Einsichten + Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, Themenheft Antisemitismus, H. 1/2020, S. 10–22, hier S. 12.

durchaus, wo der leere Koffer stehe, so Schusters eindringliches Bild. Dafür, dass antisemitische Äußerungen zugenommen haben und salonfähig geworden sind, machte Schuster auch "Funktionsträger der AfD" verantwortlich. Darüber hinaus betonte der Zentralratspräsident noch, dass Lehrkräfte häufig nicht wüssten, wie sie im Klassenverband mit rassistischen und antisemitischen Äußerungen umgehen sollten. Hier müsse dringend Abhilfe geschaffen werden. Daneben sah Schuster im Bereich der Justiz eklatante Mängel. So kritisierte er, dass keine strafrechtlichen Ermittlungen aufgenommen worden seien, nachdem die rechtsextreme Partei "Die Rechte" während des Europawahlkampfes 2019 in Dortmund mit einem Plakat geworben hatte, auf dem "Israel ist unser Unglück!" stand.12 Ähnliches habe sich in Wuppertal zugetragen: Einen Anschlag auf die dortige Synagoge mit Molotowcocktails im Jahr 2014 hätten zwei Gerichte als Sachbeschädigung eingestuft, nicht als antisemitischen Akt, so Schusters Kritik. Ein Fortschritt sei aber, dass die Grundsätze der Strafzumessung<sup>13</sup> in § 46 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB) um antisemitische Beweggründe erweitert wurden. Auch die Etablierung von Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften könne positiv gesehen werden. Alles in allem, so Schusters Fazit, brauche man kein Krisenszenario aufmachen, dürfe sich aber auch nicht zurücklehnen.

### Religiöser Antisemitismus und Antisemitismus beim Rassemblement National

Die Tagung ging mit dem Vortrag von Gert Pickel und Cemal Öztürk zum Thema "Importierter' Antisemitismus? Über die empirische Evidenz

- Diese Wendung greift Heinrich von Treitschkes Schlagwort "Die Juden sind unser Unglück" auf, das seit 1927 auf jeder Titelseite der nationalsozialistischen Wochenzeitung Der Stürmer stand.
- 13 Hier geht es um die Umstände, die für oder gegen einen Täter oder eine Täterin sprechen und die ein Gericht bei der Urteilsfindung heranzuziehen hat.

einer islamisierten Judenfeindschaft und eine Problematisierung der Selbstinszenierung einer vom Antisemitismus geläuterten deutschen Mehrheitsgesellschaft" weiter. Pickel und Öztürk (Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana Universität Lüneburg) beschäftigten sich mit muslimischem bzw. islamisiertem Antisemitismus, der unterschiedliche Hintergründe habe, darunter die dogmatisch-fundamentalistische Auslegung der eigenen Religion, autoritäre Einstellungen und fehlende soziale Anerkennung. Die AfD instrumentalisiere Antisemitismus, indem sie ihn muslimischen Einwandererinnen und Einwanderern zuschreibe. Als Beispiel hierfür zeigten Pickel und Öztürk ein Plakat von Alice Weidel aus dem Jahr 2018, auf dem es heißt: "Der muslimische Antisemitismus bedroht jüdisches Leben in Europa!". Anlass für diesen Ausruf war die brutale Ermordung der 85-jährigen Holocaust-Überlebenden Mireille Knoll in ihrer Pariser Wohnung. Der antisemitische Hintergrund der Tat war rasch bestätigt worden.14

Als vorletzter Tagungsbeitrag folgte der Vortrag von Axel Töllner, Beauftragter für christlich-jüdischen Dialog in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB). Sein Thema lautete: "Vom christlichen Antijudaismus zum modernen Antisemitismus: Kontinuitäten und Transformationen". An verschiedenen Beispielen zeigte Töllner auf, wie das Christentum dem Judentum in der Geschichte gegenübertrat. Unter anderem erwähnte er das 1948 veröffentlichte "Wort zur Judenfrage" des Bruderrats der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), das die Aktualisierung des klassischen Antijudaismus für die Nachkriegszeit zeige. Es sei um die Entlastung von eigener Schuld gegangen. Außerdem thematisierte Töllner u.a. die Antisemitismusvorwürfe gegen das ökumenische Netzwerk "Kairos Europa".

14 Vgl. Vincent, Élise: Affaire Knoll: les suspects seront jugés pour crime antisémite, in: Le Monde, 16.07.2020, S. 14.

Die Tagung im Kloster Banz endete mit einem Vortrag der Verfasserin des vorliegenden Textes. Ich habe dabei einen Blick nach Frankreich geworfen und über das Verhältnis des Rassemblement National (bis Mitte 2018: Front National) zum Antisemitismus gesprochen. So ist der Mitbegründer des Front National, Jean-Marie Le Pen, immer wieder durch antisemitische Äußerungen aufgefallen. Seine Tochter Marine Le Pen, die dem Front National seit dem 16. Januar 2011 vorsteht, distanziert sich dagegen vom Antisemitismus. Mehr noch: Sie geht offensiv auf die jüdische Bevölkerung zu und präsentiert sich sowie ihre Partei als Schutzmauer gegen einen islamischen Antisemitismus - was Marine Le Pen aber nicht davon abhält, auf antisemitische Chiffren zurückzugreifen. So hat sie ihren Konkurrenten Emmanuel Macron während des Präsidentschaftswahlkampfes 2017 als Repräsentanten der "arroganten Finanzwelt" bezeichnet, der bei "Rothschild" gearbeitet habe und dem es allein um "Profit", um die "Anhäufung von Geld" gehe. In meinem Vortrag habe ich die Gründe für die Abwendung vom offenen Antisemitismus dargestellt und bin der Frage nachgegangen, inwieweit Marine Le Pen mit ihrem Zugehen auf die jüdischen Bürgerinnen und Bürger erfolgreich ist.

#### Resümee

Alles in allem beleuchtete die Konferenz das Thema Antisemitismus aus unterschiedlichen Perspektiven, vor allem aus politikwissenschaftlicher Sicht. Immer wieder wurden Bezüge zur Gegenwart hergestellt: In Krisenzeiten, so wurde mehrfach betont, würden stets Minderheiten als Sündenböcke gesucht; ob bei der Pest oder bei Corona – die Schuld liege bei den Juden. Wiederholt wurden auch Wege der Prävention von Antisemitismus dargelegt – ein Thema, das zum einen wegen der eingangs angesprochenen aktuellen Geschehnisse wichtiger denn je erscheint. Zum anderen sollte der Frage, wie antisemitischen Vorurteilen entgegengewirkt werden kann, auch deswegen gesellschaftlich viel Beachtung entgegengebracht werden, weil Studien für die Bundesrepublik Deutschland bis heute bei mindestens 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung antisemitische Einstellungen nachweisen.15 Wünschenswert wäre noch gewesen, wenn am Ende der Tagung gemeinsam reflektiert worden wäre, ob es gegenwärtig überhaupt neue Tendenzen im Antisemitismus gibt und, wenn ja, wie genau diese aussehen – immerhin lautete der Untertitel der Tagung "(Neue) Dimensionen des Antisemitismus heute". Leider blieb für eine solche Diskussion jedoch keine Zeit mehr. Etwas zu kurz kam bei der Tagung außerdem der Antisemitismus von links – der Schwerpunkt lag auf muslimischem und rechtem bzw. rechtsextremem Antisemitismus. Mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und die im Vergleich dazu bestehende Randständigkeit von linkem Antisemitismus war dies sicher gerechtfertigt. Und doch ist auch linker Antisemitismus ein facettenreiches und damit interessantes Phänomen



**Dr. Teresa Nentwig** war bis 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

<sup>15</sup> Vgl. Salzborn, Samuel: Sprechen und Schweigen über Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 70 (2020), H. 26/27, S. 20–23, hier S. 21 f.

# Deutungskulturen zwischen Bildern und Texten

Perspektiven eines Forschungsprogramms am Beispiel der "Stoppt die Corona-Panik – Wir zeigen Gesicht!"-Kampagne der AfD

Christopher Schmitz

m Verlauf des ersten Jahres der Corona-Pandemie wurde dieser Krise die
Eigenschaft zugeschrieben, als eine Art
Brennglas gesellschaftliche Dysfunktionalitäten schonungslos aufzudecken.¹
Auch wenn diese Metapher mittlerweile
weitgehend ausgebrannt ist,² lohnt es
sich, beim Phänomen zu verweilen, da
Krisensituationen ein forschungspragmatisch
besonders fruchtbares Gelegenheitsfenster für
die politische Kulturforschung darstellen. Begreift
man als Krise vor allem eine Divergenz zwischen

blitzartig neu herausgebildeten Deutungskulturen, die vormals gewohnte Routinen mitunter tiefgreifend verändert haben – hier vor allem die Maßnahmen zur Eindämmung und Bewältigung der Pandemie – und den eingeübten soziokulturell verankerten Routinen, eröffnen sich frische Perspektiven auf aktuellste politische Entwicklungen.

#### Krisen und normative Landkarten

Nun ist dieser Gedanke, wenn auch oberflächlich einsichtig, erläuterungsbedürftig. Eine Krisensituation ist zunächst, so der Soziologe Michael Makropoulos, vor allem eine "unvollständig determinierte Situation [...], eine Situation der irreduziblen Kontingenz."<sup>3</sup> Diese Kontingenz bestehe aus der Möglichkeit zur Abänderung: Sowohl die

- Vgl. Ludwig, Gundula/Voss, Martin/Miller, Simone: Brennglas für gesellschaftliche Missstände. Theorie in Coronazeiten – Gundula Ludwig und Martin Voss im Gespräch mit Simone Miller, in: Deutschlandfunk Kultur, 05.07.2020, URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/theorie-in-coronazeiten-brennglas-fuer-gesellschaftliche.2162.de.html?dram:article\_id=479895 [eingesehen am 18.02.2021].
- 2 Plück, Maximilian: Die Renaissance der Lupe. Kolumne "Hier in NRW", in: RP-Online, 07.07.2020, URL: https:// rp-online.de/panorama/coronavirus/hier-in-nrwwelche-bedeutung-das-brennglas-in-der-coronakrise-hat\_aid-52075171 [eingesehen am 18.02.2021].
- 3 Makropoulos, Michael: Über den Begriff der "Krise". Eine historisch-semantische Skizze, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1/2013, S. 13–20, hier S. 16.

Gegenwart als auch die unbestimmte Zukunft – beides könnte jeweils anders aussehen als das, was jeweils ist oder jeweils sein könnte.<sup>4</sup>

Laut dem Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter bergen Krisen einen Moment der Ernüchterung in dem Sinne, dass "lang aufgebaute Erwartungen an die Zukunft enttäuscht"5 werden. Zugleich geraten aber nicht nur die Erwartungen an die Zukunft unter Druck, sondern eben auch die Bewältigungsmuster in der Gegenwart. Was etabliert, funktional, gewöhnlich und normal gewesen sei, sei es nicht länger, was mitunter zu Verunsicherung führe.<sup>6</sup> In zeitlich kurzer Abfolge würden Gewissheiten in Frage gestellt. Damit würden sie aber auch wieder verhandelbar und zugänglich. Franz Walter spricht von sich öffnenden "Möglichkeitspforten für neue Deutungsmuster, Ideen und Handlungsmotivationen", die die Gelegenheit für gesellschaftliche Innovationen böten. Umgekehrt seien auch Regressionen und "gesellschaftliche Paranoia" denkbar.<sup>7</sup>

In Krisen lege sich ein Schleier der Unsicherheit und Bedeutungsoffenheit über die "kognitiv-normative "Landkarte", durch die die politische Welt Struktur und Orientierung erhalte.<sup>8</sup> Es gerieten, tradierte Deutungskulturen unter Druck. Sie müssten modifiziert werden, oder sie würden, da obsolet geworden, abgelöst. Hier bestehe einerseits gesellschaftlich das Potenzial für Konflikte, seien sie doch ein Etablierungsmoment, in dem sich unter anderem gegenhegemoniale Vorstellungen manifestieren oder weiter konturieren

- 4 Vgl. ebd.
- Walter, Franz: Ruhe im Sturm. Deutungsverlust und Demokratieschwund in der Krise, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1/2013, S. 6–12, hier S. 6.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Ebd., S. 6 f.
- 8 Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/ Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ostund Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21, hier S. 1.

könnten.<sup>9</sup> Andererseits bietet sich in diesen Krisenmomenten das Gelegenheitsfenster, diesen gestressten Deutungskulturen auf den Zahn zu fühlen, die 'ihrer Selbstgewissheit und Selbstverständlichkeit beraubt, sichtbar werden. Eine Krise im Allgemeinen und die Corona-Krise im Speziellen bietet also Sichtluken in die politisch-kulturellen Orientierungsentwürfe. Denn, eine Krise sei, wie Makropoulos betont, immer auch das Produkt diskursiver Setzungen: Es schwinge auch immer die Frage mit, wie eine Krise ausgedeutet und aus welchen Gründen, mit welchen Motivlagen eine Krisensituation erklärt und mit welchen Mitteln und Maßnahmen diese Krisensituation überwunden und beendet werden solle.<sup>10</sup>

Wenn Gewissheiten erodieren, steigt der Bedarf nach Kompensation deutungskultureller Natur. Der Schleier auf der normativen Landkarte muss gelichtet ,neue Routinen müssen erarbeitet und angeboten werden, wobei diese Deutungsangebote soziokulturell fundierten Projektionen und Zuschreibungen folgen. Einerseits bildet sich eine Kluft zwischen den unter Aktualisierungszwang stehenden deutungskulturellen Mustern und den zunächst verhältnismäßig starren, soziokulturell abgesicherten und eingeübten Bewältigungsstrategien des Alltags. Andererseits entsteht ein womöglich spannungsgeladener, zeitlicher Überhang, bei dem in Frage steht, inwieweit soziokulturell vermittelte Praxen schließlich den aktualisierten Deutungskulturangeboten folgen – und wenn ja, wie. Eine politische Kulturforschung, die sich dergestalt an einen diskursiven Krisenbegriff ankoppelt, kann diese Krisenrahmung mittels ihres Vokabulars aus Sozio- und Deutungskultur fassen. Beide Begriffe stehen für Rohe in einem Basis-Überbau-Zusammenhang: Soziokultur fasst die weitgehend unhinterfragten, zu Selbstverständlichkeiten geronnen Basisannahmen als

- 9 Vgl. Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexionen im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog, H. 5/2019, S. 2–13, hier S. 10 f.
- 10 Vgl. Makropoulos: Über den Begriff der "Krise", S. 19 f.

Grundlage politischer Gemeinwesen, während Deutungskultur die darauf aufgesattelte Erklärungs- und Deutungsarbeit anhand, aber auch mit dieser Soziokultur darstellt. Die Deutungskultur beherbergt Diskurse und Debatten und kann dabei auch die Soziokultur aktiv be- und hinterfragen."

In diesem Prozess der Krisenrahmung, die in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen, in denen jeweils andere Deutungskulturen dominieren, sicherlich unterschiedlich behandelt wird, ist ein gewisses Verdichtungspotenzial zur Hervorbringung entsprechend divergierender Deutungskulturen zu vermuten. Dabei ist es naheliegend, zunächst die offensichtlich ablehnenden Positionen und die jeweilige deutungskulturelle "Veräußerlichung"<sup>12</sup> in den Blick zu nehmen und auf den oben skizzierten Zusammenhang von Krisenkartierung und deutungskultureller Abstützung zu befragen.

#### "Schluss mit der Corona-Panik!"

Eine politische Kulturforschung mit dem Ziel, nicht-hegemoniale Deutungsweisen zu rekonstruieren und nachzuverfolgen, wie sie die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) verfolgt, muss dann entsprechende gegenhegemoniale Deutungskulturangebote in den Fokus zu rücken. So empfanden laut *NiedersachsenTREND* im Oktober 2020 zwei Drittel der Befragten die Corona-Maßnahmen der Landesregierung als angemessen, einem knappen Viertel der Befragten gingen sie nicht

11 Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 39–48, hier S. 42.

12 Rohe: Politische Kultur, S. 7.

weit genug, während elf Prozent diese Maßnahmen als zu weitgehend erachteten.<sup>13</sup>

Zwar formulieren auch Initiativen wie NoCovid oder ZeroCovid Ansichten, die nicht hegemonial sind; aus dem Fokus des Interesses fallen sie an dieser Stelle jedoch heraus, weil sie die grundlegende Ausgangsbedingung (COVID-19 mit umfassenden Maßnahmen einzudämmen) im Grundsatz teilen. Von Interesse sind jene Gegenentwürfe, die diese Ausgangsbedingung nicht oder nur in losen Grundzügen teilen. Hier bieten sich zwar grundsätzlich zahlreiche verschiedene Akteur\*innen und Gruppierungen an, auch solche, die sich um Einzelpersonen herum sammeln, wie beispielsweise den Hannoveraner Wirtschaftswissenschaftler Stefan Homburg<sup>14</sup> oder verschiedene Protestbündnisse<sup>15</sup>, die auch in Niedersachsen aktiv sind. 16 Weiterhin fällt auf,

- 13 Vgl. infratest dimap: NiedersachsenTREND Oktober 2020. Im Auftrag des NDR, in: infratest-dimap.de, ohne Datum, URL: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/niedersachsen/laendertrend/2020/oktober/ [eingesehen am 26.02.2021].
- 14 Vgl. Brinkmann, Bastian: Prof. Dr. Verschwörung, in: Süddeutsche.de, 14.05.2020, URL: https:// www.sueddeutsche.de/wirtschaft/corona-verschwoerung-stefan-homburg-1.4906380?reduced-true [eingesehen am 18.02.2021].
- Vgl. Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine: Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauswertung, Basel 2020, URL: https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/ [eingesehen am 18.02.2021]; Virchow, Fabian/Häusler, Alexander: Pandemie-Leugnung und Extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. Kurzgutachten 3, Bonn 2020.
- 6 Zum Beispiel "Querdenken", die sich in sozialen Medien und online anhand der Telefonvorwahlen organisieren und in verschiedenen Städten zu Protesten mobilisieren: Vgl. o. V.: 650 Menschen demonstrieren bei der "Querdenken"-Demo auf dem Opernplatz, in: Göttinger Tageblatt, URL: https://www.goettinger-tageblatt.de/Mehr/Bilder/Fotostrecken/650-Menschen-demonstrieren-bei-der-Querdenken-Demo-auf-dem-Opernplatz [eingesehen am 26.02.2021]; die lokale Querdenken-Gruppe in Göttingen hat eine Homepage unter der URL: https://www.querdenken-551.de/index.php [eingesehen am 26.02.2021].

dass die Sorge um langfristige negative Auswirkungen auf die Freiheitsrechte bei denen, die als AfD-Anhänger\*innen identifiziert wurden, vermehrt auftritt.<sup>17</sup> Deshalb kommt auch eine Analyse parteipolitischer Ausdrucksweisen dieses Phänomens in Frage, da hier die Vermutung naheliegt, dass politische Eliten versuchen, gesellschaftliche Veränderungsprozesse entsprechend symbolisch zu adressieren. 18 Zu diesem Zweck soll die Kampagne des niedersächsischen Landesverbands der AfD gegen die Corona-Maßnahmen auf Potenziale zur Hervorbringung deutungskultureller Angebote untersucht werden. Die Kampagne begann am 26. Oktober 2020 und dauerte bis zum 21. November 2020, ist also bereits abgeschlossen. Dreh- und Angelpunkt der Kampagne ist eine eigene Webpräsenz<sup>19</sup>, die die politische Kommunikation bündelt und Kampagnenmaterial zentral abbildet, und, wie ein schneller Blick verrät (Abb. 1), ein komplexes Gefüge aus Bild-Text-Elementen darstellt.20

Hierzu ist eine Analyse der Kampagnenkommunikation und perspektivisch der Anschlusskommunikation vorgesehen, die im Verlauf des Jahres 2021 für FoDEx durchgeführt werden soll. Im Zentrum der Analyse soll die Interpretation von Narrativen sowie Deutungsmustern stehen, die sich in der Kampagnenarbeit artikulieren und – als "Ausdrucksseite"<sup>21</sup> politischer Kultur begriffen – als Präsentationen von Deutungskultur gelten können und die Rekonstruktionsversuche der zugrunde liegenden soziokulturellen Schemata ermöglichen. Die multimodale Natur, also die Kombination von beispielsweise Text- und Bildelementen, des Materials macht, vor allem die Herausarbeitung visueller Klassifikationsschemata der Kampagnenarbeit notwendig, in der sich diese Momente symbolischer Adressierung verdichten und auffinden lassen. Hierbei ist es wesentlich, die Affordanz der Website, also das Zusammenspiel technologisch möglicher und kulturell wahrscheinlicher Gebrauchsweisen eines technischen Artefakts, zu berücksichtigen.<sup>22</sup>

Das Vorhaben schließt einerseits an theoretische Setzungen und konzeptionelle Überlegungen an, die FoDEx in den letzten Monaten und Jahren angestellt hat, während der streng regionale Fokus auf den niedersächsischen Landesverband der AfD als Vehikel von Artikulationsmaterial zugleich den Anschluss an weitere Vorarbeiten hinsichtlich von Regional- und ergänzenden Kurzstudien erlaubt und ermöglicht.<sup>23</sup>

Zugleich öffnet sich durch die Auswertung von (kommentiertem) Bildmaterial eine Weiterentwicklung des politikwissenschaftlichen Methodenrepertoires, das vor allem auf die Analyse digitaler Kommunikate ausgerichtet ist und sie als integrierte, nicht voneinander zu lösende

- 17 Vgl. infratest-dimap: NiedersachsenTREND.
- 18 Vgl. Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian/ Neumann, Amelie: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive. Wahlverhalten als Oberflächenphänomen der politischen Kultur, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 2-11, hier S. 10.
- 19 Die URL lautet https://stoppt-die-corona-panik.de/ [eingesehen am 18.2.2021].
- 20 Auslagerungen der Kampagnen-Kommunikation in soziale Netzwerke (Instagram/Facebook) und die Medien (bspw. ein Artikel in der HAZ) haben ebenfalls stattgefunden und werden beizeiten eingehender thematisiert.
- 21 Rohe: Politische Kultur, S. 7.

- 22 Vgl. Zillien, Nicole: Die (Wieder-)Entdeckung der Medien – Das Affordanzkonzept in der Mediensoziologie, in: Sociologia Internationalis, Jg. 46 (2008), H. 2, S. 161–181, hier S. 178.
- 23 Vgl. Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächischen Demokratie–Monitors (NDM), Göttingen 2020, URL: https://www.fodex-online.de/publikationen/die-ungeschriebene-verfassung-der-niedersachsen/ [eingesehen am 18.02.2021]; Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Fo-DEx-Studie Rechtsradikalismus, Göttingen 2020.

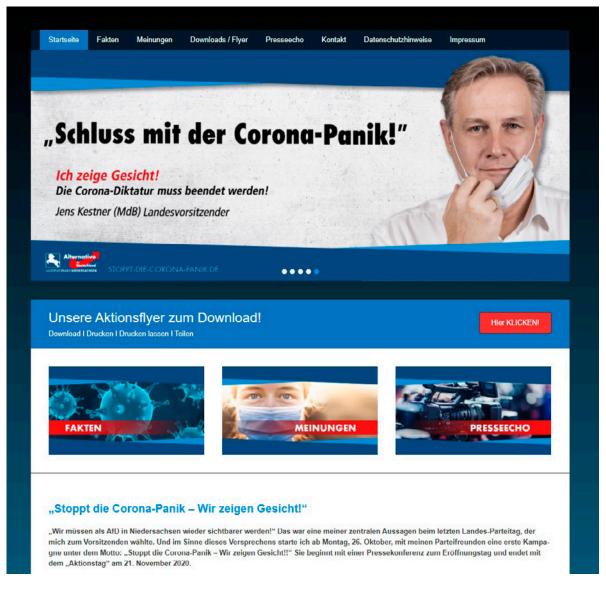


Abb. 1.: Desktop-Darstellung "stoppt-die-corona-panik.de", (Aus- und Zuschnitt, Christopher Schmitz, 18.02.2021),

Daten begreift.<sup>24</sup> So können die Konzepte von inhaltlicher Anlagerung und Anschlusskommunikation verfeinert werden – also der Zusammenhang von Posting, Beitrag und sich daran

24 Vgl. Schmitz, Christopher/Messinger-Zimmer, Sören: Rhetorische Autovervollständigung. Inhaltliche Anlagerung als Kommunikationsphänomen in Produktions- und Rezeptionsbeziehungen in sozialen Netzwerken am Beispiel eines Facebook-Postings, in: Demokratie-Dialog, H. 6/2020, S. 12–21, hier S. 14. anschließenden Kommentaren.<sup>25</sup> Weiterhin bietet sich die Möglichkeit, die politische Kulturforschung als Forschungsparadigma entsprechend weiterzuentwickeln und erste Überlegungen anzustellen, wie visuelle und digitale Materialien auch im Sinne einer (visuellen) politischen Kulturforschung strukturiert nutzbar gemacht werden können: Hier bieten sich zum Teil ungenutzte und über weite Strecken auch übersehene

25 Vgl. ebd.

Potenziale, gerade im Hinblick auf die Würdigung von bildlichem Material mit seinen Eigenheiten. Zum Abschluss soll es demzufolge darum gehen, einige konzeptionelle Grundlagen zu skizzieren.

#### Kulturell-politische Ikonologie

Die Vakanz von visuellen Ausdrucksformen politischer Kommunikation und ihrer entsprechenden Bedeutung für die politische Kultur ist als Desiderat erkannt worden. So hebt beispielsweise Paula Diehl hervor, dass die Dimension symbolischer Repräsentation in der zeitgenössischen politischen Kulturforschung weitgehend brachliege und kaum angemessen Berücksichtigung finde.<sup>26</sup>

Allerdings ist die Feststellung dieser Lücke insofern irritierend, als dass im Sinne Karl Rohes festzuhalten ist, dass Bilder im Grunde niemals nicht Trägermedien politischer Kulturen waren, es also eher um die Rekultivierung bereits bestehender Theorieflächen geht: Kulturelle Regeln und Prinzipien benötigten, so Karl Rohe, eine "Veräußerlichung", damit sie schließlich verinnerlicht werden könnten. "Anders formuliert heißt das, daß sie auf zeichenhafte Verdeutlichung angewiesen sind und immer wieder durch Wort, Schrift, Bild und Tat in Erinnerung gerufen werden müssen."27 In Rohes Konzeption politischer Kultur ist dies auch nur folgerichtig, sieht das Konzept doch vor, dass mentale und habituelle Prinzipien soweit einsickern, dass sie Handeln und Äußerungen präformieren und präfigurieren und sich dann schließlich auch in visuellen Repräsentationen

26 Vgl. Diehl, Paula: Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre. Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung, in: Bergem, Wolfgang/Diehl, Paula/ Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Politische Kulturforschung reloaded. Neue Theorien, Methoden, Ergebnisse, Bielefeld 2019, S. 39–57, hier S. 45.

27 Rohe, Karl: Politische Kultur, S. 7 [Hervorhebung durch den Autor].

realisieren.<sup>28</sup> Petra Bernhardt und Karin Liebhardt stellen schließlich sogar fest, dass politische Kommunikation ohne Bilder nicht vorstellbar sei und entwerfen dabei ein Bezugssystem der (Wahlkampf-)Kommunikation, das eben nicht nur auf kurzfristige Moden reagiert, sondern explizite Bezugspunkte zur politischen Kulturforschung im Sinne Karl Rohes herstellt, indem sie sich auch an tiefsitzenden Grundannahmen über das Politische orientiert.<sup>29</sup>

"In Bildern lässt sich schneller denken als in Worten."30 Anhand dieses Zitats aus einer Schreibmaschinennotiz Reinhart Kosellecks aus dem Jahre 1963 illustriert Hubert Locher die Wirkmächtigkeit visueller Kommunikation. Sie sei demnach eingängiger und überhole die Sprache. In seinem Typoskript sei es Koselleck darum gegangen, die Besonderheit der modernen visuellen Kommunikation zu bestimmen: "Die Analyse von Bildern kann generell, besonders aber im Zeitalter der von der Sprache sich lösenden Bilder, Informationen und Einsichten vermitteln, die anderswo nicht zu gewinnen sind."31 Mehr noch: Es ist möglich, Bilder auf vorreflexive Gehalte zu untersuchen, die in sie einfließen und damit Wissensbestände noch einmal auf eine andere Art aufschließen, als dies über die Analyse anderer Materialtypen möglich wäre. Bilder vermitteln ihre Gehalte subtiler, aber nicht weniger wirksam als Texte, und: Sie wirken in ihrer kompositorischen Gesamtheit, während Texte zumeist linear rezipiert werden.32 Den Begriff,

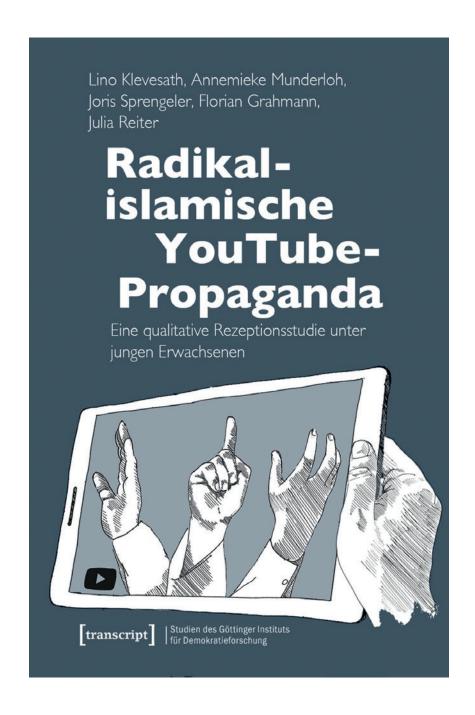
- 28 Vgl. ebd., S. 6.
- 29 Vgl. Petra Bernhardt/Karin Liebhart: Wie Bilder Wahlkampf machen, Wien/Berlin 2020, S. 9 ff.
- 30 Koselleck, Reinhart: In Bildern lässt sich schneller denken als in Worten Zur pol. Ikonologie [1963], zitiert nach Locher, Hubert: Denken in Bildern. Reinhart Kosellecks Programm Zur Politischen Ikonologie, in: Zeitschrift für Ideengeschichte, H. 4/2009, S. 81–96, hier S. 82 f.
- 31 Ebd., S. 85.
- 32 Vgl. Schmitz/Messinger–Zimmer: Rhetorische Autovervollständigung, S. 15 ff.

den Koselleck seinerzeit vorgeschlagen hat, war jener der politischen Ikonologie. Als solche gelte dann die Annäherung an und die Analyse von "von ideellen Gehalten in Bildern in Abhängigkeit von den veränderten Lebensbedingungen und Erfahrungsräumen"<sup>33</sup>.

Da es aber die gerade die Erfahrungsräume und Lebensbedingungen sind, die auf einem soziokulturellen Fundament ruhen und von einem Baldachin deutungskultureller Angebote beschattet werden, drängt sich die Berücksichtigung visueller Materialien mit einer sich stetig aktualisierenden Dringlichkeit auf. Damit hat sich der Kreis zur politischen Kulturforschung zwar noch nicht geschlossen, aber die Konturen sind skizziert. Diesen Bogen gilt es nicht nur zwischen Deutungs- und Soziokultur zu spannen. Nötig ist auch ein Brückenschlag zwischen den verschiedenen Darstellungsformen, um Phänomene der politischen Kultur überhaupt in einem umfassenden Sinne zugänglich zu machen. Denn diese ist auf ihrer Ausdrucksseite stets multimodal und Deutungskulturen sind stets visuell und textuell miteinander verwoben.



Christopher Schmitz, M. A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische und kulturelle Grundlagen des Internets sowie Protest- und politische Kulturforschung.



# Radikaler Isam

### Radikalislamische YouTube-Propaganda

Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen

Lino Klevesath / Annemieke Munderloh / Joris Sprengeler / Florian Grahmann / Julia Reiter

In der öffentlichen Debatte wird Online-Videos aus dem Spektrum des radikalen Islam zugeschrieben, einen großen Einfluss auf junge Menschen auszuüben. Doch wie nehmen junge Muslim\*innen und Nicht-Muslim\*innen diese Videos tatsächlich wahr? Wie stark wird ihre Sicht auf die Inhalte von ihrem Religionsverständnis, ihrer sozialen Zugehörigkeit und aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten in Deutschland beeinflusst? Diese qualitative Studie untersucht die Rezeption ausgewählter radikalislamischer Videos von Marcel Krass, Ahmad Armih (bekannt unter dem Pseudonym »Ahmad Abul Baraa«) sowie von Yasin Bala (»Yasin al-Hanafi«).



Erscheinungsjahr: 4/2021 Umfang: 248 S., kart. ,Dispersionsbindung, 6 SW-Abbildungen, Print, 38,00 EUR ISBN 978-3-8376-5648-0

ISBN 978-3-8394-5648-4, E-Book (PDF), Open Access

ISBN 978-3-7328-5648-0, E-Book (EPUB), Open Access CC-BY-NC-ND, s. https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5648-0/radikalislamische-youtube-propaganda/?number=978-3-7328-5648-0&c=310000099

# **Impressum**

### Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Dr. Katharına Trittel Göttinger Institut für Demokratieforschung Weender Landstraße 14 37073 Göttingen

Tel.: +49 55139 1701-00 Fax: +49 55139 1701-01

### **Redaktion:**

Dr. Katharina Trittel / Philipp Scharf

### **Gestaltung, Satz:**

Katja Töpfer / Niklas Foitzik

#### Lektorat:

Philipp Heimann

Die "Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit und politisch motivierter Gewalt in Niedersachsen" wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport

#### Schrift

Kanit Font, Cadson Demak [http://cadsondemak.com/], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item\_id=0FL\_web]

ISSN 2568-064



Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de



www.demokratie-goettingen.de